

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

zur Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“

Berichterstatter:

Abgeordneter Mike Bischoff (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Volksinitiative wird abgelehnt.
2. Der Landtag stellt in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Inneres und Kommunales zugleich fest:
 - a. Der Landtag kann die mit Punkt 1 der Volksinitiative verbundene Zielrichtung inhaltlich nachvollziehen. Dennoch kann er den Leitbildbeschluss vom 13. Juli 2016 im rechtlichen Sinne nicht aufheben. Das Leitbild beinhaltet abstrakt formulierte Kriterien und Maßstäbe und trifft keine konkreten Festlegungen für die Neugliederung der kommunalen Gebietskörperschaften. Der Landtag sichert zu, dass auf Grundlage der bereits eingegangenen Stellungnahmen und der noch folgenden parlamentarischen Anhörung zur Kreisneugliederung sowie möglicher neuer Bevölkerungsprognosen eine umfassende Abwägung dieser Kriterien und Maßstäbe für jeden Einzelfall erfolgen wird. Insofern folgt der Landtag dem inhaltlichen Anliegen des Punktes 1 der Volksinitiative.
 - b. Der Punkt II der Volksinitiative fordert jeglichen Verzicht auf eine pflichtige Gebietsänderung. Der Landtag sieht aber weiterhin einen Reformbedarf bei den Verwaltungsstrukturen des Landes. Dieser Reformbedarf ergibt sich aus dem demografischen Wandel, den sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen, den geänderten Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und aus dem zunehmenden Fachkräftemangel. Um auf diesen Reformbedarf angemessen reagieren zu können, kann eine pflichtige Gebietsänderung ein notwendiges und geeignetes Mittel sein. Daher lehnt der Landtag Punkt II der Volksinitiative aus inhaltlichen Gründen ab.

- c. Der Punkt III der Volksinitiative fordert ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit, einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe, ein. Der Landtag sieht die Verbesserung der Möglichkeiten für die interkommunale Zusammenarbeit als eine stetige und fortwährende Aufgabe an. Daher stimmt der Landtag dem Punkt III der Volksinitiative zu.

Bericht:

A. Allgemeines

1. Inhalt der Volksinitiative

Die Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ hat den folgenden Wortlaut:

„I. Der Beschluss des Landtags Brandenburg vom 13. Juli 2016 (Drucksache 6/4528-B - Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019) wird hiermit aufgehoben.“

„II. Die Landkreise Barnim, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Spree-Neiße, Teltow-Fläming und Uckermark sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und die Landeshauptstadt Potsdam bleiben in ihrem Bestand erhalten. Gebietsänderungen oder Einkreisungen sollen nicht gegen den Willen der bestehenden Landkreise und kreisfreien Städte vollzogen werden.“

„III. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen.“

2. Verwaltungsstrukturreform 2019 (Drucksache 6/4528-B - Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019)

Mit Beschluss (Drucksache 6/247-B) hat der sechste Brandenburger Landtag in seiner 4. Sitzung am 17. Dezember 2014 mehrheitlich einen wachsenden Reformbedarf festgestellt, der insbesondere aufgrund des demografischen Wandels, der auch daraus resultierenden absehbar geringeren finanziellen Handlungsspielräume sowie der sich ändernden Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner an öffentlicher Verwaltung und Dienstleistungen bestehe.

Nach dem Leitbild für die Verwaltungsstrukturreform 2019 ist das Ziel der Verwaltungsstrukturreform, dass auch im Jahr 2030 und darüber hinaus langfristig überall im Land öffentliche Dienstleistungen in fachlich hoher Qualität, wirtschaftlich sowie bürger- und sachnah erbracht werden können. Für die kommunalen Verwaltungsträger sei dafür maßgeblich, dass die kommunale Selbstverwaltung erhalten und gestärkt wird und vergleichbar leistungsfähige Verwaltungen im ganzen Land bestehen. Wegen der Einzelheiten wird

auf Drucksache 6/4528-B - Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 verwiesen.

3. Standpunkt der Volksinitiative

Im Internetauftritt (vgl. <http://www.kreisreform-stoppen.de/argumente>) führt die Volksinitiative an, dass die Brandenburger bodenständig und heimatverbunden seien und sich über ihren Wohnort hinaus auch für ihre Heimatregion verantwortlich fühlten und diese in vielfältiger Weise mit gestalten würden. Die Kreise und kreisfreien Städte Brandenburgs seien bürgernah, ehrenamtsfreundlich, leistungsfähig und gesellschaftlich akzeptiert.

Der Beschluss des Landtages Brandenburg vom 13. Juli 2016 sei nicht geeignet, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen. Insbesondere durch die Zwangsfusion von Landkreisen und die Einkreisung kreisfreier Städte würde regionale Identität und kommunale Selbstverwaltung schweren Schaden nehmen. Die Politik würde bürgerferner; Wege zu Arbeitsplätzen und Behörden würden länger. Strukturveränderungen würden mehrere Hundert Millionen Euro verschlingen und nennenswerte Einsparungen würde es nicht geben. Zudem würden Vereins- und Verbandsstrukturen aufgebrochen und das ehrenamtliche Engagement würde erschwert. Es werde kein erheblicher und ausfinanzierter Aufgabenbestand mit kommunalem Selbstverwaltungsspielraum übertragen, der die Regeleinwohnerzahl von mehr als 175 000 Einwohnern notwendig erscheinen lässt.

Außerdem fielen die demografische und finanzielle Entwicklung des Landes Brandenburg erheblich positiver aus als zu Beginn des Reformprozesses angenommen. Die aktuellen Entwicklungsprognosen erlaubten es, Bewährtes zu erhalten, Schwächen abzubauen und Potenziale zu nutzen. Ein Konzept der »Kooperation statt Zwangsfusion« biete die Chance, flexibel und mit Augenmaß auf den demografischen Wandel in Brandenburg zu reagieren. Es sei gegenüber einer verordneten Gebietsreform ein wesentlich milderes Mittel.

4. Allgemeines Verfahren

Die Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ wurde der Präsidentin des Landtages Brandenburg am 14. Februar 2017 mit 129 464 Unterschriften übergeben. Zeitgleich bat sie den Landesabstimmungsleiter um Prüfung der förmlichen Voraussetzungen der Volksinitiative und übergab dem Hauptausschuss die Volksinitiative zur weiteren Behandlung (Anlage1).

B. Beratung

Der Hauptausschuss befasste sich erstmalig in seiner 24. Sitzung am 22. Februar 2017 mit dieser Volksinitiative. Nach intensiver, kontroverser Diskussion beschloss der Hauptausschuss einstimmig, den Parlamentarischen Beratungsdienst des Landtages zu beauftragen, die Zulässigkeit im Sinne des § 5 Volksabstimmungsgesetz zu prüfen und das Ergebnis bis zum 6. März 2017 vorzulegen. Weiterhin bat der Hauptausschuss den Ausschuss für Inneres und Kommunales - vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse über das Vorliegen der förmlichen Voraussetzungen nach § 6 Volksabstimmungsgesetz, über die Zulässigkeit der Volksinitiative nach § 5 Volksabstimmungsgesetz sowie über die

Überweisung der Volksinitiative an den zuständigen Fachausschuss nach § 9 Volksabstimmungsgesetz -, mit der inhaltlichen Behandlung der Volksinitiative zu beginnen (vgl. Protokoll der 24. Sitzung des Hauptausschusses am 22. Februar 2017, P-HA 6/24).

Am 7. März 2017 fand eine außerordentliche Sitzung des Hauptausschusses statt. Auf der Grundlage des Prüfberichts des Landesabstimmungsleiters vom 2. März 2017 (Anlage 2) beschloss der Hauptausschuss einstimmig das Vorliegen der förmlichen Voraussetzungen. Nach einer eingehenden Diskussion des fristgerecht vorgelegten Gutachtens des Parlamentarischen Beratungsdienstes

(https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/06-03-2017_Zulaessigkeit_Volksinitiative_Kreisreform_6-30.pdf),

stellte der Hauptausschuss einstimmig die Zulässigkeit der Volksinitiative per Beschluss fest (vgl. Protokoll der 25. Sitzung des Hauptausschusses am 7. März 2017, P--A 6/25) und überwies die Volksinitiative an den Ausschuss für Inneres und Kommunales als zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales führte am 30. März 2017 die in § 12 Absatz 1 Volksabstimmungsgesetz vorgesehene Anhörung der Vertreter der Volksinitiative durch. In der circa 4 Stunden währenden Anhörung hatte die Volksinitiative die Gelegenheit, ihre Argumente umfassend darzustellen und die unterschiedlichen Standpunkte wurden eingehend und kontrovers diskutiert (vgl. Protokoll der 29. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 30. März 2017, P-AI K 6/29 -1).

In seiner Stellungnahme vom 5. Mai 2017 (Anlage 3) gegenüber dem Hauptausschuss teilte der Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Kommunales mit, dass der Ausschuss für Inneres und Kommunales die Volksinitiative in seiner 30. Sitzung am 4. Mai 2017 abschließend beraten habe und dem Hauptausschuss eine Beschlussempfehlung für den Landtag empfahl.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Kommunales teilte in seiner Stellungnahme weiterhin mit, dass zu der abschließenden Beratung am 4. Mai 2017 ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen sowie ein gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe für eine Stellungnahme an den Hauptausschuss vorlagen (Anlage 3).

Der Antrag der Koalitionsfraktionen, der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen wurde, war mit einer ausführlichen Begründung versehen (Anlage 3). Der Antrag der CDU-Fraktion und der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe, der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe abgelehnt wurde, war auf die Annahme der Volksinitiative und der Bitte an die Landesregierung, zeitnah mit der Erarbeitung des Konzepts zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit zu beginnen, gerichtet. Wegen der inhaltlich kontroversen Diskussion im Ausschuss für Inneres und Kommunales wird auf die Stellungnahme des Ausschussvorsitzenden vom 5. Mai 2017 verwiesen (Anlage 3).

Der Hauptausschuss seinerseits befasste sich abschließend in seiner 27. Sitzung am 10. Mai 2017 mit der Volkinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“. Für die Beschlussempfehlung an das Plenum lagen auch hier zwei Anträge vor. Der eine Antrag stammte von der CDU-Fraktion (Anlage 4) und war inhaltsgleich mit dem Antrag der CDU-Fraktion und der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe aus dem Ausschuss für Inneres und für Kommunales. Der andere Antrag wurde von den Koalitionsfraktionen eingereicht (Anlage 5). In der Begründung des Antrages ist ausgeführt, dass sich der Hauptausschuss der Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales anschließt und sich dessen Stellungnahme zu eigen macht.

Im Rahmen der Debatte beantragte der Abgeordnete Vogel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) im Zusammenhang mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen eine getrennte Abstimmung der Ziffern 1. und 2., da er bezüglich dieser zwei Punkte unterschiedlich votieren wollte. Nach seinem Verständnis bestehe ein Widerspruch zwischen den Aussagen unter Ziffer 1. und unter Ziffer 2.a. Es sei zwar ausgeführt, dass der Leitbildbeschluss rechtlich nicht aufgehoben werden könne, politisch sei dies aber möglich. Wenn in dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE formuliert sei, dass der Landtag, die mit Punkt I der Initiative verbundene Zielrichtung, inhaltlich nachvollziehen könne, würde damit nach seiner Auffassung inhaltlich und politisch vom Leitbildbeschluss vom 13. Juli 2016 abgerückt. Diese Position würden er und seine Fraktion nicht teilen.

Die Abgeordnete Geywitz (SPD) erläuterte, dass man bei Volksinitiativen als parlamentarischer Gesetzgeber immer das Problem habe, dass die Initiatoren an den Wortlaut der einmal auf den Weg gebrachten Volksinitiative gebunden seien und deshalb die Volksinitiative immer als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden müsse. Die Regierungskoalitionen würden weiterhin grundsätzlich einen Reformbedarf sehen, allerdings hätten sie sich gerade wegen der hohen Beteiligung an der Volksinitiative mit deren Anliegen intensiv auseinandergesetzt und Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Die Argumentation der Initiatoren habe dazu geführt, dass man im Zusammenhang mit der weiteren Konkretisierung der Reform in einigen Punkten der Volkinitiative entgegenkommen könnte. So seien die Formulierungen in Ziffer 1 a. zu verstehen. Im Zusammenhang mit der Ziffer II. der Volksinitiative sähen die Regierungskoalitionen keine Möglichkeit, diesem Anliegen nachzukommen, da damit die derzeit bestehenden Gebietsstruktur auf Dauer festgelegt sei und eine Änderung gerade mit dem identifizierten Veränderungsbedarf im Interesse des Gemeinwohls des Landes notwendig sei. Dem Punkt III. der Volksinitiative könnten sie inhaltlich zwar zustimmen, wegen der Verknüpfung, insbesondere mit der Ziffer II. der Volksinitiative, müssten sie die Volksinitiative aber ablehnen.

Der Abgeordnete Dr. Redmann (CDU) wertete den Antrag der Regierungskoalitionen als Respektlosigkeit gegenüber den Unterzeichnern der Volksinitiative und schloss sich den Ausführungen des Abgeordneten Vogel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an. Es sei falsch, dass man - wie behauptet - Landtagsbeschlüsse nicht aufheben könne. Der Leitbildbeschluss sei ein politischer Auftrag an die Landesregierung, eine entsprechende Reform zu erarbeiten. Der Landtag könne zum Ausdruck bringen, dass er die Maßgaben in einem älteren Beschluss - nämlich den Leitbildbeschluss - nicht mehr für maßgeblich halte. Mit der Ziffer 2 a. des Antrages der Regierungskoalitionen solle deren wahres Anliegen verschleiert werden, es sei denn, die Fraktion der SPD und DIE LINKE gäben zu, dass sie damit den Auftrag an die Landesregierung, eine Reform nach Maßgabe des Leitbildes vorzulegen, zurückzögen.

Im Zusammenhang mit Ziffer 2 b. dieses Antrages bezog sich der Abgeordnete Dr. Redmann auf eine frühere Aussage des Ministers des Innern und für Kommunales, die besage, dass eine Gebietsreform nur im Zusammenhang mit einer Funktionalreform Sinn mache und jetzt keine nennenswerte Funktionalreform mehr vorgesehen werden solle. Insoweit bestünde kein Reformbedarf. Bei den Ausführungen in Ziffer 3. des Antrages von SPD und DIE LINKE werde vorgegeben, dass man dem Anliegen der Volksinitiative nachkommen würde. Dabei sei klar, dass die Volksinitiative die Stärkung des kommunalen Zusammenhangs als Ersatz der Gebietsreform fordere und nicht als begleitende Maßnahme.

Der Abgeordnete Christoffers (DIE LINKE) wies für seine Fraktion und für die Fraktion der SPD zurück, dass es mit der Volksinitiative einen respektlosen Umgang gebe.

Auch der Abgeordnete Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) unterstrich, dass es aus seiner Sicht keinen Reformbedarf gebe und kritisierte, dass die Koalitionsfraktionen sich nicht an den Wortlaut der Volksinitiative hielten, sondern diesen in ihrem Sinne auslegten und das in Ziffer 1 des Antrages, die Volksinitiative abgelehnt werde, obwohl in der Ziffer 2 dargestellt würde, dass dem Anliegen der Volksinitiative in gewissen Umfang entsprochen werde. Er meint, dass die Ziffer 2 keine Begründung der Ziffer 1 darstelle und warf die Frage auf, ob insbesondere die Ziffer 2b. überhaupt als Beschlusstext formuliert sei.

Die Abgeordnete Geywitz (SPD) erinnerte an den Umgang mit anderen Volksinitiativen in der Vergangenheit, bei denen immer versucht worden sei, mit den Initiatoren eine Kompromisslinie zu finden. Dies sei bei dieser Volksinitiative nicht möglich gewesen. Sie hätten aber mit der Ziffer 2. ihres Antrages deutlich machen wollen, dass sie das Anliegen der Volksinitiative ernst nähmen und sich mit deren Argumenten auseinander setzten.

Der Abgeordnete Senftleben (CDU) meinte, dass aus Sicht der Initiatoren der Volksinitiative ein Kompromiss schwierig sei, wenn Woche für Woche immer mehr Details über die tatsächlichen Auswirkungen der Reform zutage träten. Er nehme insoweit auf die Sitzungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der letzten Woche Bezug. Darüber hinaus verwies auf den Kompromiss im Zusammenhang mit der Volksinitiative „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogrammes zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin-Brandenburg International (BER)!“ Wenn man sich heute ansehe, was mit dem damals mit den Initiatoren gefasste Kompromiss erreicht worden sei, müsse man feststellen, dass sich tatsächlich nichts geändert habe. Auch mit der Ziffer 2. des Antrages der Regierungsfractionen würde eine klare Aussage vermieden.

An die Beratung schloss sich zunächst die Abstimmung des Antrages der CDU-Fraktion vom 8. Mai 2017 (Anlage 4) an. Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit vier Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Entsprechend dem Antrag des Abgeordneten Vogel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde dann die Ziffer 1 des Antrages der Koalitionsfraktionen (Anlage 5) zur Entscheidung gestellt. Der Hauptausschuss votierte mit sieben Ja-, vier Nein-Stimmen und keiner Enthaltung mehrheitlich für die Annahme. Im Anschluss wurde dann über die Ziffer 2. des Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE abgestimmt. Der Hauptausschuss nahm auch die Ziffer 2. dieses Antrages mit sechs Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und keiner Enthaltung mehrheitlich an.

Anlagen

- Anlage 1: Schreiben der Präsidentin des Landtages Brandenburg vom 14. Februar 2017
- Anlage 2: Schreiben des Landesabstimmungsleiters vom 2. März 2017
- Anlage 3: Stellungnahme des Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Kommunales vom 5. Mai 2017
- Anlage 4: Antrag der Hauptausschussmitglieder Ingo Senftleben und Dr. Saskia Ludwig (beide CDU-Fraktion) vom 8. Mai 2017
- Anlage 5: Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 9. Mai 2017



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Die Präsidentin

Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Herrn Abgeordneten Mike Bischoff

im Hause

Datum: 14. Februar 2017

**Volksinitiative nach Artikel 76 der Verfassung des Landes Brandenburg - „Volksinitiative Bürger-
nähe erhalten - Kreisreform stoppen“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

dem Landtag wurde am heutigen Tage die o. g. Volksinitiative übergeben.

Gemäß § 9 Absatz 4 des Volksabstimmungsgesetzes habe ich die Volksinitiative dem Landesab-
stimmungsleiter zur Prüfung übergeben und sie zugleich der Landesregierung übermittelt.

Ich bitte Sie, gemäß § 9 Absatz 6 des Volksabstimmungsgesetzes nach Vorliegen des Prüfungsergebnis-
ses des Landesabstimmungsleiters einen Beschluss des Hauptausschusses über das Vorliegen der
förmlichen Voraussetzungen sowie die Zulässigkeit der Volksinitiative herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen


Britta Stark

Anlage

VOLKSINITIATIVE BÜRGERNÄHE ERHALTEN – KREISREFORM STOPPEN



Wir, die Unterzeichner dieser Volksinitiative wollen, dass unsere Landkreise und kreisfreien Städte in ihrem jetzigen Bestand erhalten bleiben, um Bürgernähe zu gewährleisten.

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Beschluss des Landtags Brandenburg vom 13. Juli 2016 (Drucksache 6/4528-B – Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019) wird hiermit aufgehoben.

II. Die Landkreise Barnim, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Spree-Neiße, Teltow-Fläming und Uckermark sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Landeshauptstadt Potsdam bleiben in ihrem Bestand erhalten. Gebietsänderungen oder Einkreisungen sollen nicht gegen den Willen der bestehenden Landkreise und kreisfreien Städte vollzogen werden.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen.

| Nr. | Name | Vorname | Geburtsdatum | Straße, Hausnummer, PLZ, Ort | Datum | Unterschrift |
|-----|------|---------|--------------|------------------------------|-------|--------------|
| 1 | | | | | | |
| 2 | | | | | | |
| 3 | | | | | | |
| 4 | | | | | | |
| 5 | | | | | | |
| 6 | | | | | | |
| 7 | | | | | | |
| 8 | | | | | | |
| 9 | | | | | | |
| 10 | | | | | | |

Datenschutzhinweis: Die Adressen werden an den Landtag Brandenburg im Rahmen der Volksinitiative übergeben. Eine weitere Verwendung erfolgt nicht. Nur vollständige und leserliche Angaben von Personen mit Hauptwohnsitz im Land Brandenburg und einem Mindestalter von 16 Jahren sind gültig.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.kreisreform-stoppen.de | www.facebook.com/kreisreform.stoppen | #vibb

Unterschriftenliste bitte einsenden an:
Bürgernähe Brandenburg e. V.
Breite Straße 28
14513 Teltow



Anlage 2



LANDTAG
BRANDENBURG

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Die Präsidentin

Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Herrn Abgeordneten Mike Bischoff

im Hause

Datum: 6. März 2017

**Volksinitiative nach Artikel 76 der Verfassung des Landes Brandenburg - „Volksinitiative Bürger-
nähe erhalten - Kreisreform stoppen“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß § 9 Absatz 5 des Volksabstimmungsgesetzes hat mir der Landesabstimmungsleiter den Bericht
über das Ergebnis der Prüfung der o. g. Volksinitiative übermittelt.

Ich bitte Sie, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und gemäß § 9 Absatz 6 des Volksabstimmungsgeset-
zes das Erforderliche zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Britta Stark

Anlage



LAND BRANDENBURG

Der Landesabstimmungsleiter des Landes Brandenburg | Postfach 001155 | 14411 Potsdam

Präsidentin
des Landtages Brandenburg
Frau Britta Stark
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Der
Landesabstimmungsleiter

Ministerium des Innern
und für Kommunales
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

Bearb.: Frau Behrend
Gesch.Z.: LWB-VI 1/2017
Hausruf: 0331 866-2239
Fax: (0331) 866 2202
Internet: www.wahlen.brandenburg.de
landeswahlleiter@mk.brandenburg.de

Bus und Straßenbahn: Haltestelle Alter Markt
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Potsdam, 12. März 2017

Volksinitiative „Bürgernähe erhalten – Kreisreform stoppen“
Bericht über das Ergebnis der Prüfung nach § 9 Abs. 4 und 5 VAGBbg
Ihr Schreiben vom 14. Februar 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die von Ihnen am 14. Februar 2017 übergebenen Unterschriften o. g. Volksinitiative wurden gemäß den Vorgaben des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Volksabstimmungsgesetz - VAGBbg) formal geprüft.

1. Prüfung der förmlichen Voraussetzungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 VAGBbg

Insgesamt beinhaltete die Volksinitiative lt. Angaben der Vertreter 129.464 Eintragungen. Einer Prüfung unterzogen wurden 40.242 Eintragungen.

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben wurde eine rein formale Prüfung vorgenommen. Ein Abgleich mit den Melderegistern fand nicht statt. Aus diesem Grunde konnten die Richtigkeit der Wohnanschriften, Geburtsdaten sowie Doppelerfassungen nicht überprüft werden.

Von den 40.242 geprüften Eintragungen weisen 33.761 Eintragungen keinerlei Mängel auf.



Bei 6.481 Eintragungen wurden folgende Mängel festgestellt:

| Mangel | Anzahl |
|--|--------------|
| Der Name oder der Vorname oder beides fehlt. | 326 |
| Das Geburtsdatum wurde nicht oder nur unvollständig angegeben. | 652 |
| Das 16. Lebensjahr ist noch nicht vollendet. | 17 |
| Die Anschrift ist nicht oder nur unvollständig angegeben. | 4.363 |
| Der Wohnsitz liegt nicht im Land Brandenburg. | 116 |
| Das Datum der Unterschrift fehlt oder ist unvollständig. | 533 |
| Die Unterschrift fehlt. | 91 |
| Der Eintrag wurde durchgestrichen. | 47 |
| Es handelt sich bei dem Eintrag um eine Kopie bzw. einen Fax-Ausdruck. | 100 |
| Die Überschrift oder der Wortlaut des Gesetzentwurfes fehlt auf dem Unterschriftenbogen. | 2 |
| Das Datum liegt außerhalb der Eintragsfrist. | 76 |
| Der Eintrag ist unleserlich. | 893 |
| Mängel insgesamt: | 7.216 |

Die Gesamtzahl der Mängel ist höher als die Gesamtzahl der fehlerhaften Eintragungen, da einzelne Eintragungen mehrere Mängeltatbestände erfüllten.

Im Ergebnis der überprüften 40.242 Eintragungen entsprechen 33.761 Eintragungen den gesetzlichen Anforderungen (83,9 Prozent).

Die Namen der fünf Vertreter wurden der Volksinitiative beigelegt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter benannt worden (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 VAGBbg).

II. Ergebnis der Prüfung

Die Prüfung der förmlichen Voraussetzungen nach § 6 Abs. 1 und 2 VAGBbg hat ergeben, dass von den übergebenen 129.464 Eintragungen mindestens 33.761 Eintragungen vollständig den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen


Küpper



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Ausschuss für Inneres
und Kommunales

Vorsitzenden
des Hauptausschusses
Abg. Mike Bischoff

Der Vorsitzende

im Hause

Datum: 5. Mai 2017

**Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales zur Volksinitiative
„Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“**

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich nehme Bezug auf das Schreiben der stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses vom 22. Februar 2017 sowie auf Ihr Schreiben vom 7. März 2017.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales hat die Vertreter der Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ am 30. März 2017 gemäß § 12 Absatz 1 Volksabstimmungsgesetz angehört. Der Ausschuss für Inneres und Kommunales nimmt zu der Volksinitiative wie folgt Stellung:

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales empfiehlt folgende Stellungnahme zur Beschlussfassung:

- 1. Der Landtag kann die mit Punkt I der Volksinitiative verbundene Zielrichtung inhaltlich nachvollziehen. Dennoch kann er den Leitbildbeschluss vom 13. Juli 2016 im rechtlichen Sinne nicht aufheben. Das Leitbild beinhaltet abstrakt formulierte Kriterien und Maßstäbe und trifft keine konkreten Festlegungen für die Neugliederung der kommunalen Gebietskörperschaften. Der Landtag sichert zu, dass auf Grundlage der bereits eingegangenen Stellungnahmen und der noch folgenden parlamentarischen Anhörung zur Kreisneugliederung sowie möglicher neuer Bevölkerungsprognosen eine umfassende Abwägung dieser Kriterien und Maßstäbe für jeden Einzelfall erfolgen wird. Insofern folgt der Landtag dem inhaltlichen Anliegen des Punktes I der Volksinitiative.*
- 2. Der Punkt II der Volksinitiative fordert jeglichen Verzicht auf eine pflichtige Gebietsänderung. Der Landtag sieht aber weiterhin einen Reformbedarf bei den Verwaltungsstrukturen des Landes. Dieser Reformbedarf ergibt sich aus dem demografischen Wandel, den sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen, den geänderten Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und aus dem zunehmenden Fachkräftemangel. Um auf diesen Reformbedarf angemessen reagieren zu können, kann*

eine pflichtige Gebietsänderung ein notwendiges und geeignetes Mittel sein. Daher lehnt der Landtag Punkt II der Volksinitiative aus inhaltlichen Gründen ab.

3. *Der Punkt III der Volksinitiative fordert ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe ein. Der Landtag sieht die Verbesserung der Möglichkeiten für die interkommunale Zusammenarbeit als eine stetige und fortwährende Aufgabe an. Daher nimmt der Landtag Punkt III der Volksinitiative an.*

Die Beratungen im Ausschuss für Inneres und Kommunales gestalteten sich wie folgt:

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales beschäftigte sich erstmals in seiner 28. Sitzung am 23. Februar 2017 mit der Volksinitiative. Die Volksinitiative war am 14. Februar 2017 der Präsidentin des Landtages überreicht worden. Die Volksinitiative hat folgenden Wortlaut:

„I. Der Beschluss des Landtags Brandenburg vom 13. Juli 2016 (Drucksache 6/4528-B – Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturereform 2019) wird hiermit aufgehoben.

II. Die Landkreise Barnim, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Spree-Neiße, Teltow-Fläming und Uckermark sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und die Landeshauptstadt Potsdam bleiben in ihrem Bestand erhalten. Gebietsänderungen oder Einkreisungen sollen nicht gegen den Willen der bestehenden Landkreise und kreisfreien Städte vollzogen werden.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen.“

Der Ausschuss fasste in der 28. Sitzung einstimmig folgenden Verfahrensbeschluss:

1. *Gemäß § 12 Abs. 1 Volksabstimmungsgesetz hört der Ausschuss für Inneres und Kommunales - vorbehaltlich der Überweisung der Volksinitiative durch den Hauptausschuss - die Vertreter der Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ an.*

2. *Der Termin der Anhörung ist die Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 30. März 2017.*

3. *Der Ausschuss für Inneres und Kommunales führt am 04. Mai 2017 eine Sondersitzung durch, um dem Hauptausschuss bis zu seiner Sitzung am 10. Mai 2017 eine Stellungnahme zur Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ übermitteln zu können.*

Der Ausschuss hörte in seiner 29. Sitzung am 30. März 2017 die Vertreter der Volksinitiative an (§ 12 Abs. 1 Volksabstimmungsgesetz). Während der ca. vierstündigen Anhörung erläuterten die Vertreter der Volksinitiative ausführlich ihren Standpunkt und beantworteten zahlreiche Fragen der Ausschussmitglieder. Auf das durch den Ausschuss gemäß § 83 Absatz 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages bestätigte stenografische Protokoll der Anhörung (Anlage 1) wird Bezug genommen.

Zu der abschließenden Beratung in der 30. Sitzung des Ausschusses am 4. Mai 2017 lagen ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen (Anlage 2) sowie ein gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER (Anlage 3) für eine Stellungnahme an den Hauptausschuss vor.

Der Beschlussteil des Antrages der Koalitionsfraktionen, der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen wurde, entspricht der eingangs wieder gegebenen Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales. Der Antrag ist mit einer ausführlichen Begründung versehen. Insoweit wird auf Anlage 2 verwiesen.

Der Beschlussteil des Antrages der CDU-Fraktion und der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER, der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER abgelehnt wurde, lautet:

„Der Ausschuss für Inneres und Kommunales empfiehlt dem Hauptausschuss, dass dieser dem Landtag zur Beschlussfassung empfehlen möge,

- 1. die Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ anzunehmen.*
- 2. die Landesregierung darum zu bitten, zeitnah mit der Erarbeitung des Konzepts zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit zu beginnen.“*

Hinsichtlich der Begründung des Antrages wird auf Anlage 3 verwiesen.

Die Koalitionsfraktionen hoben hervor, dass sie der Volksinitiative mit ihrer Stellungnahme so weit wie möglich entgegengekommen seien. Die Volksinitiative leiste für die Diskussion um die Reform der Verwaltungsstrukturen einen wichtigen Beitrag. Ziel der Reformbemühungen sei es, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und die Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Zur Zielerreichung und zur Wahrnehmung der ihm zukommenden Verantwortung dürfe der Landtag die in der Landesverfassung vorgesehene Möglichkeit, das Gebiet von Gemeindeverbänden auch durch Gesetz zu ändern, jedoch nicht von vornherein ausschließen. Deshalb sei die zweite Forderung der Volksinitiative, die gegenwärtigen Landkreise und kreisfreien Städte zu erhalten und ausschließlich freiwillige Zusammenschlüsse zuzulassen, abzulehnen.

Die CDU-Fraktion betonte ihre Ablehnung der geplanten Reform und ihre Unterstützung der Forderungen der Volksinitiative. Der Volksinitiative hätten sich 130.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger angeschlossen. Für die geplante Reform mit den vorgesehenen Zwangsfusionen und Einkreisungen, die einen tiefen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellten, gebe es keine Rechtfertigung und keine Notwendigkeit.

Die AfD-Fraktion unterstrich, dass sie von Anfang an hinter der Volksinitiative gestanden habe. Die geplante Reform stoße auf breite Ablehnung in der Bevölkerung. Die Stellungnahme der Koalitionsfraktionen belege, dass diese zu Kompromissen nicht bereit seien.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, sie habe immer Reformbereitschaft signalisiert. Die zweite Forderung der Volksinitiative, die darauf abziele den Status quo zu fixieren, entspreche nicht der Position der Fraktion. Mit der Ablehnung der Volksinitiative sei keine Zustimmung zu der geplanten Reform in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung verbunden. Nummer 3 der Stellungnahme der Koalitionsfraktionen sei unklar und zu weich. Deshalb werde man sich zum Antrag der Koalitionsfraktionen enthalten.

Die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER kritisierte insbesondere, dass kein Finanzierungskonzept für die geplante Reform vorliege. Notwendig seien eine Vereinfachung und deutliche Verkürzung der Verwaltungsverfahren. Die Gruppe unterstütze die Ziele der Volksinitiative und lehne die Stellungnahme der Koalitionsfraktionen ab.

Mit freundlichen Grüßen


Sören Kosanke
Vorsitzender

Anlagen

Anlage 1: Stenografisches Protokoll der Anhörung der Vertreter der Volksinitiative

Anlage 2: Antrag der Koalitionsfraktionen für eine Stellungnahme an den Hauptausschuss

Anlage 3: Antrag der CDU-Fraktion und der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER für eine Stellungnahme an den Hauptausschuss

Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode

P-AIK 6/29-1

Ausschuss für Inneres und Kommunales

Protokoll - Teil 1

29. Sitzung (öffentlich)

30. März 2017

Potsdam - Haus des Landtages

10.00 Uhr bis 17.50 Uhr

Vorsitz: Sören Kosanke (SPD)

Protokoll: Stenografischer Dienst

Anwesende Ausschussmitglieder: Klara Geywitz (SPD)
Inka Gossmann-Reetz (SPD)
stellv. Steffen Königer (AfD)
Sören Kosanke (SPD)
Daniel Kurth (SPD)
Björn Lakenmacher (CDU)
Ursula Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Sven Petke (CDU)
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE)
Iris Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER)
René Wilke (DIE LINKE)

Datum der Ausgabe:

Tagesordnung:**Teil 1****1. Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“**

Anhörung der Vertreter der Volksinitiative gemäß § 12 Absatz 1 Volksabstimmungsgesetz

Teil 2**2. Stellungnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte zum Referentenentwurf des Kreisneugliederungsgesetzes**

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

3. Kommunalisierung der Waldbrandzentralen - Integration des Betriebes in die vorhandenen kommunalen Leitstellen

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales und Verständigung über ein Fachgespräch mit den Leitern der Regionalstellen

4. Sachstand zur Unterstützung der Zweckverbände und Kommunen durch das Land bei der Rückerstattung der Anschlussbeiträge

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

5. Aktuelle Situation bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen - insbesondere Lage in der Erstaufnahmeeinrichtung und den Außenstellen

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

6. Brandschutz- und Sicherheitsmängel in der Abschiebehaftanstalt des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

7. Überstellung und Abschiebung von Asylbewerbern der Russischen Föderation tschetschenischer Herkunft

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

8. Arbeitsstand der Gesetzesnovellierungen im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

in Verbindung damit

Verständigung zum Schreiben des Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes betreffend den Landtagsbeschluss „Die Veränderungsprozesse im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Brandenburg erfolgreich bewältigen“ (Drucksache 6/5167(ND)-B)

9. Position und Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

10. Personalbestand bei der Polizei Brandenburg - gegenwärtige Anzahl der Polizeivollzugsbeamten und gegenwärtige Anzahl der Polizeianwärter

in Verbindung damit

Einrichtung und Fertigstellung der neuen Unterkunft (Wohnheim) für Polizeianwärter an der Fachhochschule der Polizei Brandenburg in Oranienburg

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

11. Stand der Ermittlungen gegen den Tatverdächtigen, der am 28. Februar 2017 drei Menschen im Landkreis Oder-Spree getötet haben soll

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

12. Entwicklung der Viehdiebstähle in Brandenburg von 2010 bis 2017 und Stand der Ermittlungen

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

13. Umgang mit Gefährdern und relevanten Personen in Brandenburg

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

14. Erkenntnisstand zu in Brandenburg auffällig gewordenen Tschetschenen und Mitgliedern des Kaukasus-Emirates - Pressemitteilungen des Verfassungsschutzes Brandenburg

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

15. Sicherheitsrelevante Inhalte von Predigten in Moscheen in Brandenburg sowie sicherheitsrelevante Erkenntnisse zu Imamen, welche in Brandenburg predigen

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

16. Lagedarstellung islamistischer Terrorismus auf der Pressekonferenz des Ministeriums des Innern und für Kommunales - Erkenntnisse zum Cyberterrorismus und zu Angriffen mit atomaren, biologischen und chemischen Stoffen in Brandenburg

Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales

17. Verschiedenes

Aus der Beratung:**Vorsitzender:**

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 29. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales. Der Tagesordnungspunkt, der uns die meisten Gäste beschert hat, ist die Anhörung der Volksinitiative. Ich begrüße hierzu die Vertreter derselben.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, kommen wir zu einigen organisatorischen Fragen. Gibt es zur Tagesordnung noch Änderungsvorschläge, Wünsche, Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Zustimmung durch das Handzeichen. – Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Wir haben über Protokolle zu entscheiden. Der Protokollentwurf der 26. Sitzung ist verteilt worden. Frau Schülzke, bitte.

Abg. Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Ich habe dazu eine Anmerkung. Im Protokoll ist auf Seite 34 festgelegt, dass wir eine schriftliche Berichterstattung zu den Problemlagen beim BOS-Funk bekommen. Wir hatten das in der letzten Sitzung kurz angesprochen. Ich möchte daran erinnern, dass dieses Thema aufgearbeitet wird und dass wir darüber informiert werden.

Vorsitzender:

Ich höre gerade, dass das Material verteilt wurde. Diese Frage können wir jetzt von hier aus nicht klären. Aber dann ist zumindest diese Nachfrage im Protokoll dieser Sitzung.

Der **Ausschuss für Inneres und Kommunales** beschließt bei Stimmenthaltungen jeweils einstimmig die Richtigkeit des Protokolls der 26. Sitzung und des Protokolls der 27. Sitzung.

Ich rufe auf

TOP 1: Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“

Anhörung der Vertreter der Volksinitiative gemäß § 12 Absatz 1 Volksabstimmungsgesetz

Ich begrüße ganz herzlich Frau Dr. Tiemann, Herrn Goetz, Herrn Albers, Herrn Lange und Herrn Oecknigk; ich begrüße auch Herrn Mack für den Rat der Angelegenheiten der Sorben/Wenden, der entsprechend unserer Geschäftsordnung hier Rederecht hat. Sie alle wollen Stellung nehmen und Ihren Beitrag halten. Ich würde Ihnen vorschlagen, um die Konzentrationsfähigkeit der Ausschussmitglieder nicht übermäßig zu belasten, dass Sie versuchen, bei Ihrem jeweiligen Eingangsstatement im Rah-

men von zehn Minuten zu bleiben. Wenn alle gesprochen haben, kommen wir zu einer Fragerunde.

Da es im Vorfeld einige Nachfragen gab, gerade aus der Öffentlichkeit, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass dies die parlamentarische Anhörung der Volksinitiative ist, nicht die parlamentarische Anhörung des Ministers oder das Streitgespräch des Ministers mit der Volksinitiative, sondern wir wollen heute Sie hören. Genau in dieser Konstellation habe ich vor das hier durchzuführen. Wir werden in einer Sitzung am 4. Mai das weitere Verfahren im Ausschuss behandeln.

(Zuruf des Abg. Petke [CDU])

– Die Mitglieder der Landesregierung dürfen nach unserer Geschäftsordnung jederzeit das Wort ergreifen. Daran hat sich nichts geändert. Das wollte ich vorwegschicken, nur damit es keine Erwartungshaltungen gibt, die in eine andere Richtung gehen.

Nachdem wir das Formale geklärt haben, bitte ich Herrn Lange, mit seinem Statement zu beginnen.

Herr Lange (Vertreter der Volksinitiative):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister! Verehrte Gäste! Bei den Zeiten, die vorgesehen sind, ist geplant, dass ich jetzt beginne und dass sich daran anschließend Frau Dr. Tiemann, Herr Albers, Herr Goetz und Herr Oecknigk zu spezielleren Inhalten äußern werden. Wenn die Zeit reicht, würde ich danach gern ein kurzes Schlusswort dazu halten.

Wir sind also die fünf Vertreter der Volksinitiative, und wir nehmen die Gelegenheit wahr, unsere Position noch einmal vor Ihnen deutlich zu machen. Denn die Volksinitiative war das letzte noch verbleibende Mittel, um im Prinzip einem Prozess entgegenzutreten, der die Konsolidierung der Finanzen und die Entwicklungsarbeit, die in den kommunalen Verwaltungen geleistet worden ist, gelinde gesagt, mit Füßen tritt und auch dem Willen der Brandenburger Bürger zuwiderläuft.

Es sind viele Hinweise in Stellungnahmen und auch in den Regionalkonferenzen gegeben worden, aber die wenigsten davon sind auch angenommen worden. Es ist von diesen Veranstaltungen weder etwas protokolliert noch dokumentiert worden, sodass man noch nachvollziehen könnte, was da alles gemacht worden ist. Mir ist es jedenfalls nicht so bekannt. Deswegen haben wir als Volksinitiative die drei Forderungen aufgemacht, die im Kurzdurchlauf folgende sind:

- dass der Landtagsbeschluss vom 13. Juli zum Leitbild aufgehoben wird;
- dass alle Landkreise und kreisfreien Städte in ihrem Bestand in den derzeitigen Grenzen erhalten bleiben, es sei denn, sie wollen es freiwillig ganz anders machen;
- und dass die Landesregierung aufgefordert wird, dem Landtag ein alternatives

Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunen mittels interkommunaler Zusammenarbeit vorzulegen.

Denn die Volksinitiative vertritt die Ansicht, dass die derzeitigen Kommunalstrukturen leistungsfähig sind, dass sie sowohl qualitativ als auch quantitativ derzeit und auch zukünftig die an sie gestellten Anforderungen erfüllen können und dass die Konsolidierung und der Entschuldungsprozess, der derzeit auf der kommunalen Ebene stattfindet, in keiner Weise behindert oder gestoppt werden sollten. Deswegen ist es so, dass wir nach Anerkennung der Forderungen – den Auftrag, genau diese drei Forderungen anerkannt zu wissen, haben wir von unseren Bürgern erhalten, die die Volksinitiative unterschrieben haben – natürlich auch gern mit dabei sind, wenn ein neues, ein anderes Leitbild formuliert wird, auf dessen Grundlage dann eine zukunftsfähige Struktur entwickelt werden kann.

Wichtig ist im Prinzip, dass nicht von Betroffenen und Nichtbetroffenen die Rede ist, sondern dass erkannt wird, dass sowohl die Landesregierung als auch die Gemeinden, die kreisfreien Städte und die Landkreise eine gemeinsame Aufgabe haben, die sie auch gemeinsam und in Abstimmung miteinander lösen müssen, sowie dass diese ausfinanziert sein muss. Dass dieser Prozess auf den Weg gebracht wird, das wäre unsere Vorstellung von einer richtigen, tiefgreifenden Reform.

Die Reform, wie sie im Moment vorliegt, ist einmal vom ehemaligen Landrat des Landkreises Oberhavel so beschrieben worden: „Das ist eine Steilvorlage für eine Klage.“ Als Minister hat dann der Kollege Schröter immer noch gesagt:

„Nur vor dem Hintergrund einer möglichst umfassenden Aufgabenverlagerung auf die Kreisebene lässt sich eine flächendeckende Kreisgebietsreform im Land Brandenburg überhaupt rechtfertigen. Die Funktionalreform geht einer Verwaltungsstrukturreform also logisch voran.“

Auch der Ministerpräsident hat sich vor der Landtagswahl sinngemäß ähnlich geäußert, indem er immer gesagt hat, dass nur eine Funktionalreform, die auch eine Gebietsreform rechtfertigt, der Hintergrund dafür sein kann.

Das vorliegende Leitbild formuliert das anders. Darin steht, der Neustrukturierung solle unmittelbar eine Funktionalreform folgen. Weiter heißt es, eine Neustrukturierung der Kreisebene wäre auch ohne diese Übertragung weiterer Aufgaben des Landes rechtlich zulässig und sachlich möglich. Aber hier wird ein Zusammenhang gesehen nach dem Motto: Eine Reform ist möglich, aber wenn sie keinen Inhalt hat, würde sie sinnlos sein.

Ich meine, hier steht die Frage der Glaubwürdigkeit auch von politischen Aussagen im Raum. Man muss das, was man einmal gesagt hat, schließlich auch zum Ende bringen und sich daran messen lassen. Sonst kommen wir zu dem Thema „Politik- oder Politikerverdrossenheit“, aber das wollen wir doch alle nicht.

Das vorliegende Leitbild gibt keine Begründung dafür, dass die Verwaltung und damit die gelebte Daseinsvorsorge aus der Fläche zurückgezogen werden. Es belegt auch

nicht belastbar die Ausgangsposition, es gibt auch keine gesicherte oder ordentliche Prognose für einen einheitlichen Zielpunkt – einmal ist von 2030, einmal von 2040 die Rede –, ausgerichtet auf diese neue Handlungsgrundlage. Es wird sogar gesagt, ein Verzicht auf eine Reform würde zwangsläufig dazu führen, dass es langfristig zu finanziellen Mehrbelastungen kommt. Diese können zwar gegenwärtig nicht konkret errechnet werden, weil sie von zahlreichen Faktoren abhängig sind; es ist aber absehbar, dass ohne eine Reform nicht mehr gewährleistet werden kann, dass überall im Land öffentliche Dienstleistungen in gleicher Qualität angeboten werden.

Ich meine, das, was hier formuliert worden ist, ist sehr widersinnig. Ich stelle einfach einmal in Zweifel, dass man das, was ich eben vorgelesen habe, überhaupt machen kann.

Entgegen der Forderung, die ebenfalls dort formuliert ist, dass diese Reform eine Konsolidierung der Gemeinden nicht gefährden darf, wurde es dennoch getan. Das Leitbild soll angeblich einheitliche oder vereinheitlichte Lebensbedingungen im Land herstellen. Es bewirkt aber das Gegenteil, und zwar dadurch, dass im Prinzip diese Kreise so zugeschnitten werden könnten, dass sie auch den Ansprüchen des Leitbildes nicht genügen würden. Deshalb muss man das überhaupt infrage stellen.

Dem Fachkräftemangel soll begegnet werden. Aber was hier passiert, bewirkt genau das Gegenteil. Durch die Verunsicherung werden die Fachkräfte weggehen und nicht bleiben.

Es werden Effekte bzw. Entwicklungen durch Aussagen angenommen, aber sie werden nicht durch Fakten belegt. Mehr Einheit und Kampf der Gegensätze, denke ich, ist gar nicht möglich zu formulieren, als wir es hier finden. Je mehr man sich mit dem Leitbild beschäftigt, desto widersinniger wirkt es. Meine Kollegen werden noch einmal darauf eingehen.

Der Bürger auf der Straße versteht das; er wendet seinen ganz normalen, gesunden Menschenverstand an, bildet sich eine eigene Meinung und schließt sich nicht aus Trägheit einer anderen Meinung an. Deswegen stehen wir und meine Kollegen VI-Vertreter hier in der Pflicht, von Ihnen die Anerkennung dieser unserer drei Forderungen zu verlangen.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Lange. – Frau Dr. Tiemann, bitte.

Frau Dr. Tiemann (Vertreterin der Volksinitiative):

(Ausführungen anhand der Projektion von Folien)

Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, dass wir als Volksinitiative heute hier vortragen können. An dieser Stelle muss ich sagen: Dass direkt vom Volk gewählte Hauptverwaltungsbeamte, wie Oberbürgermeister es sind, nicht so sehr viel Mitspracherecht ha-

ben, haben wir gestern bemerkt. Insofern sind wir stolz darauf, dass wir mit rund 130 000 Unterschriften vor Ihnen sitzen, und zwar so parteiübergreifend, wie man es sich an vielen Stellen wünschen wird. Das dokumentieren wir mit unserer Anwesenheit heute und damit, wie wir mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen sind.

Aber bei der Auslösung der Volksinitiative ging es nicht nur darum, zu sagen: Wir wollen Krawall machen und mit den Bürgern reden, sondern es geht uns ganz besonders darum, darüber zu informieren, was eigentlich diese Landesregierung beabsichtigt, wobei es uns manchmal schwerfällt, es nachzuvollziehen, weil die Aussagen, die wir bisher bekommen haben, nicht immer so effizient sind, dass man sie auch weitertragen kann.

Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen noch einmal deutlich machen, wie wir uns mit dem Thema Leitbild und dem, was Sie dann beschlossen haben, auseinandergesetzt haben.

(Verweis auf die Projektion)

Sie alle haben sicherlich den Leitbildentwurf vor Augen. Es ist wichtig für dieses Land, dass man sich mit großer Intensität damit beschäftigt, was wir getan haben. Stellen wir einmal diesen Teil des Leitbildentwurfs dem gegenüber, was dann von Ihnen beschlossen wurde: So hat man seit August vergangenen Jahres Regionalkonferenzen durchgeführt, man hat Anhörungen durchgeführt der Repräsentanten der großen kreisfreien Städte und der Landkreise durchgeführt. Diese haben hier vorgelesen und bis zu 4 000 Blätter Papier übergeben, und niemand hat davon Notiz genommen. Es gibt kein Protokoll von einer dieser Veranstaltungen, nichts. Wenn man dann hört, dass alles im Vorfeld so gelaufen sei, dass man es eigentlich nur zu den Akten gepackt hat, wie jedes Gutachten, das in Auftrag gegeben wurde, dann macht es schon stutzig, wenn es dann im Endeffekt heißt: Das, was Sie in Ihren Stellungnahmen geschickt haben, haben wir einmal ausgezählt danach, welcher Hinweis, welches Thema wie oft erwähnt wurde, und damit setzen wir uns auseinander, so wie es gestern ein Mitarbeiter des MIK vorgetragen hat. Das finde ich ein bisschen dürrig angesichts einer so grundlegenden Veränderung, die man diesem Land Brandenburg, das so gut funktioniert, zumuten will.

Sie sehen hier:

(Verweis auf die Projektion)

Die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen reduzieren Sie in fast jedem Argument. Jeder Minister, der im Land unterwegs ist, hat vor Ort andere Argumente, als wenn es in der Landesregierung um dieses Thema geht. Deshalb hört man immer nur eines: Diese kreisfreien Städte sind nicht leistungsfähig.

Wir stellen die Ziele des Leitbildes dem gegenüber, was wir derzeit schon in unseren kreisfreien Städten machen. Meine Kollegen sind ja dankenswerterweise auch hier. Herr Jakobs ist nicht anwesend, aber Sie kennen sicherlich das Papier, mit dem er

sich deutlich positioniert hat und das aus meiner Sicht ganz wichtig ist. Es ist nicht die Meinung eines Einzelnen, sondern der Gesamtheit. Es ist gerade auch in den letzten Tagen diese Übersicht veröffentlicht worden, die zeigt, wie die einzelnen Gebietskörperschaften entschieden haben. Daran sieht man deutlich, wie die Meinungsbildung im Land vorstättengeht.

Die Aufgaben, die Sie hier aufschreiben und von denen Sie meinen, dass wir sie können müssten, kann man sich, wenn Sie das Gebiet in diesem Land Brandenburg geändert haben, ganz einfach anschauen. Wir haben es ganz locker gemacht, wir haben es gar nicht mehr aufgeschrieben, sondern Haken daran gemacht, einfach zur Verdeutlichung insbesondere für das Ministerium, das nicht nur für innere Sicherheit, sondern auch für kommunale Angelegenheiten zuständig ist. Da fragen wir uns manchmal, ob wirklich alle Informationen vorhanden sind.

Um es an dieser Stelle einzuflechten: Die Landesregierung selbst beschäftigt sich selbstverständlich intensiv damit, wie sich dieses Land entwickeln soll, ohne dass es einen Masterplan gibt. Aber hier einmal einige Auszüge aus dem Landesentwicklungsplan, aus dem LEP B-B, aber auch aus dem LEP HR:

(Verweis auf die Projektion)

Hier kann man ganz gut sehen, wie Sie selbst Oberzentren definieren.

Unsere erste Kritik an dem Leitbildentwurf betraf den fehlenden Nachtrag zu dem, was ein Oberzentrum heißt und was eine Stärkung eines Oberzentrums nach dem Kahlschlag, den Sie machen wollen, hinterher noch bedeuten soll, wenn man sich einmal anschaut, was die Aufgaben eines Oberzentrums heute sind, verglichen mit dem, was hinterher davon bleibt. Dazu zähle ich auch die Diskussion, die der Innenminister gerne mit mir führt, wenn es um Teile der Gesundheitspolitik, um Gesundheitsstandorte geht, nämlich um Zuständigkeit von Krankenhäusern und dergleichen mehr. Diese brauchen wir heute nicht zu führen, die haben wir erschöpfend geführt. Jeder kennt die Ergebnisse, die anschließend unterschiedlich ausgelegt werden.

Sie sehen hier noch einmal Aufgaben der Oberzentren,

(Verweis auf die Projektion)

ganz einfach im Widerspruch zwischen dem, was der Landtag selbst formuliert, und dem, was Sie nachher umsetzen. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, insbesondere die Kollegen in Schwedt nicht: Uns als heute kreisfreie Städte auf die sogenannte Schwedt-Liste zu reduzieren, heißt aus Ihrem eigenen LEP B-B, dass wir dann den Status eines Mittelzentrums haben. Ich schätze alle diejenigen, die glücklich sind, in einer solchen Form arbeiten zu können. Aber uns darunter zu degradieren, dagegen haben wir etwas.

Die Schwächung der Oberzentren im weiteren Metropolenraum hat bereits Hans Lange angesprochen. Das ist das, was auch ehemalige Landräte deutlich gemacht haben: Wenn wir die Starken schwächen, dann stärken wir nicht den äußeren Raum,

im Gegenteil, wir nivellieren nach unten, und ich glaube, das kann nicht Ziel einer so weitgreifenden und nachhaltigen Veränderung für dieses Land sein.

Sie reden immer davon, dass wir in unseren großen Städten uneffizient sind. Sie sehen – das ist letztens schon in der Runde der Finanzkenner und -verteidiger im Gespräch gewesen – hier noch einmal die Effizienz der kreisfreien Städte, weil auch da immer gesagt wird: "Viel zu viele Beschäftigte". Das sehen die Personalräte in unseren Städten natürlich berechtigterweise anders. Schauen Sie sich einfach einmal an, wo wir stehen. Eine Diskussion, dass die einen dies und die anderen jenes haben, zählt an dieser Stelle nicht. Wenn die einen noch Kitas haben, haben die anderen eine Berufsfeuerwehr. Das kann sich sehr gut miteinander messen. Da sehen Sie einfach mal, wie man das bewerten kann.

Ein weiterer Punkt – das ist das, was den Reformbedarf betrifft -, wo immer deutlich herauszuarbeiten versucht wird, was Reformbedarf heißt, worin er bestehen soll und vor allem was er bringen soll. In den öffentlichen Regionalkonferenzen sind viele Diskussionen insbesondere auch von Frau Trochowski geführt worden, wo dann auf Nachfragen leider wieder einmal keine Antwort gekommen ist. Das betrifft das große Problem der rückläufigen Einnahmen. Ich kann mich gut an den Stolz des Finanzministers erinnern, in welcher Größenordnung dieser Landeshaushalt aufgrund der vielen Steuereinnahmen ausgestattet ist. Aber diese schafft nicht die Landesregierung, sondern die kommen von ganz unten, von den ganz kleinen Gemeinden. Dort unten fängt es an!

Richtig ist, dass ein Rekordhaushalt von über elf Milliarden Euro vorgelegt wurde. Wir sind der Auffassung, dass wir, die wir die Arbeit vor Ort machen müssen – damit meine ich nicht nur die kreisfreien Städte, sondern alle Gemeinden -, das Recht haben, daran teilzuhaben, nämlich für den Teil, der uns nach der Konnexität zusteht.

Sie haben die mittel- und langfristigen Planungen. Dazu kann ich nur zum Glück sagen – auch für meine Amtskollegen, die hier anwesend sind –, dass es uns gelungen ist, trotz der Mehrbelastung durch übertragene Aufgaben und ohne Ausfinanzierung einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen, übrigens in der Stadt Brandenburg (Havel) seit 2014. Wir haben gerade gestern einen Doppelhaushalt für 2017/2018 beschlossen, ebenfalls mit dem Haushaltsausgleich und auch für die nächsten Jahre, Herr Minister, den Abbau der Altschulden dargestellt, was selbstverständlich unsere Aufgabe ist. Ich zeige Ihnen gleich, wie schnell es gehen würde, wenn die Gutachten, die in Auftrag gegeben wurden, umgesetzt worden wären, nämlich die Anhebung der Hauptansatzstaffel. Das steht natürlich in dem Gutachten an irgendeiner Stelle. Das muss man gar nicht; aber man sieht, was es bedeutet, wenn man es macht. Wir haben für uns einmal ausgerechnet, dass es für die Stadt Brandenburg (Havel) neun Millionen Euro im Jahr wären, die wir dann mehr hätten.

Ich habe es an verschiedenen Stellen schon dargestellt: Wir, die kreisfreien Städte, haben in den letzten Jahren, über die Sie mit uns diskutieren, kein Tafelsilber verkauft. Das macht deutlich, dass wir eine ganz starke Disziplin an den Tag gelegt haben, auch in der Auseinandersetzung mit unseren Personalräten, wenn es darum geht, den Personalbereich sehr eng zu belassen.

Für unsere Stadt – diese Rechnung habe ich oft genug aufgemacht – heißt das: 150 Millionen Euro Kassenkredit zu 138 Millionen Euro, die uns das Land schuldet. Das heißt für uns, eine Differenz zu haben – diese zeige ich Ihnen auch noch in der Darstellung –, die wir mit Kassenkrediten ausgleichen müssen; denn das Geld fehlt uns. Es sind nicht nur die Klagen, die wir durchgestanden und Geld bekommen haben, sondern Sie haben hier auch die Restlaufzeit langfristiger Verbindlichkeiten unserer Stadt über durchschnittlich sieben Jahre gerechnet. Dann sind wir selbst in der Lage, diesen Teil abzubauen. Hier

(Verweis auf die Projektion)

ist sehr anschaulich zu erkennen, wie sich der Teil der Kassenkredite entwickelt und wie er sich analog in der kumulierten Veränderung „Zuschuss Jugend und Soziales“ darstellt. Ich glaube, einer rot-roten Landesregierung wird nicht einfallen – obwohl ich es auch dem Finanzminister schon einmal gesagt habe –, die sozialen Standards abzubauen. Dann verkaufen Sie dies aber auch bitte so vor Ort. Wir haben das nicht umzusetzen, was Sie hier beschließen.

Was mich besonders traurig macht, ist, dass man uns, die Städte, schlechtredet. Wir haben doch in diesem Land Brandenburg einen Erfolg erzielt, der nicht nur darauf basiert, dass wir eine wahrscheinlich gut arbeitende Landesregierung haben – zumindest wird es uns so vermittelt –, sondern die Arbeit, die hier ankommt, ist die von ganz unten, von den kleinsten Gemeinden bis nach oben in den größeren Gemeinden, im Landkreis, in den kreisfreien Städten. Da passiert, glaube ich, etwas, was den Städten überhaupt nicht zu Gesicht steht und was ihnen eigentlich wirklich nicht zugemutet werden darf: dass sie schlechtgeredet werden. Das erleben wir leider immer wieder.

Hier noch einmal die Zusammenfassung, was es heißt, diese Gebietsreform umzusetzen:

(Verweis auf die Projektion)

Wir sagen ganz deutlich: Eine Kreisgebietsreform, die als bodengebundene Reform anachronistisch ist, verkennt die Möglichkeiten der Digitalisierung. Darüber wird zwar diskutiert, aber die Umsetzung wird wahrscheinlich noch Jahrzehnte dauern.

Damit will ich schließen. Das ist der Ansatz, wo wir sagen: Warum muss ich Strukturen in den Kreisen verändern und habe nicht die Chance genutzt, solche modernen Möglichkeiten einzubeziehen? Denn diese schaffen uns Raum und schaffen uns Möglichkeiten für Kooperation und gegen Zwangsfusion.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Frau Dr. Tiemann. Herr Albers, bitte.

Herr Albers (Vertreter der Volksinitiative):

Herr Vorsitzender! Werte Anwesende! Meine Aufgabe ist es hier, den Blick auf die zweite Stufe der Kreisgebietsreform – die nachfolgende – zu richten. Das ist letztlich die Gemeindegebietsreform. Punkt 3 unserer Volksinitiative heißt ja:

"Die Regierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung mittels interkommunaler Zusammenarbeit vorzulegen."

Nun wollen wir dieses Konzept nicht vorlegen. Aber ich möchte einige Streiflichter auf dieses Thema werfen. Die Enquetekommission hat einen Bericht abgeliefert und sich auch zur Frage der Gemeindegebietsreform geäußert. Letztlich darf ich zitieren:

Alle 419 Städte sollen erhalten werden. Es sei weder feststellbar, dass es aktuelle Defizite bei der Entscheidungsfindung gebe, noch absehbar sei, dass in Zukunft solche Probleme kommen könnten, selbst wenn die Einwohnerzahlen weiter zurückgehen. Mit einer erneuten Reform wäre dagegen die Gefahr verbunden, dass die seit 2003 entstandenen Strukturen und die Identifikation – ich glaube, das ist der entscheidende Punkt – der Bürger mit ihrer Stadt oder Gemeinde negativ beeinflusst werden.

Das Problem ist also eigentlich: Wenn wir größere Einheiten bekommen – dazu soll ja die Kreisgebietsreform die Vorstufe sein, das Vorbereiten –, führt das zu Identifikationsverlusten und schwächt letztlich die Demokratie. Die Bürger fühlen sich von räumlich weit entfernten Verwaltungen fremdregiert bzw. eher fremdverwaltet, da deren Mitarbeiter die Gegebenheiten vor Ort nicht mehr kennen.

Das gilt insbesondere in der ersten Stufe für die Mitarbeiter der Kreisverwaltungen, die dann die einzelnen Kommunen nicht mehr kennen können, weil die Kreise riesig sind, jedoch dann, wenn es große Einheitsgemeinden geben sollte, auch für die Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen. Wie soll das noch zu leisten sein?

Zu der Frage, was man machen kann, will ich aus meiner Region, der TKS-Region, berichten. Wir hatten hier eine kommunale Arbeitsgemeinschaft nach dem Gesetz für kommunale Zusammenarbeit (GKG) und haben diese aufgelöst. Warum haben wir das getan? Letztlich weil wir dort immer zusammengesessen und uns beraten haben, aber dieses Gremium nur Empfehlungen geben konnte. Das war für alle Beteiligten unbefriedigend. Hier sehen wir einen der vielen möglichen Ansatzpunkte, voranzukommen, um den Kommunen Möglichkeiten zu geben, letztlich auch in den bestehenden Strukturen die Arbeit gemeinsam zu organisieren, indem man dort mehr Handlungsfähigkeit erlangt. Wir haben selbst in der Region nicht aufgegeben. Das heißt, wir haben – das können wir ja nach der Kommunalverfassung – Ausschüsse gebildet, die jetzt immer gemeinsam an einem Ort tagen. Wir bewegen uns damit ein wenig am Rande dessen, was zulässig ist, was den Öffentlichkeitsgrundsatz angeht, aber wir machen das immer schön bekannt. Bisher hat sich niemand beschwert. Wir sind auch weiter rege im Austausch. Lieber wäre es uns aber, wenn wir Dinge, bei denen drei Kommunen – in unserem Fall Teltow, Stahnsdorf und Kleinmachnow – aneinander grenzen, auch gemeinsam in einer entsprechenden Form verbindlich angehen könnten.

Es gibt also Möglichkeiten jenseits der Aufhebung von Gebietskörperschaftsgrenzen im Rahmen der Zusammenarbeit. Wir glauben auch, dass Möglichkeiten selbst schon durch die Landesregierung identifiziert und erkannt wurden.

Wenn ich es richtig verstanden habe, ist die Staatssekretärin aus dem Innenministerium gerade Vorsitzende einer entsprechenden Digitalisierungskommission. Dort sind die Fragen besprochen worden, was als Nächstes angegangen werden soll, wie man Verwaltungsdienstleistungen unabhängig von Ort und Zeit elektronisch erledigen kann. Identifiziert wurden als nächste Dinge, die angegangen werden sollten: Melde- und Einwohnerwesen, Gewerbeanmeldungen und E-Rechnungen. Letztlich kann man Verwaltung auch effektiv organisieren, ohne die Strukturen, in denen sie vor Ort Dienste für den Bürger leistet, zu ändern.

Stahnsdorf selbst hat drei Ortsteile. Wenn ich in diesen bin – das sind ehemals politisch selbständige Gemeinden –, stelle ich immer wieder fest, dass diese Menschen, die in den Ortsteilen leben, sich noch ganz stark mit diesen identifizieren, und das rund 15 Jahre nach der ersten Gemeindegebietsreform. Das bedeutet also: Die Menschen sind heute noch nicht einmal ganz in den Strukturen angekommen, in denen wir heute leben, arbeiten und Verwaltung organisieren.

Jetzt schon die nächste Stufe zu planen, dürfte schwierig sein. Die Menschen glauben nicht mehr daran, dass die Politik, die Verwaltung sie noch wahrnimmt, wenn die Abstände zu den Menschen immer größer werden. Deshalb warnen wir davor, dies leichtfertig anzugehen.

Beim Blick auf die Funktionalreform sei nur ein Punkt herausgegriffen: Die Prüfung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz soll auf die Kommunen übergehen. Bei uns im Landkreis, obwohl der Landkreis Aufgabenträger ist, machen die Kommunen das jetzt schon. Es gibt keine einzige Kita, die der Landkreis bei uns betreibt. Warum ist das so? Weil die Mitarbeiter des Landkreises aus der Ferne die Bedürfnisse vor Ort weder erkennen noch bedienen können. Das hat also Gründe und ist vertraglich geregelt. Das ist auch okay so. Einige Dinge, die hier als änderungsbedürftig abgesehen werden, laufen heute schon. Auch hier kann man auf Grundlage von Vereinbarungen einiges erreichen.

Es gibt weitere Beispiele, die ich anführen könnte. Einen Punkt möchte ich noch aufgreifen. Das Personal soll ja den Aufgaben folgen. Das ist aus Sicht der Kreisarbeitsgemeinschaft der Bürgermeister des Landkreises Potsdam-Mittelmark problematisch. Es gibt schon einen Unterschied in der Art und Weise, wie Mitarbeiter in Landkreisen einerseits entlohnt werden – das ist schon von der Struktur her so –, andererseits aber auch direkt mit dem Bürger konfrontiert oder eben nicht konfrontiert werden. Wenn sie direkt Dienst vor Ort in der Gemeinde leisten sollen, dann ist das eine für alle Beteiligten ansprechende Aufgabe – das muss man deutlich so sagen -: eine Umstellung. Wir meinen, auch das könnte sich negativ auswirken.

Lange Rede, kurzer Sinn: Lassen Sie uns gemeinsam die Möglichkeiten nutzen, die wir haben, wie angesprochen: Digitalisierung, Verbesserung der Möglichkeiten der

Zusammenarbeit auf Grundlage des GKG, indem die Kooperationsmöglichkeiten verbessert werden. Dann kann man etwas, was die Bürger verärgert – weitere Wege und nicht ansprechbare Ansprechpartner vor Ort durch größere Entfernung –, vermeiden.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Albers. – Herr Goetz, bitte.

Herr Goetz (Vertreter der Volksinitiative):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie bitte eine Vorbemerkung. Sie wissen vielleicht, dass die Geschäftsstelle unserer Initiative in Teltow ist, und zwar dort, wo sich auch meine Kanzlei befindet. Das heißt, die Briefe mit den 129 464 Unterschriften sind weitgehend in Teltow angekommen. Weil es immer hieß, das seien ja die Frösche, die man nicht fragen dürfe, ob der Sumpf trockengelegt werde, möchte ich gern noch etwas zu den Fröschen sagen, die da geschrieben haben.

Die Briefe kamen wirklich aus dem ganzen Land, von der Prignitz bis zur Lausitz, und es sind wirklich rührige Sachen dabei gewesen. Da war zum Beispiel ein Taxi-Unternehmer aus Cottbus, von dem alle zwei Wochen ein Brief kam – einmal mit zehn Unterschriften, einmal mit 30 Unterschriften, von Leuten ganz verschiedener Herkunft. Er hat sich offensichtlich mit seinen Taxi-Fahrgästen unterhalten und hat ihnen nahegebracht, worum es geht, und hat sie im Zuge der Taxi-Fahrt offensichtlich zur Unterschrift auf unserer Liste bewegen können. Es sind insofern wirklich Leute aus dem ganzen Land, die in Cottbus mit dem Taxi unterwegs waren.

Dabei waren Arztpraxen, Modehäuser, verschiedene Unternehmen, die eingereicht haben, natürlich auch Verwaltungsmitarbeiter. Auch Verwaltungsmitarbeiter sind Bürger unseres Landes und haben Recht und Stimme, sich dazu zu äußern. Es ist völlig normal, dass sie das tun; das freut uns auch. Aber wenn es 129 464 sind, so gibt es so viele Verwaltungsmitarbeiter im ganzen Land Brandenburg nicht, dass man es damit erklären könnte. Es ist also wirklich ein breites Bild über das gesamte Land, von der Prignitz bis zur Lausitz.

Inzwischen sind es deutlich über 130 000. Es kommen nach wie vor noch Briefe an mit Unterschriften darin. Es hat also noch nicht jeder gehört, dass wir das schon eingereicht haben. Wir sind inzwischen weit über 130 000 Unterschriften, auch wenn hier nur 129 464 eingereicht wurden.

Zur Sache selbst: Es liegt ein gewisser Entwurf vor, mit dem man sich einmal befassen könnte. Dieser Entwurf ist in einem Punkt wirklich verblüffend. Das Erstaunliche daran ist, dass Sie es eigentlich besser wissen müssten, was diese Reform angeht. Es ist ziemlich genau sechs Jahre her, da saßen noch oben auf dem Berg, im alten Landtag, drei Abgeordnete zusammen: Herr Petke von der CDU – auf seine Initiative ging das zurück –, Frau Nonnemacher von den Grünen, und der Dritte im Bunde war ich. Damals haben wir uns darüber unterhalten, wie man über bisherige Strukture-

formen, über die bisherige Kommunalstruktur nachdenken könnte, ob es da Handlungsbedarf gebe und wie man das Land fit machen könne für die Zukunft. Es gab damals so einige Voraussetzungen, die Allgemeingut waren, die sich nachher als falsch herausgestellt haben, aber die der Ausgangspunkt für die Überlegungen waren, die wir hatten.

Die erste Überlegung war nach der damaligen Prognose des Statistischen Landesamts: Die Einwohnerschaft des Landes Brandenburg wird in den nächsten paar Jahren um 12 % zurückgehen, besonders dramatisch weit weg von Potsdam oder Berlin und im näheren Raum um Berlin herum ein bisschen anders. Aber es würde Gegenden geben, die dann nahezu entvölkert wären. Auch dazu kann ich nur sagen: Aus der nahezu volkslosen Prignitz haben Tausende Leute diese Initiative unterschrieben. Ganz so volkslos kann es also dort nicht sein und wird es auch in absehbarer Zeit nicht werden.

Die zweite Voraussetzung, die damals Common Sense war, hieß, dass die Einnahmen des Landes Brandenburg drastisch zurückgehen würden. Ich erinnere daran, dass wir 2009, 2010 und 2011 im Landtag Debatten über den Haushalt geführt haben, wobei gesagt worden ist: Wir haben jetzt noch 10,5 Milliarden Euro bis 2020, dann wird es auf 8 Milliarden Euro zurückgehen, wenn es denn für uns gut läuft, weil irgendwelche Zuweisungen von woanders zurückgehen. Frau Dr. Tiemann hat die aktuellen Haushaltszahlen schon genannt, von denen wir ausgehen müssen.

Die Entwicklung ist also eine ganz andere. Insofern muss man auch die Voraussetzungen hinterfragen, mit denen wir damals zu arbeiten begonnen haben. Aber in jedem Fall wurde dann mit diesen Voraussetzungen über die Einsetzung einer Enquetekommission nachgedacht. Für uns drei, die wir damals mit den jeweiligen Referenten zusammensaßen, war wichtig, dass wir die Reform vom Bürger her denken, dass wir also nicht überlegen, was für den Minister schön ist, wie das Land von Potsdam her gut verwaltet werden kann und wie man es einfach macht, um mit möglichst wenigen Landräten diskutieren zu müssen, sondern dass wir überlegen, wie wir erreichen, dass die Leute im Land lebenswerte Bedingungen haben, dass sie sich gut aufgehoben fühlen, sodass ihre Besorgungen, die sie haben, zügig und in guter Qualität erledigt werden können.

Das war der Ausgangspunkt dieser Enquetekommission 5/2, die damals eingesetzt worden ist. Dann haben wir auch gesagt: Die Strukturen, das heißt die Grenzen spielen für uns zunächst überhaupt keine Rolle. Wir wollen über Aufgaben nachdenken. Wir wollen uns dabei keine Denkverbote auferlegen, und wenn das alles geregelt ist, dann kann man ganz am Ende möglicherweise auch darüber nachdenken, ob sich irgendwelche Notwendigkeiten oder Möglichkeiten ergeben, auch Strukturen neu zu fassen. Aber der Weg muss ein anderer sein, dass wir wirklich herangehen und sagen: Wir wollen einzelne Bereiche neu gestalten, wollen Aufgaben neu verteilen, wollen Aufgabenkritik haben, wollen Funktionen neu verteilen. Ganz am Ende können dann konkrete Strukturreformen stehen.

Dazu gab es die Enquetekommission, die vor etwa sechs Jahren eingesetzt wurde, zweieinhalb Jahre gearbeitet hat und Ende 2013 ihre Ergebnisse vorgelegt hat. Die

Drucksache liegt auch vor. Ich habe gestern noch weitere Exemplare bestellt, weil es dazu immer Nachfragen gibt. Daraus kann man wirklich eine Handlungsanleitung entnehmen, wie man arbeiten könnte.

Ich möchte nur einzelne Punkte kurz herausgreifen. Wir hatten damals klar gesagt, dass wir wollen, dass, unabhängig davon, wer zuständig ist, die Bürger Brandenburgs in ihrer jeweiligen Gemeinde ihre Angelegenheiten erledigen können. Das haben wir neudeutsch damals „Frontoffice“ genannt. Man hätte es vielleicht eleganter formulieren können; aber was gewollt war, ist klar. Es sollte in den jeweiligen Städten und Gemeinden dann Bürgerbüros geben, Anlaufstellen, wo die Leute hingehen könnten, eine qualifizierte Beratung finden würden, wo sie ihre Anträge stellen könnten und wo diese in einem Backoffice, also hinter dieser ersten Linie, bearbeitet werden. Uns war völlig egal, ob der Landkreis, eine Stadt oder eine Gemeinde zuständig ist, und dort ein Amt oder wer auch immer. Das sollte gar keine Rolle spielen. Die Leute sollten ihre Angelegenheiten unmittelbar an ihrem Wohnort erledigen können. Das war der Ansatz, den wir hatten.

Die Idee, die dahinterstand, war, dass man sagte: Wenn es dann so ist, dass jeder das, was er zu erledigen hat, im unmittelbaren Umfeld seines persönlichen Wohnsitzes erledigen kann, dann spielt es vielleicht nicht mehr die entscheidende Rolle, ob die Kreisstadt nun 50, 75 oder 80 km entfernt ist. Das war eine der grundlegenden Überlegungen, die wir damals hatten. Natürlich waren dafür Voraussetzungen zu schaffen, dass man ein solches Frontoffice gestalten kann. Das ist ja keine Posteingangsstelle, wo etwas abgegeben, gestempelt und weitergeleitet wird. Dort sollten schon hochqualifizierte Mitarbeiter sitzen.

Insofern hatten wir damals in der Enquetekommission formuliert, dass Qualifizierungsmaßnahmen im gehobenen Dienst durchzuführen sind, damit dort dann Leute sitzen, die wissen, was wohin gehört, die auch erste Hinweise geben können, die im Grunde auch zu einer ersten Prüfung und Bearbeitung in der Lage sind, sodass dort wirklich ein guter Aufschlag erzielt werden kann und sich die einzelnen Bürger mit ihren Anliegen dort gut angenommen fühlen und damit wirklich gut vorankommen. Wenn man das bei der Reform hätte tatsächlich aufgreifen wollen, müsste das alles längst laufen. Wenn ich die Enquetekommission 5/2 mit ihren Ergebnissen sehe, so hätte es da eigentlich einen Zeitplan geben müssen. Klar, wir hatten 2014 Kommunalwahlen, und wenn ich etwas neu schneiden wollte – und wir haben 2019 die nächsten Wahlen –, dann wäre das ein Punkt, an dem man über Strukturen nachdenken kann. Aber die Änderung der Funktionen, die Aufgabenkritik, müsste doch eigentlich vorher erfolgen.

Zu erwarten wäre also gewesen, dass man 2015 nach der Landtagswahl von 2014 mit diesen Funktionalreformen beginnt, dass man die Frontoffices allmählich aufbaut – sie müssten eigentlich schon arbeiten –, und dass man darüber nachdenkt, Aufgaben bereits vorher abzugeben. Da heißt es immer: „Wir machen das nicht, denn wenn da neue Strukturen geschaffen werden und man vorher Aufgaben abgegeben hat, dann wirbelt man wieder alles durcheinander.“ Das ist ein Argument, das nicht wirklich zieht. Natürlich muss man neue Strukturen geschaffen haben und Aufgaben sowieso komplett neu verteilt werden. Da wird es ein Riesenchaos geben, da

wird vieles durcheinandergehen. Das ist gar kein Vorwurf – das ist eine Selbstverständlichkeit, mit der man leben muss. Das heißt, man muss sich darauf einrichten, wenn man eine solche Reform macht, dass irgendetwas danebengehen wird. Wenn ich das entzerren kann, indem ich einzelne funktionale Teile bereits vorher verlagere und bereits vorher nach unten abgebe, dann habe ich die Kompetenz und die geballte Arbeitskraft des Ministeriums und aller Behörden, um mich mit einzelnen Problemen zu befassen. Wenn ich alles auf einen Punkt konzentriere und auf einem Punkt sämtliche Reformen durchziehe, dann bricht das geballte Chaos aus. Das ist eben nicht zumutbar und auch nicht leistbar für ein Ministerium. Das heißt, wir machen uns die Schwierigkeiten viel größer, als sie eigentlich sein müssten, wenn wir nicht, wie es von der Enquetekommission 5/2 gewollt war, damit anfangen, Funktionen nach unten abzugeben.

Es ist eine Reihe von Beispielen in dem Entwurf genannt, teilweise finden sie sich auch später wieder. Die Kraftfahrzeug- und Personenzulassung beispielsweise liegt bei den Landkreisen. Dazu gab es bereits in den 1990er und 2000er Jahren entsprechende Modellversuche, etwa nach dem Standorterprobungsgesetz, wo gesagt wurde: Das können die Kommunen gut leisten. In Beelitz beispielsweise lief so etwas. Insofern war das ein Ansatz, zu sagen: Im Frontoffice kann das geleistet werden, unabhängig davon, ob der Landkreis, die Stadt oder die Gemeinde dafür zuständig ist und das hinterher zu bearbeiten hat; die Leute können das in ihrem Ort erledigen und müssen nicht irgendwo anders hinfahren oder sich irgendwelcher Zulassungsdienste bedienen. Das ist eine Möglichkeit oder ein Beispiel dafür, was man dort machen kann.

So war es eigentlich angelegt, was diese Gesamtreform angeht. Wenn man das so aufbauen wollte, hätte man im Grunde jetzt die Frontoffices eingerichtet haben müssen. Man hätte jetzt bereits begonnen haben müssen, einzelne Funktionen auf die Landkreise, Städte und Gemeinden zu übertragen, je weiter nach unten, desto besser – auch darin waren wir uns einig –, um dort eine Stärkung herbeizuführen, um auch mehr Personal bei den Gebietskörperschaften anzusiedeln. Ganz zum Schluss hätte man darüber nachdenken können, 2017 diese Funktionalreform abzuschließen, sie 2018 zu bewerten und dann für 2019 darüber nachzudenken, was möglicherweise angezeigt gewesen wäre, um irgendetwas an neuen Strukturen zuzuschneiden. So wäre es eigentlich richtig gewesen.

Was Sie gemacht haben, meine Damen und Herren, das ist im Grunde so, dass Sie das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt haben oder, um im Bild zu bleiben, meine Damen und Herren von der Koalition: Das Pferd, auf dem Sie sitzen, ist tot – steigen Sie ab!

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Goetz. – Herr Oecknigk, bitte.

Herr Oecknigk (Vertreter der Volksinitiative):

(Zu Redebeginn fehlende Tonaufzeichnung!)

Wir haben manchmal die Auffassung, dass wir irgendwo verloren und vergessen sind. Insofern haben wir auch sehr kritisch das Strategiepapier gesehen, das im vergangenen Sommer hier verabschiedet wurde. Sehr schnell wurde uns deutlich, dass wir viel eher eine Aufgabenklärung bräuchten, eine Funktionalreform, wie es meine Vorredner schon angesprochen haben, und dass wir damit aber auch die Daseinsvorsorge definieren.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, was Aufgabenklärung betrifft. Ich bin selbst Standesbeamter, ich gebe von der Geburts- bis zur Sterbeurkunde über die Heiratsurkunde alles aus, was das Leben so ausmacht. Aber einen Führerschein, nachdem in der Stadt Herzberg die Prüfung absolviert wurde, kann ich nicht ausstellen, sondern dieser wird dezentral oder zusammengefasst bei der Kreisverwaltung in Bad Liebenwerda ausgestellt. Das sind so kleine Dinge, von denen man sagt: Damit würde sich das Leben vereinfachen. Das ist aber nur ein Punkt.

Was müssen wir tun? Der Minister sagt: Die Grundlage dieser Reform soll die Demografie sein. Die Demografie stellt aber Fragen an uns: Welche Gründe führen dazu, dass junge Menschen vordergründig weggehen? Woran liegt es, dass Menschen aus den peripheren Bereichen in die Zentren ziehen? Auf der einen Seite ist das ein weltweit zu beobachtender Prozess, auf der anderen Seite muss man fragen: Was wird getan, um dagegen vorzugehen? Meine Töchter leben in Baden-Württemberg. Meine große Tochter, sie ist Pflegedienstleiterin in der Akutpsychiatrie, sagte mir: „Vater, wenn du mir einen Job besorgst, wo ich das gleiche Geld verdiene wie hier, dann bin ich wieder bei dir in Herzberg.“

Das ist das Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen: Was tun wir in Fragen der Infrastruktur? Was tun wir in Fragen Zukunftsfähigkeit? Und was tun wir in Fragen Attraktivität auch an den Rändern, nicht nur im Zentrum, im Ballungsraum? Wir haben kostenmäßig in den Verwaltungen gegengesteuert. Wir haben seit der Wende versucht, einfachste Schritte zu gehen. Ich nenne das Beispiel der Stadt Herzberg. Wir haben zu über 60 % Personal abgebaut. Wir sind da in einer Stagnation, weil wir auf der einen Seite hoffen, dass wir durch neue Techniken, neue Kommunikationsmöglichkeiten den Austausch und die Arbeit vereinfachen können. Auf der anderen Seite bemerken wir aber, dass wir hier an technische Grenzen stoßen. Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung haben sehr schnell auf die Digitalisierung der Unterlagen gedrungen. Aber ich kann nicht einmal den Mitgliedern unserer Stadtverordnetenversammlung per E-Mail oder SMS Nachrichten übermitteln, die vielleicht wichtig wären, weil sie schlicht und einfach nicht zu erreichen sind. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Für die Bürger steht die Frage der Erreichbarkeit. Sicherlich kann man sich über die Vielfalt der Aufgaben der Verwaltung unterhalten; aber die Erreichbarkeit ist nach wie vor wichtig. Nicht jeder und nicht jede wird sich via Internet bzw. anderen modernen, digitalen Kommunikationsmöglichkeiten an die Verwaltung wenden. Umgekehrt ist es auch nicht einfach, wie gerade genannt. Aber wer ist denn dann noch vor Ort? Wir haben 2001 in Herzberg die Eingemeindung vorgenommen, und seither sind das Ehrenamt und das Engagement sehr zurückgegangen. Die Vereine sind überaltert.

Die junge Generation sieht es nicht mehr als zwingende Pflicht an, sich in irgendeiner Form zu beteiligen. Sie erwarten – so ist es ihnen auch über das Bildungssystem vermittelt worden –, dass der Staat etwas liefert. Sie stellen Ansprüche, aber von Pflichten ist wenig zu spüren. Sie zu motivieren ist schon ein schwieriges Unterfangen. Auch da sage ich: Hier müssen wir erst eine Aufgabenklärung vornehmen, hier müssen wir die Daseinsvorsorge genau definieren, bevor wir weitere Schritte unternehmen.

Wir wollen uns also dem Dialog überhaupt nicht verschließen. Es ist eine schwierige Aufgabe, vereinheitlichte Lebensverhältnisse zu gestalten. Aber wir sind dazu bereit. Wir fünf Vertreter der Volksinitiative sind – wie andere – nicht hier, um zu sagen: Wir sind dagegen. Wir sind bereit, mitzudiskutieren, zu überlegen, wie man das Land nach vorn bringen kann. Die Defizite in den peripheren Bereichen und in Teilen des Landes Brandenburg müssen abgebaut werden, im Vergleich zum zentralen Landesbereich gesehen.

Was man im Leitbild auch leider nicht findet, ist das Thema Heimat. Es wurde immer bei uns im Süden mit diesem Monstrum an Großkreis deklariert, dass wir uns hier irgendwo aufgehoben fühlen würden. Nein, das ist es nicht. Dabei wird schon übersehen, dass unser Bereich Herzberg nicht einmal Lausitz ist, sondern wir sind das Elsterland. Die Menschen fühlen sich allein gelassen. Das war immer wieder das Thema bei der Unterschriftensammlung auf den Straßen. Die Menschen wollen sich auch wohlfühlen, wollen das Heimatgefühl ausleben. Nur – so denken viele, die bei uns die Unterschriften gesammelt haben – geht das mit der avisierten Reform verloren.

Was den Menschen vor Ort auch Sorgen bereitet, ist, dass durch diese Reform der Zentralismus stetig steigt. Nein, wir brauchen eine Aufgabenklärung – ich sage es noch einmal: Glasnost in unseren Verwaltungen in Brandenburg ist möglich. Wir müssen es beiderseits angehen, von der kommunalen Ebene wie von der Landesebene, eingeschlossen auch die Kreise. So wird jeder seine große Bedeutung behalten, das Land, die Oberzentren, die Kreise und die Kommunen. Es muss nur wohl überlegt werden, wie wir uns für die Zukunft aufstellen.

Sie haben das mit der Zukunftsstrategie „Digitales Brandenburg“ im Herbst vergangenen Jahres begonnen. Lassen Sie uns intensiver miteinander bereden, welche Chancen, welche Möglichkeiten, aber auch welche Risiken damit verbunden sind, und geben Sie den Menschen vor Ort die Möglichkeit, sich wieder ernst genommen zu fühlen und sich in Brandenburg wieder wohlfühlen.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Oecknigk. Herr Lange, bitte noch einmal.

Herr Lange:

Ich möchte zum Schluss noch einmal sagen, dass man die vielen Maßnahmen, die angesprochen worden sind und die alle dazu führen können, dass sich die Situation

auf der kommunalen Ebene und im Land deutlich verbessert, treffen kann. Ich habe schon mehrfach die Frage gestellt, welche von diesen Maßnahmen denn ausschließlich mit einer Kreisgebietsreform verbunden werden muss. Die Antwort darauf ist mir bis jetzt jeder schuldig geblieben, dem ich diese Frage gestellt habe. Deswegen ist mir das Wort von der angeblichen Alternativlosigkeit der Situation ein Dorn im Auge. Ich kann mir nur vorstellen, dass die Alternativlosigkeit darin begründet ist, dass man nicht ernsthaft nach ehrlichen Alternativen gesucht hat.

Der Weg, der hier gegangen wird, ist falsch. Deswegen muss man umkehren, weil die Richtung nicht stimmt. Wer zum Nordpol will, der darf nicht nach Süden marschieren. Das muss man einfach einmal so sagen. Die Volksinitiative möchte gern, dass dieses falsche Herangehen korrigiert wird. Deswegen die Aussage: Wir wollen zum Ausgangspunkt zurück, weil die Richtung ganz anders sein muss. Wir brauchen ein anderes, ein neues Leitbild, welches die Daseinsvorsorge und die Subsidiarität von unten her, vom Ergebnis her, denkt. Wir wollen, dass die Landes-, Kreis- und Gemeindeebenen in ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Daseinsvorsorge ein gemeinsames Konzept entwickeln.

Ansonsten ist die vorgesehene Reform, so wie sie jetzt gedacht wird, vom Prinzip auch nur – Entschuldigung, wenn ich das so deutlich sage – alter Wein in neuen Schläuchen. Denn wenn wir nur einen neuen Mantel über das alte Handeln legen, ändert sich nichts.

Wir müssen für meine Begriffe die Chance, die hier in Brandenburg besteht, nutzen. Wir können hier neu denken. Wir haben damals, 1993, weil alles neu war, auch vorhandene Systeme von unseren Partnerkreisen und Partnerländern übernommen. Wir haben gar nicht mitbekommen, dass diese Systeme oft schon 40 oder 50 Jahre alt gewesen sind, wo schon Subbeziehungen unterhalb der einzelnen Ebenen festgeklopft worden sind, wo Finanzbeziehungen einfach mit übernommen worden sind. Ich meine, es muss von der Daseinsvorsorge und auch von der entsprechenden Finanzierung her neu gedacht werden. Dann kommt es vielleicht zu einer Teilhabe der Gemeinden an den Einnahmen des Landes nicht nur von 20 %, vielleicht sind es dann 25 % oder noch mehr. Aber das, was dann getan wird, das wird vor Ort geregelt.

Wir müssen schon einmal sagen, dass wir uns hier nicht auf das Spiel „Teile und herrsche“ einlassen. Wir sollten die Brandenburger zusammenführen und nicht durch eine Neiddiskussion auseinanderdividieren. Ich wünsche mir, dass man an dieser Stelle verantwortungspolitisch handelt. Sie haben als Abgeordnete – genau wie die Abgeordneten in den Kreisen und in den Gemeinden – eine Aufgabe bekommen, Sie sind mit einer Verantwortung beliehen worden. Daraus haben Sie im Prinzip die Verantwortung ableiten müssen, dass Sie eine Landesregierung bestellt haben, die ebenfalls nur mit dem Thema Verantwortung beliehen ist. Sie dürfen diese Verantwortung, jedenfalls für meine Begriffe, nicht als Macht missbrauchen.

Deswegen ist es wichtig, dass man diese langfristigen Prozesse, die Demografie- und Strukturwandelprozesse auch mit langfristigen Maßnahmen begleitet. Wir müssen uns vor Augen führen, dass beispielsweise das Land Bayern nicht eine Kreisge-

bietsreform gemacht hat, um vom Nehmer- zum Geberland zu werden. Die Bayern haben etwas anderes gemacht; sie haben den Strukturwandel über Jahrzehnte gestaltet und sind damit erfolgreich gewesen. Vielleicht kann man davon einfach nur einige Wirkprinzipien – nicht die einzelnen Maßnahmen – ableiten, die man übernehmen könnte.

Es muss also, meine ich, die Ursache bekämpft werden, die hier, wie es Michael Oecknigk schon gesagt hat, vorherrscht. Es ist unsere Strukturschwäche, der wir entgegentreten müssen. Dann wird sich auch das Thema Demografie beeinflussen lassen. Ich will nicht sagen, dass das von heute auf morgen geht. So schnell wachsen keine Kinder auf. Aber ich meine, wir müssen die Ursache bekämpfen, nicht das Symptom. Wir brauchen Heilung statt Linderung, wir brauchen auf keinen Fall Trostpflaster.

Interessanterweise haben das, meine ich, die Abgeordneten aus allen Parteien, die hier am Tisch sitzen, in den Kreisvertretungen und in den Stadtverordnetenversammlungen erkannt. Die meisten von ihnen haben sich tatsächlich gegen dieses Leitbild ausgesprochen. Ich meine, das liegt nicht daran, dass sie keine Landtagsabgeordneten sind, sondern daran, dass sie ganz einfach direkt von ihrem Wähler bestimmt und bestellt worden sind und deswegen den Wähler auch ernst nehmen.

In seiner Schrift „Die Freiheit des Christenmenschen“ schreibt Luther:

„Die Menschen besitzen die Vollmacht und die Fähigkeit, einzugreifen, zu steuern und zu gestalten. Der Popanz der Alternativlosigkeit, die Monstranz einer sich selbst vergottenden Herrschaft, entblößt doch nur Überheblichkeit und Misstrauen gegenüber den Menschen. Das unselige Programm der Alternativlosigkeit verhöhnt die Freiheit des Christenmenschen. Eine Welt ohne Alternativen wäre eine Welt von Knechten.“

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Lange. – Für die Fragerunde sammle ich noch die Meldungen auf einer Liste. Zunächst Frau Kollegin Geywitz, bitte.

Abg. Frau Geywitz (SPD):

Zunächst an Frau Dr. Tiemann und die Herren einen herzlichen Dank für diesen vielschichtigen Blick auf den Reformprozess, auch an Herrn Goetz herzlichen Dank für den Blick zurück in die Historie. Das, was wir jetzt diskutieren, ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern hat einen sehr langen Vorlauf.

Noch einmal zu Herrn Lange und zu dem Bezug auf Luther: Alternativlos ist eigentlich nur, dass wir sterben müssen, und meistens auch, dass wir Steuern zahlen müssen; alles andere im Leben ist gestaltbar.

Ich habe eine Frage an Herrn Lange und drei Fragen an Herrn Goetz. Zunächst die Frage an Herrn Lange: Wir haben eine recht interessante Präsentation von Frau Dr.

Tiemann zur Effizienz der kreisfreien Städte, ihrer Aufgabenerfüllung, auch eine Grafik zu den Beschäftigten pro tausend Einwohner gesehen. Da sehen wir zwei Schlusslichter, das eine ist die Prignitz, das andere Ostprignitz-Ruppin. Daraus könnte man schließen, dass in diesen beiden Landkreisen die Aufgabenwahrnehmung besonders ineffizient sei. Wie sehen Sie das?

Zum Zweiten: Wie positionieren Sie sich zu der Forderung von Frau Dr. Tiemann, die Hauptansatzstaffel für die Städte auf 170 % zu setzen?

An Herrn Goetz habe ich drei Fragen, zum einen zu der Formulierung in Punkt 1:

"Der Beschluss des Landtags, Entwurf des Leitbildes, wird hiermit aufgehoben."

Da habe ich beim Lesen etwas gestutzt; denn der Landtag ist ja in der Lage, in der einen Sitzung einen Beschluss zu fassen und nach anderer Erkenntnis in einer anderen Sitzung einen anderen Beschluss zu fassen. Das ändert aber historisch nichts an dem einmal gefassten Beschluss, sondern fügt ihm nur einen weiteren Beschluss hinzu. Insofern wäre ich an Ihrer Interpretation interessiert, was die Rechtsfolge wäre, wenn ein Beschluss aufgehoben würde. Denn so etwas kennt man ja sonst nur von Gesetzen.

Der zweite Punkt beschreibt den Bestand der jetzigen Kreise und kreisfreien Städte. Wie sehen Sie hier das Spannungsverhältnis zum Art. 98 unserer Verfassung, zum einen generell? Wie lange sehen Sie auch die Bildungswirkung eines solchen Beschlusses? Und, da es eine Änderung der Verfassung oder zumindest eine Einschränkung wäre, wie sehen Sie das mit dem unterschiedlichen Quorum für Verfassungsänderungen auf der einen Seite und für die Beschlussfassung im Landtag auf der anderen Seite?

Der dritte Punkt: Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen. Sie sind ja nur so lange Verfahrensbeteiligter, wie der Volksentscheid durchgeführt wurde. Wir unterstellen, der Volksentscheid wäre positiv votiert, die Landesregierung würde so ein Konzept vorlegen. An wen würde sich dieses Konzept dann richten? Denn Sie als Initiative wären dann ja nicht mehr Verfahrensbeteiligte. Wir hatten das bei der Volksinitiative zur Massentierhaltung, dass wir einen sehr intensiven Dialog geführt haben, der am Ende zum Kompromiss mit denjenigen geführt hat, die ihr Anliegen hier eingebracht hatten, auch mit Unterstützung von vielen, vielen Unterschriften. Es wäre bei diesem Konzept am Ende des Verfahrens nicht möglich, in einen Dialog mit Ihnen einzutreten, weil Sie dann quasi nach Ende des Volksentscheids als Gruppe nicht mehr agieren würden. Wie sehen Sie das?

Vorsitzender:

Wir sammeln weiter Wortmeldungen. Zunächst Herr Petke, bitte.

Abg. Petke (CDU):

Frau Kollegin Geywitz, der Parlamentarische Beratungsdienst des Landtages hat uns

klar und deutlich gesagt, dass diese Volksinitiative auf dem Boden unserer Verfassung steht. Ich glaube, ein Teil der Dinge, die Sie jetzt hier vorgetragen haben, ist das, was in der SPD, auch in der Staatskanzlei, vielleicht auch im Innenministerium, da aber offensichtlich weniger, als Versuch unternommen wird, die Legitimität der Volksinitiative einfach infrage zu stellen. Um es einmal klar und deutlich zu sagen: Wenn der Parlamentarische Beratungsdienst des Landtages Brandenburg zu dem Ergebnis kommt, dass diese Volksinitiative rechtmäßig ist, dann ist das so. Dass sie eine politische Wirkung entfaltet, das ist eine ganz andere Frage.

Ich habe seit 1999 noch nie erlebt, dass eine Volksinitiative in hundert Tagen annähernd 130 000 Unterschriften sammelt. Ich habe allerdings auch noch nie erlebt, dass seitens der Landesregierung, des Ministerpräsidenten und des Innenministers eine Volksinitiative – in dieser Zeit hat es mehrere Ministerpräsidenten und noch mehr Innenminister gegeben – auf diese Art und Weise öffentlich angegangen wurde. Der Ministerpräsident stellt der Volksinitiative und überhaupt den Kritikern der Reform nahe, sie würden mit „Fake News“ arbeiten; das ist ein Zitat. Der Innenminister sagte heute Morgen im Radio – wann er das Interview gegeben hat, weiß ich nicht –, er würde heute auf die Totalverweigerer treffen. Eine solche Auseinandersetzung auch mit solchen Begrifflichkeiten, mit solchen Herabsetzungen hat es in dieser Form noch nicht gegeben. Auch noch nicht gegeben hat es Aussagen wie zum Beispiel die von Herrn Görke, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, am Wochenende, der auf dem Landesparteitag der Linken in Potsdam sagte:

"Das Ding ist so schlecht eingetütet",

ich zitiere:

„Kapitän und Erster Offizier werden jetzt übernehmen und eine bessere Navigation suchen für das Thema, das sich in stürmischer See befindet.“

Ich glaube, er hat es so gesagt, jedenfalls habe ich es auch noch an anderer Stelle gelesen. Das zeichnet diese Art und Weise aus. Was mich persönlich geärgert hat, das war die Aussage – die habe ich auch persönlich in Luckenwalde erlebt –, als der Minister das Aufstehen und Hinsetzen forderte, um zu unterscheiden, wer Verwaltungsmitarbeiter und wer Mensch ist, als ob diejenigen, die gerade die Flüchtlingssituation bearbeiten oder im Ordnungsamt arbeiten und den Kopf hinhalten, um Gesetze durchzusetzen, wenn sie für ihren Arbeitsplatz streiten, weniger wert sind als diejenigen, die auch in den Genuss von staatlichen Leistungen kommen.

Ich habe zu den Inhalten der Volksinitiative Fragen. Ein Inhalt ist ja die Kooperation, die sich in Punkt 3 wiederfindet. In der Kooperation liegt – das sagen viele in der Wissenschaft und an anderen Stellen auch – eine Möglichkeit, sich auf sich verändernde Rahmenbedingungen einzustellen. Jetzt sagt die Landesregierung: Kooperation sei unübersichtlich, würde die Sache bunt oder nicht mehr gestaltbar machen. So darf ich es einmal zuspitzen; so ähnlich steht es in den aktuellen Papieren. Das ist deswegen so interessant, auch politisch interessant, weil die Landesregierung bis zum Ende der vergangenen Legislaturperiode noch unter den Amtsvorgängern von Herrn Minister Schröter im Innenministerium durchaus die kommunale Kooperation

vorangetrieben hat, teilweise mit Gesetzgebungsverfahren, auch mit Pilotprojekten u. a. Jetzt nimmt man davon Abstand, und ich darf fragen, wie sich die Volksinitiative das vorstellt, welches Potenzial, welche Möglichkeiten seitens der Volksinitiative dort gesehen werden.

Ein zweiter Punkt: In der Begründung der Volksinitiative wird auf die sich verändernden Rahmenbedingungen bei der Demografie, aber auch bei den Finanzen abgestellt. Teilweise ist das in den Vorträgen schon angeklungen. Nun haben wir die Situation, dass die Landesregierung offensichtlich selbst nicht weiß, wie die demografische Entwicklung in Brandenburg vonstattengehen wird. Wenn man das pressemäßig verfolgt, sagt die Landesregierung, sie wolle sich aktuelle Zahlen durch das entsprechende Landesamt erarbeiten und möglicherweise bis zum Ende des Jahres präsentieren lassen. Aus der kommunalpolitischen Erfahrung weiß man allerdings, dass Kita-Plätze fehlen, dass Schulen mehrzünftig ausgestattet werden, und das alles nicht nur im Speckgürtel, sondern auch insgesamt im Land, und dass das nicht nur alles kleine Syrer sind, sondern dass mehr Kinder auf die Welt kommen, was sich also nicht nur mit Flüchtlingskrise ursächlich in Zusammenhang stellt.

Was die Finanzen betrifft, möchte ich nur auf die Jubelpressemitteilung des Ministerpräsidenten, aber durchaus auch des Finanzministers hinweisen, was den Länderfinanzausgleich und anderes angeht. Wir sind also weit entfernt davon, dass unser Haushaltsvolumen auf 7 oder 8 Milliarden Euro zulaufen würde. Das genaue Gegenteil ist derzeit der Fall, und das zum wiederholten Mal ohne eine Nettoneuverschuldung. Insofern auch da meine Frage an die Volksinitiative: Wie sehen Sie diese veränderten Rahmenbedingungen, auf die Sie in Ihrer Begründung hingewiesen haben?

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Kollege. Frau Abgeordnete Nonnemacher, bitte.

Abg. Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Ich möchte meine drei Fragen nicht mit einem so langen Intro-Input verknüpfen wie Herr Petke, sondern Herrn Albers fragen:

Sie hatten erläutert, dass die TKS-Region ein Gremium zur interkommunalen Zusammenarbeit nach dem Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit hatte, dass das aber aufgelöst wurde wegen Ineffektivität, dass Sie aber gleichzeitig der Meinung sind, dass die interkommunale Zusammenarbeit verbessert werden müsse. Ich hätte gern erläutert, wie das genau funktionieren soll oder was für Vorstellungen Sie dazu haben.

Der Punkt 3 der Volksinitiative ist mir eigentlich am unklarsten. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit und die dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen. Was stellen Sie sich hier genau vor? Interkommunale Zusammenarbeit ist ja möglich, aber per se freiwillig. Die Akteure entschließen sich dazu. Interkommunale Zusammenarbeit kann nicht gesetzlich verordnet werden.

Dann würden Sie ja sofort sagen, dass das ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung sei. Ich hätte also gern erläutert, wie die Landesregierung die interkommunale Zusammenarbeit hier konkret befördern soll.

Das Zweite: Kollege Goetz, Sie hatten die Anfänge unserer damaligen Enquetekommission geschildert. Im Weiteren waren Sie aber nicht mehr in der Kommission vertreten. Wir hatten die von Ihnen geschilderte Idee von Frontoffice-Backoffice eigentlich gerade als eine Chance begriffen, die zugegebenermaßen bestehenden Probleme größerer Landkreise zu kompensieren, dass man sagt: Die Menschen finden vor Ort Ansprechpartner, wo sie sowohl ihre Fragen als auch ihre Anliegen loswerden können, und die inhaltliche, sachliche Bearbeitung kann ganz woanders sein. Andererseits hat aber Frau Oberbürgermeisterin Dr. Tiemann vorhin gesagt, die bodengebundene Form verkenne die Digitalisierung. Ich sehe hier das Problem, dass Digitalisierung und E-Government einerseits von den Befürwortern der Reform, aber andererseits auch von den Gegnern angeführt werden. Dazu hätte ich gern eine Erläuterung.

Die dritte Frage geht an Herrn Lange. Sie haben ausführlich dargestellt, dass die Landkreise im Moment leistungsfähig sind. Sie begrüßen aber ganz klar die Funktionalreform; sie soll durchgeführt werden. Sie wollen mehr Aufgaben übertragen haben; Sie wollen auf jeden Fall erst die Aufgaben übertragen haben, und danach kann man einmal über Strukturen reden. Die mehrfach zitierte Enquetekommission 5/2 hat aber immer genaue Untersuchungen angestellt, welche Struktur in der Lage ist, welche Aufgabe wahrzunehmen. Ich erinnere an das Bogumil-Gutachten, das allen bekannt ist, wo immer geguckt worden ist, welche Größenstruktur welche Aufgabe übernehmen kann. Ich hätte gern noch einmal eine Aussage dazu. Sie möchten die Aufgaben der Funktionalreform übertragen haben, aber auf die bestehenden Strukturen, und Sie können alles leisten, was im Moment gefordert ist, aber auch mehr Aufgaben in den jetzigen Strukturen bewältigen.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Herr Kollege Scharfenberg, bitte.

(Abg. Dr. Scharfenberg zieht seine Wortmeldung zurück.)

Dann Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abg. Frau Gossmann-Reetz (SPD):

Meine Frage ist auch, wo Sie die Größe für leistungsfähige Kreise sehen und wo Sie vor allem dabei die Untergrenze sehen, weil trotz allem, auch was Herr Petke etwas despektierlich mit "nicht nur kleine Syrer" als Größe der Geburtenzahlen bezeichnet hat, Sie wohl alle bereit sind, zuzugeben, dass die Bevölkerungszahlen vor allem in der Peripherie zurückgehen. Wie sieht denn für Sie das Modell der Freiwilligkeit aus? Ich habe das von Ihnen in der letzten Zeit mehrfach gehört. Wie kann das praktisch aussehen? Sollen wir das offen lassen? Soll es eine Zeit geben, in der sich Kreise freiwillig zusammenschließen können? Sollen sich auch sehr leistungsstarke, große

Kreise zusammenschließen können? Welche attraktiven Anreize können Sie sich für Kreise vorstellen, zusammenzugehen?

Vorsitzender:

Vielen Dank. Kollege Wilke, bitte.

Abg. Wilke (DIE LINKE):

Zunächst von meiner Seite ganz ehrlich gemeinten Respekt für das, was die Volksinitiative hier angeschoben hat, auch Respekt für jede einzelne Unterschrift, die da gesammelt wurde. Ich glaube schon, dass das ein aner kennenswertes Zeichen auch von politischem Interesse und von bürgerschaftlichem Engagement im Land ist und möchte das auch einmal so ausgesprochen haben – bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen, die es möglicherweise dazu noch gibt.

Ich habe zunächst eine vielleicht etwas naiv klingende Frage. Sie haben einen großen Katalog von Dingen angeführt, die am Leitbild und am jetzigen Vorgehen der Landesregierung nicht Ihr Einverständnis finden. Gibt es denn auch Dinge, wo Sie sagen, dass Sie da mitgehen können? Das wären Formulierungen, wo Sie der Auffassung sind, dass diese zu unterstützen sind, dass Sie diese teilen und dass dies eine gute Grundlage ist. Ich formuliere diese Frage deswegen, weil wir hier auch wie bei anderen Volksinitiativen vor der Frage stehen: Gibt es denn irgendeine Form von denkbarem Kompromiss, von Aufeinanderzugehen? Bisher habe ich von beiden Seiten immer nur die Dinge gehört, die nicht zusammengehen. Vielleicht lohnt sich ja die Suche. Das würde mich interessieren.

Mich würde in diesem Zusammenhang auch Folgendes interessieren: Wir haben uns im Finanzausschuss auf die Suche nach der Antwort auf die Frage begeben, welche Kalkulationen denn nun stimmig sind und welche nicht, und sind danach wahrscheinlich noch eine ganze Weile auf der Suche. Die Antworten haben wir zumindest in der letzten Ausschusssitzung noch nicht gefunden und haben dort hoffentlich auch einige Arbeitsaufträge aufgelöst, die abgearbeitet werden. Nehmen wir einmal an, dass sich herausstellt, dass die Berechnungen des Finanzministeriums zur zukünftigen finanziellen Ausstattung der kreisfreien Städte, aber auch der Landkreise zutreffend sind. Das kann ja durchaus ein Ergebnis sein; das wissen wir heute so nicht. Ich hoffe, dass die weiteren Gespräche eine Klärung herbeiführen. Wie würden Sie dann dieses Vorhaben bewerten, sollte sich das insbesondere auch für die kreisfreien Städte so darstellen, wie es das Finanzministerium prognostiziert?

Die dritte Frage: Angesichts der schwierigen Fachkräftesituation haben wir, unabhängig von der Reform, auch vorher immer wieder gehört, gerade aus kleineren, berlinfernen Orten, dass es schwierig ist, Menschen für die Verwaltung zu gewinnen. Das hat sich wohl nicht verbessert. Auf der eigenen Internetseite der Prignitz steht, dass die Kollegen dort mit einem Bevölkerungsrückgang von 28 % zu tun haben. Was wäre Ihre Antwort auf das Fachkräfteproblem in der Verwaltung, insbesondere in der Fläche, in Landkreisen wie der Prignitz?

Als letzte Frage beschäftigt mich folgende These: Ich glaube, wir sind uns einig, dass ein Teil der sozialen Kosten, wahrscheinlich sogar ein großer Teil, sich durchaus in den kreisfreien Städten konzentriert, damit auch ein Teil dieser finanziellen Problemlagen. Mein Eindruck, war bisher, dass die Solidarität der kommunalen Familie, insbesondere im Diskussionsprozess zwischen kreisfreien Städten und den Landkreisen, bei dem Versuch, einen Weg auszuhandeln, der die Finanzierbarkeit für die kreisfreien Städte verbessert, doch enge Grenzen hatte. Bei der Novellierung der Finanzbeziehungen haben Sie hier nun eine Forderung aufgemacht, abgeleitet von einem Gutachten, von 170 %, die ich ganz spannend finde, frage mich aber, inwieweit – da schließe ich an Frau Geywitz an – die Bereitschaft der anderen Teile der kommunalen Familie vorhanden ist, über eine solche Änderung im FAG überhaupt nachzudenken.

Vorsitzender:

Vielen Dank. Wie wollen Sie es mit der Beantwortung halten, Herr Lange wieder zuerst?

Herr Lange:

Das wäre vielleicht an dieser Stelle das Einfachste. Ich würde erst einmal zu Frau Geywitz und ein Stück weit auch zu Herrn Wilke sagen: Die kreisfreien Städte gegen die Landkreise auszuspielen, von wegen abzugeben, halte ich für völlig falsch. Das Lösungswort, das hier ins Spiel gebracht werden muss, lautet „aufgabengerechte Finanzausstattung“. Die Aufgaben der kreisfreien Städte und auch die Aufgaben der Landkreise müssen bewertet werden, auch die Finanzierung muss sichergestellt werden. Zum Schluss muss dann ein Strich darunter gezogen und gesagt werden: Die Beteiligung der Landkreise an den Einnahmen des Landes ist, wie ich vorhin schon sagte, nicht 20 %, sondern auch einmal höher. Dann kann man auch diese Ausgaben decken. Ich meine, das ist eine Aufgabe, die die Landesregierung bewältigen muss.

Aber ich kann mich an eine Zeit erinnern – das müsste Karl-Heinz Schröter auch noch wissen –, in der Frau Simon uns gesagt hat: „Wir wollen da einmal weniger Geld ausgeben, dafür kriegt ihr dann hinterher zwei, drei Jahre lang ein bisschen mehr.“ Unseren Teil der Vereinbarung haben die Landkreise und kreisfreien Städte eingehalten; aber Frau Simon hat es vergessen, als sie nachher dran gewesen ist. Sie hat auch immer gesagt: „Fifty-fifty ist besser als ehrlich geteilt.“ Insoweit muss man auch noch einmal damit umgehen.

Sie haben aber nach der Effizienz der Kreisverwaltungen gefragt, Frau Geywitz. Ich meine, Sie müssen sich diese einmal in OPR und in der Prignitz einmal anschauen. Zu OPR kann ich jetzt weniger sagen, ich kann aber noch etwas aus meinen späten Erinnerungen aus der Prignitz sagen. Wir haben hier eine Verwaltung, die sich aus ungefähr 570 hauptamtlichen Mitarbeitern zusammensetzt, die die Verwaltungsarbeit erledigen. Das ist, glaube ich, die kleinste Verwaltung, die es in Brandenburg gibt, von den Kräften her. Sicherlich muss man immer genau gucken, wer welche Zahlen hineinrechnet. Aber es ist auf jeden Fall eine Struktur entstanden, die sicherlich auch

nur wegen der Kleinheit oder der Größe der Prignitz möglich war. Wir arbeiten hier im zweistufigen System. Das heißt, wir haben eine Geschäftsbereichsebene und darunter Sachbereiche. Dann kommt der Sachbearbeiter, der selbstständig entscheiden kann und seine Sachen unterschreibt. Viel direkter geht es nicht. Deswegen ist das, was wir hier machen, auch effizient, meine ich.

Die andere Frage, die sich für mich aber daraus ergibt, kann ich dann einmal zurückstellen. Wenn Sie sagen: „Wir schließen die beiden Kreise zusammen“, was ändert sich dann an dieser Tatsache? Vielleicht können Sie diese Frage einmal beantworten, dann würde ich heute auch ein Stück schlauer hier herausgehen.

Die nächste Frage betraf die rechtliche Würdigung der Forderungen der Volksinitiative. Dazu hat Herr Petke, eine Menge gesagt. Ich meine, die Volksinitiative möchte das Leitbild aufheben, weil wir sagen: Es ist nicht geeignet, die Lösung der Probleme herbeizuführen. Aber dieses Leitbild wird zur Grundlage genommen für alles, was danach folgt, also auch Gesetzentwürfe, wie sie jetzt auf dem Tisch liegen. Die Reaktionen darauf möchte ich jetzt nicht kommentieren; das ist nicht Gegenstand unserer Initiative.

Auf die Frage, wie lange das mit den Landkreisen so bleiben soll, gibt es eine ganz einfache Antwort: Zum einen steht darin, dass freiwillige Zusammenschlüsse immer möglich sein sollen. Die andere Sache ist die: Ich meine, auch die Landkreise sind nicht so vermessen, dass sie der Not nicht gehorchen und sich nicht zusammenschließen, wenn sie keinen anderen Ausweg sehen. Aber solange man noch Alternativen sieht, muss man auch das Recht haben, sich mit diesen Alternativen auseinanderzusetzen.

Das Konzept, das wir erwarten, ist im Prinzip eine Summe von Maßnahmen, die ganz einfach die kommunale Verwaltung oder die Selbstverwaltung in Brandenburg verbessern, ohne eine Gebietsreform durchführen zu müssen. Sie sagen: Wir sind dann kein Ansprechpartner mehr. Das alles mag formell richtig sein; wir bieten uns aber ganz einfach an. Wenn Sie unsere Informationen oder Erfahrungen brauchen, stellen wir sie Ihnen gern zur Verfügung.

Das Konzept richtet sich natürlich nicht nur an die kommunale Ebene, an die Gemeinde- und Kreisebene, sondern dieses Konzept muss auch die Landesebene mit einbeziehen. Wenn man das Leitbild sieht, so ist auf einem Abschnitt von sieben Zeilen eine Aussage zum Thema „Reform der Landesverwaltung und -justiz“ gemacht worden. Es sind sieben Zeilen! Und wir reden hier über einen Körper, der 80 % der Landeseinnahmen in Anspruch nimmt. Da erwarte ich doch, dass diese Verhältnisse richtig abgeklärt werden.

Zu den Ausführungen von Herrn Petke sagt sicherlich Frau Dr. Tiemann noch etwas.

Frau Nonnemacher hat nach Kooperationen gefragt. Auf jeden Fall ist es so, dass hier die Möglichkeiten der Zusammenarbeit erweitert werden sollen. Natürlich ist das eine freiwillige Angelegenheit. Das Leitbild nimmt sogar Bezug darauf und sagt: Kooperation ist eine ganz schlimme Sache; denn bei Kooperationen können die Kom-

munen machen, was sie wollen, weil sie das ja freiwillig machen, und wir können es nicht kontrollieren. Und das "Schlimmste" ist: Wenn die meinen, dass das nicht effizient ist, dass das alles nichts taugt, dann können die ganz einfach damit aufhören. Ich finde es hervorragend, dass man dann, wenn man erkennt, dass man etwas Falsches macht, damit aufhört. Ich finde so etwas sogar richtig gut. Sie sehen auch selbst, wie sich unser Land im Verhältnis zu Berlin bewegt; man setzt total auf Kooperation. Warum soll das nur mit Berlin funktionieren und nicht auf unserer Ebene? Wir sind doch genauso gut. Hier sehe ich also überhaupt keine Probleme. Man muss tatsächlich den entsprechenden Rahmen aufmachen, in dem man das machen kann. Dass man hier Kräfte zusammenführen kann, um tatsächlich – jetzt kommen wir wieder zum Thema der Reformierung – eine Größe bestimmen zu können. Denn wie wollen Sie eine Größe bestimmen? Im Leitbild steht:

„Erkenntnisse über die Bevölkerungs- und Flächengröße liegen wissenschaftlicherseits nicht vor.“

Peng! Nun sollen wir das sagen. Ich meine, wir arbeiten hier nach dem ganz einfachen Prinzip, dass die Praxis das Kriterium der Wahrheit ist. Das heißt, wir diskutieren über die Aufgaben und stellen fest, wo sie am besten erledigt werden können. Dann ordnen wir die Aufgaben, das Personal und das Geld dem Betreffenden zu, und dann werden wir sehen, ob die Strukturen das noch tragen. Das ist doch ganz einfach, man muss es nur machen!

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Lange. Noch einmal der Hinweis: Die Fragen an die Ausschussmitglieder nehmen wir als rhetorische Figur; wir drehen das hier nicht um. Als Nächster bitte Herr Albers.

Herr Albers:

Frau Nonnemacher hatte mich zu der Arbeitsgemeinschaft gefragt. Hier noch einmal die Erläuterung dazu: Es ist auch heute noch im Gesetz so: Diese Arbeitsgemeinschaften kann man nach dem Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit bilden. „Dort beraten die Mitglieder Angelegenheiten, die sie betreffen“, heißt es so schön. In § 3 steht:

„Durch die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft werden die Mitglieder nicht gebunden.“

Das heißt, wir treffen uns einmal, wir reden, wir gehen dann wieder nach Hause, und wir wissen, was wir gesagt haben. Das hat ein bisschen zu Verdruss geführt, weil am Ende die Haushaltsdiskussion in der einzelnen Kommune diese Themen wieder überlagert hat, die man gemeinsam dort beackert hat. Ich glaube, die kommunale Selbstverwaltung wäre nicht aufgehoben, wenn beispielsweise in diesem Gesetz noch eine Regelung stünde, die den Satz, dass die Beschlüsse die Mitglieder nicht binden, ergänzen würde dahingehend, dass Beschlüsse, wenn man sich schon entschließt, solche Arbeitsgemeinschaften zu bilden, am Ende auf die Tagesordnung der

Stadtverordnetenversammlung oder der beteiligten Gemeindevertretungen zu setzen sind. Das wäre dann ein konkreter Schritt. Das heißt, man bildet eine solche Arbeitsgemeinschaft, beackert ein Thema, das ansteht. Anschließend, wenn der Beschluss aufgrund eines Landesgesetzes einer legitimierten Arbeitsgemeinschaft da ist und man dieses Gremium gebildet hat, würde es mit einer konkreten Regelung dazu führen, dass sich die Stadtverordnetenversammlung und die kommunalen Vertretungen mit diesem Beschluss auseinanderzusetzen haben. Damit ist die kommunale Selbstverwaltung nicht aufgehoben, aber es ist ein konkretes Ergebnis dieser Form der Zusammenarbeit, die der Gesetzgeber hier vorgegeben hat. So stellen wir uns das vor.

Wir machen es im Augenblick ein bisschen anders im Rahmen dessen, was geht. Das heißt, wenn die Kommunen feststellen, sie haben Vorlagen, die auch den Nachbarn betreffen, dann treffen sich. Da sind die Kommunen ja frei, sie können Ausschüsse bilden je nach ihren Kapazitäten. Die drei Kommunen haben einen Ausschuss für regionale Angelegenheiten gebildet und ihn nach der Kommunalverfassung entsprechend besetzt. Diese drei Ausschüsse treffen sich immer am selben Ort und zur selben Zeit. Die drei Ausschussvorsitzenden sitzen vorn und leiten, wobei einer den Vorsitz führt und die Sache koordiniert. Jeder bringt die Vorlagen aus seiner Vertretung, seiner Stadtverordnetenversammlung mit, die auch die Nachbarn betreffen. Die anderen bekommen dann die Diskussion mit. Es werden sogar sehr offen auch Wortmeldungen der Ausschussmitglieder zu Vorlagen anderer Kommunen zugelassen. Das ist das, was man im Moment als Möglichkeit hat.

Danach geht aber jeder wieder nach Hause, und ob dann eine Vorlage aus einer anderen Vertretung den Weg in so einen Zyklus der benachbarten Vertretungen findet, ist noch offen. Ich hätte es gern etwas konkreter und wollte hier einmal ein Beispiel dafür aufzeigen, dass dabei noch nicht alles ausgeschöpft ist. Ich hoffe, dass dies jetzt erhellend war.

Vorsitzender:

Herr Goetz, bitte.

Herr Goetz:

Es wurden mehrere Fragen gestellt. Eine Bemerkung vorab: Frau Nonnemacher, natürlich war ich nicht Mitglied der Enquetekommission, ich war nur stellvertretendes Mitglied. Ich hatte aber als solches auch Gelegenheit, an verschiedenen Sitzungen der Enquetekommission teilzunehmen, habe aber, wenn das eigentliche Mitglied anwesend war, hinten Platz genommen und mir angehört, was gesagt worden ist. Daneben gab es Arbeitskreise, wo ich auch Gelegenheit hatte, hinreichend an dieser Enquetekommission mitzuwirken.

Damit sind wir auch schon beim Thema. Ich halte das Deckblatt einmal hoch. Wir hatten damals gesagt: „Abschlussbericht der Enquetekommission 5/2 – Kommunal- und Landesverwaltung bürgernah, effektiv und zukunftsfest“. Das war durchaus nicht nur so dahergesagt, sondern das war eine Rangfolge. Wir wollten die Bürgernähe, die Effektivität, und wir wollten, dass das zukunftsfest gestaltet wird. Das war der An-

satz des Ganzen. So sind wir aus dieser Enquetekommission herausgekommen.

Natürlich ist es so, dass, wenn einfach nur irgendetwas zusammengelegt wird – wir sehen es am Beispiel der kreisfreien Städte –, wenn Kommunen irgendwo eingemeindet werden, im Grunde die strukturellen Probleme damit nicht gelöst sind. Man kann teilschulden, man kann Schulden aufteilen und sagen: Das ist eine Schuld aus der Landkreisfunktion heraus, und das sind Schulden, die aus der städtischen Funktion herauskommen. Die städtischen Schulden bleiben, die vom Landkreis werden irgendwie getilgt. Das Problem ist nur: Ohne strukturelle Änderungen beginnen die Schulden am nächsten Tag gleich wieder zu wachsen, und zwar dann für den neuen Landkreis, der die kreisfreien Städte aufgenommen hat. Das kann nicht die Lösung sein. Deshalb haben wir immer gesagt: Vorher muss die Funktionalreform kommen, und erst wenn diese da ist, kann man über anderes nachdenken.

Das ist letztlich auch das, was wir wollen, Frau Abgeordnete Geywitz. Wir wollen ja keine formale Diskussion führen. Dazu hat Herr Petke das Richtige gesagt. Der Parlamentarische Beratungsdienst hat sich damit befasst und gesagt: Das ist alles in Ordnung. Insofern ist der Verfassungsbezug der Initiative nur der, dass die Initiative der Verfassung entspricht. Und das wär's an dieser Stelle auch gewesen, was wir dort haben. Was wir wollen, ist, dass in dieser Initiative wirklich die entsprechenden Anpassungen erfolgen.

Zur Größe für leistungsfähige Landkreise können wir gar nichts sagen, das müssen wir auch nicht. Wir hatten uns in der damaligen Enquetekommission auch damit befasst, wer was können soll. Wir hatten uns keine Denkverbote auferlegt, sondern gesagt: Im Grunde gehen wir davon aus, dass bei ausreichender Finanzierung jeder alles kann, was erst einmal richtig ist. Das führte zu der Konsequenz, die Herr Holzschuher, damals Innenminister, auch öffentlich ausgesprochen hat: „Dann können wir ja die Landkreise gleich abschaffen.“ Das wäre die logische Konsequenz gewesen, wenn man sagt, dass jeder kann am Ende alles kann. Genau das war damals die Grundlage, die wir erarbeitet haben. Natürlich ist ein Landkreis verfassungsrechtlich geschützt, Landkreise werden nicht abgeschafft. Es ist auch klar, dass wir so weit nicht gehen werden, aber die Schlussfolgerung war wirklich die: Jeder kann auf jeder Ebene alles leisten, wenn ich ihn denn ausreichend finanziere. Wenn man sich die Haushalte der einzelnen Kreistage anschaut – ich bin dabei in Potsdam-Mittelmark, Haushalt 2017 –, stellt man fest: Die Hälfte des Kreishaushalts sind soziale Aufgaben, die irgendwoher wahrgenommen werden. Die auffälligsten Aufgaben, die wir auch gern wahrnehmen und gut wahrnehmen wollen, wo wir auch menschenwürdige Bedingungen für alle schaffen wollen, sind die, die auch wirklich Geld kosten. Das betrifft Fragen, wie wir von anderen finanziert werden.

Wenn ich solche Fragen nicht löse und sage, ich gebe jemanden irgendwohin ein, und es bleibt bei den gleichen Strukturen, dann heißt das doch nur, dass man damit die Hoffnung verbindet, dass die aufnehmenden Landkreise künftig die Schulden tragen, die ansonsten weiter entstehen würden.

Das ist nicht unser Ansatz. Deswegen sagen wir: Die Funktionalreform muss vorab stattfinden. Wir wollen nicht Beschlüsse irgendwo aufheben; aber es geht darum, für

uns zu sagen: Wir wollen diese Reform, die angedacht ist, dieses Leitbild, nicht – das hat Herr Lange auch richtig gesagt –, sondern wir wollen von Anfang an die besseren Überlegungen finden.

Natürlich hätte ein Frontoffice die Folge, Frau Abgeordnete Nonnemacher, dass es dann keine große Rolle mehr spielt, wo eine Verwaltung sitzt, die dahintersteht, ob das Backoffice 30 km entfernt oder noch weiter entfernt ist. Durch die Digitalisierung werden Sachen von Callcentern sonst wo auf der Welt bearbeitet, aber nicht mehr da, wo man eigentlich anruft. Man muss aber wissen, dass nicht jedes Callcenter tauglich ist, dass nicht jede Internetverbindung tauglich ist, dass sich manche Leute dem auch gezielt verweigern, dass wir Gegenden in Brandenburg haben, wo es sehr dünn wird, wenn man versucht, etwas über Internet zu machen. Auch das kommt hinzu. Damit haben wir auch erhebliche Probleme. Wenn jetzt 50 Mbit/s als Bandbreite aufgelegt werden sollen, so ist das Stand 2005, der jetzt als neuer Technikstand gelten soll. Das ist nicht die Lösung. Auch deswegen sagen wir: Das Frontoffice muss da sein, bevor ich Strukturen der Kommunen neu schneide. Wenn das da ist, dann kann man über anderes reden. Aber es wird hier genau umgekehrt vorgegangen, und genau das war der Punkt, an dem wir uns stören.

An wen sich ein neues Konzept richten würde, wenn es denn vorgelegt ist, Frau Geywitz? Zunächst an die Brandenburger, an die Oberbürgermeister, die Bürgermeister, die Landräte, an die, die es auszuführen haben, und natürlich an die Landtagsabgeordneten, die auch die gesetzliche Grundlage stellen müssen, wenn die Landesregierung irgendetwas vorlegt; das kann diese ja nicht allein leisten. Es ist dann Aufgabe derjenigen, die hier als Abgeordnete am Tisch sitzen, daraus das Bestmögliche für das Land zu machen. Das sind die ersten Adressaten.

Wir wären als Initiative durchaus zufrieden, wenn wir nach einem Volksbegehren oder Volksentscheid sagen könnten: Gegenwärtig wird Folgendes aufgehoben, wir sind wieder auf Null; genau da wollen wir hin. Insofern haben Sie durchaus diese Möglichkeit, Herr Wilke, wenn Sie fragen, wie wir uns verständigen können: Heben Sie einfach auf, was da ist, gehen Sie zurück auf Null, schon sind Sie uns los, und wir können auf einem vernünftigen Stand weitermachen.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Goetz. – Frau Dr. Tiemann, bitte.

Frau Dr. Tiemann:

Ich beginne auch bei Herrn Wilke, weil er mich an einen Lieblingskollegen erinnert. Ich denke, wir stimmen – da spreche ich jetzt einmal für uns alle – darin überein, dass wir uns bei dem Wort „Reform“ einig wären, wenn diejenigen, die das Leitbild erarbeitet haben, sich nicht nur für „Leit“ oder „Leid“ entscheiden würden, sondern den eigentlichen Begriff „Reform“ einmal googeln würden, um zu wissen, dass es, wenn man eine Veränderung anstrebt, hinterher besser sein soll. Das ist der einfache Grundsatz. Diesen haben wir, und wir sitzen hier nicht, um Ihr Leitbild zu vertreten und zu verteidigen, sondern wir sitzen hier, weil die Landesregierung ein Leitbild ver-

abschiedet hat, von dem jeder Bürger in unserer Region betroffen ist. Von diesen Bürgern sind wir Oberbürgermeister direkt gewählt worden. Insofern kann ich mich mit dem Wort „Reform“ anfreunden, weil sich – das will ich noch einmal ganz deutlich sagen, Hans Lange hat es vorhin schon deutlich gemacht – keiner von uns, unabhängig davon, wie lange wir in welchem Amt sind, irgendwelchen Veränderungen verschlossen hat.

Ich habe dieses Beispiel schon häufig angeführt: Die Verwaltung in Brandenburg (Havel), von meinem Vorgänger geführt, hatte einmal 4 000 Beschäftigte. Heute haben wir 970 in der Kernverwaltung. Was meinen Sie, was für Welten dazwischenliegen! Das bedeutet, dass die Aufgaben nicht weniger, sondern dass sie an vielen Stellen viel anspruchsvoller geworden sind: verändert, verschoben, aber es ist dennoch ein riesiger Entwicklungsprozess, der sich allein dort vollzogen hat. Da kann man nur sagen: Herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Denn auch aus der Anfangszeit gibt es zum Glück noch welche. Ansonsten haben wir dort tolle Entwicklungen vollzogen. Das ist die eine Bemerkung.

Frau Gossmann-Reetz, Sie sind ja Abgeordnete, von Ihnen hätte ich mir eigentlich die Frage gewünscht, ob ich mir bei den Erfahrungen, die wir speziell in der Region Westbrandenburg gemacht haben, vorstellen könnte, dass das ein Modell ist, das man verallgemeinern kann. Ich würde sagen: Ja. Das meine ich auf Ihre Frage hin: Können Sie sich Freiwilligkeit vorstellen, und wie würde diese aussehen?

Wir haben, unterstützt durch das Wirtschaftsministerium – und wir haben gerade noch einmal attestiert bekommen, dass das der richtige Weg ist –, eine Wirtschaftsregion Westbrandenburg gebildet, nämlich mit Premnitz, Rathenow und Brandenburg (Havel). Hier spielt gleich das Thema Fachkräfte mit hinein. Wir haben gemeinsam einen Berufemarkt, eine gemeinsame Plattform zur Werbung von Fachkräften und von Auszubildenden geschaffen. Wer Lust und Zeit hat, kommt im September einmal zu unserem Berufemarkt. Es sind 102 Unternehmen, die sich dort präsentieren.

Damit will ich nur sagen: Der Weg ist doch eigentlich schon, unterstützt durch die verschiedenen Ressorts der Landesregierung, vorgegeben. Die Wirtschaftsregion Westbrandenburg funktioniert so gut, dass man den Regionalen Wachstumskern – auch das ist eine Erfolgsgeschichte – ergänzt hat, nämlich: Wir sind als Stadt einer der wenigen Kerne, die eine solche Vielzahl von Bereichen vereinigen, dass wir gesagt haben: Wir wollen Premnitz und Rathenow dazuhaben. Darum haben wir gemeinsam gekämpft. Das hat man anerkannt. Wir sind gerade auch noch für den Gesundheitssektor verstärkt worden.

Damit will ich sagen: Das sind Entwicklungen, die für uns die normalsten der Welt sind. Denn wir wissen, dass nicht mehr jeder für die Zukunft alle Bereiche, alle Aufgaben, alle Fachlichkeiten besetzen kann. Wir alle – hier betrachte ich den Bereich der Wirtschaftsförderung, der Vermarktung von Gewerbegebieten und dergleichen – können genau diesen Teil gemeinsam machen. Wir überlegen jetzt, wie wir weitermachen können. Das geht bis hin zu Bereichen der Schulbildung, dass man sich anschaut, wo welche Kinder zur Schule gehen können, welche Möglichkeiten des öffentlichen Nahverkehrs wir dafür einsetzen können, solange wir darüber befinden.

Damit möchte ich auch Ihre Frage beantwortet haben, denn ich meine, die Freiwilligkeit ist nicht so gemeint, dass man nur darüber nachdenken muss: Kommt da jemand und sagt uns, was zu tun ist?, sondern wir denken wirklich über die Grenzen unserer Städte und auch in den Landkreis hinein darüber nach. Wir haben viele Beispiele – der Städte- und Gemeindebund hat zugearbeitet –, wo wir schon so intensiv auf der Basis von geschlossenen Vereinbarungen bzw. öffentlich-rechtlichen Verträgen zusammenarbeiten. Das sind Bereiche der Landwirtschaft, der Zulassung von Fahrzeugen, aber auch wenn man sich den großen Bereich der Regionalleitstellen anschaut, was die Fusionierung, die dort auf den Weg gebracht wurde, betrifft. Die Frage der Feuerwehren und alles das, was dort funktioniert, ist ganz wichtig.

Hier kommen wir an einen ganz großen Punkt. Wenn wir von Finanzausstattung sprechen, einen ausgeglichenen Haushalt mit einem Plus unterm Strich vorweisen und dennoch die Meinung zu akzeptieren haben, dass unser Haushalt nicht den ausreichenden Sparwillen nachweise und deshalb nicht genehmigungsfähig sei, wissen Sie, was das bedeutet? Dass ich nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung nicht befördern darf, sondern mir laufen auch die Feuerwehrleute weg. Nun kann man natürlich sagen, das liege daran, dass dieser Haushalt so schlecht sei. Dann möge sich bitte jeder, der das sagt, einmal hinsetzen und sagen, wann die Gelder kommen, die wir zu bekommen haben, um genau die Ausstattung zu haben, die uns zusteht. Ich kann meinen Feuerwehrleuten nicht mehr erklären, dass sie seit 2014 Arbeiten ausführen müssen, für die sie nicht ausreichend bezahlt werden. Wenn in diesem Land gejammert wird, dass wir nicht genügend Feuerwehrleute haben, dann sollte man darüber nachdenken, woran das liegt. Auch die freiwilligen Feuerwehren brauchen endlich mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung. Damit werden nämlich die Berufsfeuerwehren noch gestärkt.

Darüber hinaus – das möchte ich an dieser Stelle in Richtung von Frau Nonnemacher sagen – erinnere ich an die Aufträge, die die Landesregierung selbst, ich weiß nicht, welcher Bereich, erteilt hat. Ich hörte, als wir uns in Cottbus getroffen haben, Ausführungen von Professor Schuppan, der ganz deutlich erklärt hat: „Diese Reform brauchen Sie nicht.“ Er war nicht von uns bezahlt, sondern den Auftrag haben andere erteilt. Er sagte: „Denken Sie über E-Government nach!“ Nun sind wir alle Realisten. Die Kollegen haben die Einschränkungen erwähnt. Aber wir wissen: Solange wir solche Möglichkeiten nicht nutzen, einfach um diejenigen, die sich heute an bestimmten Orten befinden, dort auch zu belassen und die Bürgernähe aufrechtzuerhalten, andererseits aber die Kommunikation verbessern zu können, solange man nicht wirklich daran geht, diese Wege zu beschreiten – das war seine Aussage, die kann man nachlesen, ich zitiere jetzt nur aus dem Gedächtnis –, hat man nicht alle Möglichkeiten genutzt, ohne dass man diese bodengebundene Kreisgebietsreform in den Vordergrund stellt.

Zum Thema Kooperation hatte ich eben ein Beispiel angeführt. Ich glaube, wir können viele dazu finden. Zum Regionalen Wachstumskern hatten wir vor gut zwei Wochen in der interministeriellen Arbeitsgruppe die Möglichkeit, uns anzuhören, wie die Arbeit bewertet wird. Man hat uns deutlich attestiert, dass wir in den letzten zwei Jahren – das war der Zeitraum – im äußeren Raum, bezogen auf Berlin, die höchsten

Zuwachsraten in der Bevölkerung haben. Damit meine ich wirklich die Geburtenzahlen und den Zuzug von Familien mit Kindern. Der Teil derer, die nicht aus der Region stammen – damit meine ich Flüchtlinge und Ausländer –, ist relativ gering in unserer Stadt und macht auch den Teil des Mehrbedarfs an Krippen- und Kindergartenplätzen nicht aus. Zum Glück haben wir mit dem Beschluss des Haushalts gestern den Weg dafür freigemacht, dass wir ganz schnell aus Modulbauweise – andere würden „Container“ sagen – einen Hort mit 300 Plätzen sowie 200 Krippen- und Kindergartenplätze aufbauen können, die derzeit dringend erforderlich sind, um den gesetzlichen Anspruch, den Sie ja verabschiedet haben, umzusetzen.

Nur müssen wir uns im Klaren sein – da wurde mir schon angst und bange, sicherlich vielen anderen auch, als ich die Parteitagsbeschlüsse gehört habe –, dass der Kindergarten frei von Elternbeiträgen sein soll. Ich glaube, es wird niemand vom Grundsatz her dagegen sein. Nur treten mir die Schweißperlen auf die Stirn, weil da schon wieder Geschäfte zulasten Dritter, nämlich zu unseren Lasten, gemacht werden, weil mir klar ist, dass wir nie die Ausfinanzierung bekommen, so wie die freistehenden Kapazitäten für die Flüchtlingsunterkünfte auch nur zum Teil gedeckt werden.

Damit will ich deutlich sagen: Wir befinden uns in einem Spannungsfeld, das sich nicht ausnivelliert, sondern wir kämpfen immer wieder darum, dass es nicht noch ansteigt. Weil ich eben den Teil „Demografie“ angesprochen habe: Sicherlich ist es im Land unterschiedlich, und niemand von uns verschließt davor die Augen. Hans Lange hat es sehr schön formuliert. Aber eine Landesregierung, die daran geht, das Land unattraktiv zu machen, indem aus bestimmten Bereichen noch mehr Menschen wegziehen, geht nicht den Weg, um den es hier nicht geht. Es geht vielmehr darum, die Stärken dieses Landes sowohl in den Ballungsgebieten, in den Oberzentren als auch im gesamten ländlichen Raum zu fördern. Man muss sich einmal anschauen, wie gut er aufgestellt ist. Dahinein sollte ich Hoffnung geben und sagen: „Ihr habt die Chance, dort weiter zu leben“, wenn ich die Rahmenbedingungen bestimme, um dann auch die Möglichkeiten einzuräumen, nicht den Rückzug zu forcieren, sondern die Hoffnung – da finde ich den Begriff Heimat wirklich sehr angebracht – zu untersetzen.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Herr Oecknigk, Sie waren nicht direkt angesprochen worden, aber zu einigen allgemeinen Fragen, bitte.

Herr Oecknigk:

(Stellenweise Tonausfall!)

Nur ganz kurz zur Größe der leistungsfähigen Kreise: Dazu brauchen wir nur die Vergleiche mit anderen Bundesländern zu ziehen. In Baden-Württemberg gibt es auch Landkreise, die auch nur ... Also es geht. Es hängt davon ab, wie die regionalen Aufgaben, die demografischen Besonderheiten sind, aber bei uns ist es auch die Fläche. Wenn ich dann sehe, dass, was die Kreisgebietsreform betrifft, eine Fläche in Betracht kommt, die doppelt so groß wie das Saarland ist, muss ich sagen: Wie ist es

denn mit dem Anteil ...

Die Kooperation war, so wie es Kollegin Dr. Tiemann gesagt hat, dort, wo die Verantwortung ist, ...

Wir haben einen Städtebund mit Sachsen, mit Sachsen-Anhalt und mit Brandenburger Kommunen, da sprechen wir auch alles ab, ohne Regelwerk, ohne dass wir in irgendeiner Form uns ein Instrumentarium aufsetzen, sondern ...

Das sind kleine Beispiele, die wir in der Debatte, die wir miteinander führen ...

Alles in allem, Herr Vorsitzender, Herr Minister, wir werden den Bevölkerungsrückgang oder die demografischen Fakten, die wir angeführt haben, schon noch anders betrachten müssen, wenn es uns gelingt, die peripheren Räume auch infrastrukturell zu stärken. Es war vorhin die Rede von 50 Megabit und sonstigen Dingen. Wir haben in Herzberg nun einmal 16 und haben gedrängelt, dass wir für Industriebetriebe, die wir noch im Gewerbegebiet haben, ein bisschen mehr bekommen, von der Verkehrssituation, von der Bahn ganz zu schweigen. Das ist ein Thema, das mich schon seit 25 Jahren begleitet. Wir müssen erst einmal sehen, was vor Ort und in den Regionen zu tun ist, bevor wir über Gebietskulissen und anderes nachdenken.

Ich komme zurück zum Ausgangspunkt: Bürgernähe erhalten, das heißt für mich, zuallererst klären, was zu leisten möglich und zu leisten nötig ist. Da haben wir viele Instrumentarien, vor allem, was die Aufgabenverteilung von oben nach unten betrifft, die wir alle noch einmal richtig beleuchten müssen.

Vorsitzender:

Vielen Dank.

(Zuruf)

Dann schießen Sie das noch nach.

Herr Lange:

Sie haben danach gefragt, wo die VI mitgehen kann oder wo es Kompromisse gibt. Das ist eine sehr schwierige Frage; denn ich hatte eingangs gesagt, dass die VI das letzte Mittel war, sich gegen eine Sache zu wehren, die jetzt auch immer wieder als alternativlos bezeichnet wird. Ich weiß nicht, wie das Wort „alternativlos“ und das Wort „Aufeinanderzugehen“ zueinander passen. Für mich passt das nicht.

Wir haben im Prinzip an dieser Stelle einen sehr konsequenten Auftrag durch die Leute, die unsere VI unterschrieben haben. Sie haben gesagt: Die drei Punkte, die darin stehen, sollen anerkannt werden. Wenn diese anerkannt sind, dann gibt es viele, viele Möglichkeiten, auch Maßnahmen zu finden, die das Land entsprechend entwickeln.

Sie haben auch noch ein Wort zu den Fachkräften gesagt. Ich kann nur sagen, was die Prignitz betrifft: Wir sind im Moment – so hat es jedenfalls der Landrat neulich gesagt – ausgestattet mit Personal, so wie wir es brauchen. Es ist manchmal schwierig oder auch sehr schwierig; ich kann mich auch an Jahre erinnern, wo es sehr große Schwierigkeiten gemacht hat, Gesundheitsämter in den Landkreisen zu besetzen. Dann haben wir versucht, Möglichkeiten zu finden, über zwei Landkreise mit einem Amtsarzt zu arbeiten. Das ist aber aufgrund der gesetzlichen Vorschriften nicht möglich.

Hier sind also Ansätze vorhanden, zu sagen: Machen wir doch einmal etwas, damit solche Kooperationen überhaupt aufgemacht werden. Auf jeden Fall wäre eines dabei – da kommen wir wieder auch mit Dietlind Tiemann zusammen – zu beachten: Es ist natürlich auch eine Frage der Vergütung, die uns dieses Leben schwer macht. Da ist Brandenburg an manchen Stellen schon aus den Zeiten von Finanzminister Speer sehr rückständig.

Vorsitzender:

Erst einmal vielen Dank. – Herr Kollege Kurth, bitte.

Abg. Kurth (SPD):

Herzlichen Dank auch von meiner Seite an die Vertreter der Volksinitiative, die sich heute die Zeit für ein Gespräch nehmen. Ich gehe davon aus, dass es ein erstes Gespräch ist und dass wir noch weitere führen werden.

Ich bin auch Frau Tiemann dankbar, dass sie gesagt hat, dass man Reformbedarf auch mit Reformen beantworten sollte. Sie hatten das Beispiel der Strukturierung der Mitarbeiterschaft in Ihrem Hause erwähnt, und Sie hatten auch erwähnt, dass niemand die Augen vor den demografischen Problemen, die sicherlich im Land nicht überall gleich verteilt sind, verschließt. Deshalb noch einmal meine Frage an die Runde, ob es denn aus Sicht der Vertreter der Volksinitiative einen Reformbedarf in dem Land, insbesondere für die kreisliche Ebene, aber auch für die gemeindliche Ebene gibt – die Übertragung von Funktionen, sowohl vom Land auf die Kreise als auch von der Kreisstufe, die kreisfreien Städte, auf die gemeindliche Ebene – gibt oder nicht.

Wir haben heute schon viel über den Bericht der Enquetekommission gesprochen. Darin steht auf Seite 2 oder 3: „Der Reformbedarf ist unbestritten.“ Es gibt ein Sondervotum der FDP dazu; ich rede gerade mit Kollegen Goetz, der aber diesen Reformbedarf nicht in Abrede stellt. Es gibt ein Sondervotum, das sich sehr breit und intensiv mit den Vor- und Nachteilen und insbesondere mit den Grenzen der kommunalen Kooperation beschäftigt. Insofern würde ich noch einmal wissen wollen, was Sie dazu veranlasst, jetzt diese Grenzen, die doch damals aufgrund Ihres Sondervotums gezogen worden sind, nicht mehr zu sehen.

Weil es vielleicht etwas untergegangen ist, möchte ich zwei oder drei Fragen, die schon einmal angesprochen worden sind, noch einmal aufwerfen und es etwas

knapper fassen. Erstens steht die Volksinitiative geschlossen hinter der Forderung, die Hauptansatzstaffel für die kreisfreien Städte auf 170 % zu erhöhen. Zweitens: Wie soll die Freiwilligkeitsphase ausgebildet werden? Ich zitiere vorbehaltlich des Protokolls den Vertreter der Initiative Herrn Lange; Sie haben gesagt, die Landkreise seien nicht so vermessen, der Not nicht zu gehorchen, sich selbst zusammenzuschließen, wenn keine anderen Lösungsmöglichkeiten mehr bestehen. Deshalb jetzt meine Frage: Wenn ein Landkreis für sich selbst keine andere Lösungsmöglichkeiten sähe, als mit seinem Nachbarn – jemand anders als ein Nachbar kommt ja nicht infrage – einen freiwilligen Zusammenschluss anzustreben, aber der Nachbar nun einmal nicht mag, wie ist die Zukunft für diesen Landkreis, der für sich Reformbedarf erkannt hat? Wie passt das zusammen mit Art. 98 Abs. 3 der Landesverfassung, wonach Kreise, wenn Fusionen beabsichtigt sind, zu hören sind, aber die Volksinitiative in Ziffer 2 sehr deutlich sagt: „Nicht gegen den Willen der bestehenden Landkreise“? Ich bitte um Erhellung, wie diese Freiwilligkeitsphase denn nun gemeint ist. Bezüglich der kommunalen Kooperation hatte ich den Kollegen Goetz schon direkt angesprochen.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Herr Petke, bitte.

Abg. Petke (CDU):

Ich möchte zunächst einmal meinen Respekt gegenüber dem Kollegen Wilke äußern. Diese Aussagen zur Volksinitiative – der Innenminister ist gerade mit seiner Staatssekretärin und der SPD-Generalsekretärin vor der Tür – unterscheiden sich schon sehr von dem, was wir von Teilen der Regierung – ich sage bewusst „Teilen der Regierung“ – hören. Ich finde gut, dass Sie das gesagt haben; denn bei allem politischen Abstand, den man zu den Dingen hat, ist es doch wichtig, auch das einmal zur Kenntnis zu nehmen: 130 000 Brandenburger haben unterschrieben. Das hat ja seine Gründe. Diejenigen, die bei Wind und Wetter auf der Straße gestanden und Unterschriften gesammelt haben, verfügen jetzt nicht über irgendwelche supercharismatischen Begabungen, sondern sie standen dort mit ihrem Stand und mit ihrer Unterschriftenliste; man ist ins Gespräch gekommen. Das war schon eine Leistung, und Respekt, dass Sie das so zur Kenntnis gebracht haben.

Zur Frage der Demografie: Von meiner Seite Dank an die Oberbürgermeisterin von Brandenburg (Havel), das ja nicht im Speckgürtel liegt und trotzdem wächst. Was die Frage der Null- bis Dreijährigen betrifft, was ja schon einmal eine gute Aussicht ist, haben wir im Vergleich mit der Prognose, die die Landesregierung in der Vergangenheit gegeben hat, in Brandenburg deutlich zu viele Einwohner. Ich freue mich darüber. Ich weiß nicht, inwieweit die Regierung dann über ihr Amt für Statistik usw. diese Prognose so weit anpassen wird – ich hoffe, ohne politische Einflussnahme –, dass wir tatsächlich einmal eine valide Aussage darüber treffen können, wo wir in 10 oder 20 Jahren stehen werden.

(Zuruf)

– Ja, ich weiß, aber die Demografie ist Gegenstand der Anhörung; das ist wichtig.

Berlin geht auf vier Millionen Einwohner hoch. Wenn die Oberbürgermeisterin von Brandenburg (Havel) sagt, dass sie so viele Einwohner von null bis drei Jahren hat, dass sie bei Horten und Kitas nachlegen muss, dann bestätigt das mindestens meinen Eindruck, dass das, was die Regierung an Prognosezahlen vorgelegt hat, längst überholt ist.

Ich möchte auf einen zweiten Punkt eingehen, den der Kollege Wilke angesprochen hat. Das ist die Frage der Finanzierung oder überhaupt der Auswirkungen der Finanzreform. Wir haben heute die drei Oberbürgermeister von Brandenburg (Havel), Cottbus und Frankfurt (Oder) im Raum. Wir hatten in der letzten Woche ein Arbeitsgespräch zu der Frage Finanzierung des Niederlausitzkreises, also des Zusammenschlusses von Cottbus, Elbe-Elster, Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz, den die Landesregierung plant. Dort hat das Ministerium der Finanzen gesagt, dass dieser Zusammenschluss – jetzt lese ich das wörtlich vor – „ein Potenzial für langfristige Skaleneffekte pro Jahr von bis zu 45 Millionen Euro“ bringe. Da meinte Frau Trochowski, dass der Zusammenschluss dieser vier Einheiten, verglichen mit dem Landkreis Oberhavel – zehn Jahre 45 Millionen Euro – bedeuten würde, man spare eine halbe Milliarde Euro. Das ist ja sehr viel Geld. Ich kann mir nur vorstellen, dass das zum Beispiel bedeutet, 900 Stellen abzubauen. Wie komme ich auf diese 900? 45 Millionen Euro pro Jahr durch 50 000, was das durchschnittliche Jahressalär eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin im öffentlichen Dienst ist, das sind 900 Stellen.

Jetzt die Frage auch an die Volksinitiative: In der gesamten Diskussion, was die Finanzierung oder die finanziellen Auswirkungen der Reform betrifft, wenn das Finanzministerium dort 45 Millionen Euro sieht, dann würde das ja bedeuten, dass man bei Uckermark/Barnim, Ostprignitz-Ruppin/Prignitz, Brandenburg (Havel)/Havelland, Dahme-Spreewald/Teltow-Fläming, bei Frankfurt (Oder)/Oder-Spree, überall dort, wo Fusionen geplant sind, offensichtlich einen beträchtlichen Stellenabbau vorsieht. Das hat man uns im Landtag überhaupt noch nicht gesagt. Man hat sogar Fragen danach so beantwortet, dass das Thema „Stellenabbau“ oder überhaupt „Stellen“ Sache der Kommunen sei. Deswegen meine Frage: Können Sie sich aus Sicht der Volksinitiative, aber auch durchaus aus Ihrer kommunalpolitischen Praxis vor Ort erklären, wie das Finanzministerium zu solch einem gigantischen Skaleneffekt von 45 Millionen Euro pro Jahr kommt bei einem Zusammenschluss zu einem der größten Landkreise Deutschlands? Vielleicht ist es überhaupt der größte Landkreis Deutschlands, den die Landesregierung oder die Minister Schröter und Görke als Vorschlag vorgelegt haben.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Herr Kollege Dr. Scharfenberg, bitte.

Abg. Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Ich habe einen Moment überlegt, ob es so klug war, dass ich mich vorhin selbst zu-

rückgenommen habe, aber mir ging es darum, erst einmal zur Kenntnis zu nehmen, wie auf die Fragen hier reagiert wird.

Vielleicht noch einmal die klare Aussage: Ich respektiere sehr die Leistung dieser Volksinitiative. Wir alle sind bemüht, meine ich, das sehr ernst zu nehmen, was Sie vertreten. Sie haben natürlich aber auch als Sprecherinnen und Sprecher dieser Volksinitiative eine große Verantwortung, weil Sie ja für 130 000 Menschen sprechen, die unterschrieben haben. Da muss man auch aufpassen, wie man mit der Interpretation der Einstellungen umgeht, die manch einer mit der Unterschrift verbunden hat. Die einfache Formel war ja relativ oft zu finden: Man hat die Sorge, seine Heimat zu verlieren. Das spricht natürlich jeden an.

Ich glaube, die Frage, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben, ist: Was ist der beste Weg, um in Brandenburg die Bedingungen zu verbessern? Deswegen führen wir ja auch diesen Dialog. Sie führen diesen Dialog unter der Voraussetzung, dass Sie eine Kreisgebietsreform und die Einkreisung von kreisfreien Städten ausschließen. Das ist sozusagen das, was Sie hier darstellen. Damit habe ich Probleme. Denn das ist ja ein Weg, der auch andernorts gewählt worden ist. Es ist ein gangbarer Weg, und man muss darüber diskutieren, unter welchen Voraussetzungen man das konkret umsetzt. Ich verbinde das noch mit der Bemerkung: Das, was sich im Leitbild widerspiegelt und was jetzt Grundlage der Reform ist, hat sich aus der Enquetekommission heraus entwickelt, das ist fast identisch mit den Empfehlungen der Enquetekommission, die ja längere Zeit unter öffentlichen Bedingungen getagt und sich diese Meinung gebildet hat. Es kann keiner sagen, dass das über die Köpfe hinweg zustande gekommen wäre.

Deswegen ist doch die Frage – ich will das jetzt konkret machen, ich frage Sie, Frau Tiemann -: Ist die Unterfinanzierung der kreisfreien Städte, die Sie hier als selbstverständlich vorausgesetzt haben, wirklich das Problem, das wir hier im Lande haben? 2013 hat ja das Landesverfassungsgericht auf die Klage der kreisfreien Städte hin nicht bestätigt, dass es eine solche Unterfinanzierung gibt. Insofern ist das doch ein Fakt, mit dem man umgehen muss.

Zweite Frage: Sie haben die klare Forderung aufgemacht, dass entsprechend dem Finanzgutachten 2015 die Hauptansatzstaffel auf 170 % erhöht werden sollte. Das ist ja gar keine Empfehlung, sondern nur eine Erwägung. Selbstverständlich verbindet sich das mit der Verantwortung für den Landtag, für die Landesregierung, darüber zu entscheiden, in welchen Anteilen diese kommunale Finanzmasse ausgereicht wird.

Da habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Herr Lange, der sich wirklich in allen Punkten, meine ich, aus seiner langjährigen Erfahrung gut auskennt, nicht gesagt hat, er könne sich vorstellen, für die 170 % zu sein, sondern er hat die Verbundquote geschickt ins Gespräch gebracht. Dann frage ich Sie, Herr Lange, in diesem Zusammenhang: Können Sie sich noch daran erinnern, dass das Land Brandenburg in seiner kommunalen Finanzausstattung bundesweit eine Spitzenposition in den allgemeinen Zuweisungen, in den Pro-Kopf-Zuweisungen hat? Das hat sich das Land Brandenburg nicht ausgedacht, sondern das ist in bundesweiten Statistiken dargestellt worden. Insofern ist doch das, was Sie jetzt hier in Aussicht stellen, dass

man durch eine verbesserte Finanzausstattung durch das Land die Probleme lösen könne, auch mit Fragezeichen zu versehen. Denn das Land hat – Herr Petke bedient ja da alle Teile – die Verantwortung, für ausreichend Polizei, für ausreichend Lehrer usw. zu sorgen. Das gehört auch mit dazu. Insofern ist es ja sehr komplex.

Dann bin ich an einem weiteren Punkt. Sie setzen ja der Gebietsreform die offensichtlich nahezu unendlichen Möglichkeiten der kommunalen Kooperation entgegen. Das ist ja eigentlich der konstruktive Punkt in dieser Volksinitiative, dass auf diese Möglichkeiten verwiesen wird. Hier richte ich an Sie alle die Frage, ob aus Ihren praktischen Erfahrungen heraus wirklich die Berechtigung abgeleitet werden kann, dass das Potenzial dieser kommunalen Zusammenarbeit so groß ist, dass man die Probleme, die wir haben, lösen kann.

Herr Goetz, Sie haben ja das zur Kenntnis genommen, was in der Enquetekommission diskutiert worden ist. Das Ergebnis der Enquetekommission war – ich hoffe, Sie widersprechen mir nicht –, dass dort auf die Grenzen der kommunalen Zusammenarbeit verwiesen worden ist. Der Ausgangspunkt war eine große Erwartungshaltung. Das Ergebnis war, dass auf die Grenzen hingewiesen worden ist, die wiederum zu der Schlussfolgerung führen, dass man damit dauerhaft die Probleme Demografie und finanzielle Ausstattung nicht lösen kann.

Herr Albers, Sie haben ein schönes praktisches Beispiel aufgezeigt. Eigentlich haben Sie auf die Grenzen der kommunalen Kooperation hingewiesen, wenn Sie sagen, Sie erarbeiten sich tolle Konzepte. Das krankt bloß daran, dass die drei Gebietskörperschaften, die Sie vertreten, das nicht umsetzen. Sie haben die Erwartungshaltung zum Ausdruck gebracht, dass das Land verpflichtend festschreibt, dass man das verbindlich macht.

(Zuruf)

– Doch, doch, so habe ich Sie verstanden.

Was ist das für ein Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung? Also, die Grenze der kommunalen Kooperation liegt ja darin, dass sie hochgradig freiwillig sein soll. Insofern geht doch die Forderung, die Sie ausgesprochen haben, genau in die andere Richtung. Da gibt es einen schönen Gesetzentwurf der CDU – ich möchte das hier einfach einmal mit ins Gespräch bringen –, der nächste Woche im Plenum zu diskutieren ist, wo auch diese Wunderkiste aufgemacht wird: Vertiefung kommunaler Kooperation, verpflichtende Kooperation. Hier soll vorgeschrieben werden, dass das mit dieser Kooperation sozusagen zwangsweise gemacht wird. Was ist denn das für ein Verständnis? Außerdem haben Sie einige falsche Ausgangspunkte bei dieser Geschichte aufgemacht.

Eine letzte Frage möchte ich noch an Frau Tiemann stellen. Sie haben auf den Vergleich der VZE-Stellen je 1 000 Einwohner in den kreisfreien Städten und Kreisen hingewiesen. Meine Frage ist, ob Sie auch versucht haben, einmal den Vergleich herzustellen, was die rein kreislichen Aufgaben angeht. Wir reden ja darüber, dass im Zuge der Einkreisung die kreislichen Aufgaben zum Teil an die Kreise weitergegeben

werden sollen. Haben Sie einmal für Ihre Stadt berechnet, wie das im Vergleich zu den Kreisen liegt?

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Frau Kollegin Schülzke hat das Wort.

Abg. Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Meine Fragen sind nicht ganz so lang. Ich habe heute in der Presse gelesen: „Der Widerstand bröckelt.“ Ich habe jetzt eigentlich ein bisschen was anderes gehört. Ich glaube, auch Ihr Name, Frau Dr. Tiemann, ist gefallen. Vielleicht können Sie doch noch einmal zwei, drei Sätze dazu sagen: Wird der Widerstand geringer? Alles, was ich hier aufnehmen konnte, war eine andere Darstellung.

Eine zweite Sache betrifft den Entschuldungsprozess. Wir haben uns bemüht, Fakten und Zahlen zu bekommen. Das Einzige, was uns vorgelegt wurde, ist, dass Geld aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommen werden soll. Dann wird das Geld einmal umgerührt und wieder neu verteilt. Mit anderen Worten: Es wird aus den strukturschwachen Gebieten auch noch herausgezogen, um Entschuldungen durchzuführen. Wie schätzen Sie das ein? Die Frage an Michael Oecknigk oder an Herrn Albers: Sehen Sie das ähnlich?

Die dritte Sache: Ich habe gerade den Bericht von Herrn Scharfenberg sehr intensiv verfolgt. Wir waren mit der Enquetekommission in Forst. Forst hat heute noch 17 000 bis 18 000 Einwohner. Der junge Bürgermeister, 27 Jahre alt, ist seit längerer Zeit krank. Der größte Betrieb – das haben wir vom stellvertretenden Bürgermeister gehört – hat wohl 40 Beschäftigte. Darum herum ist fast gar nichts. Doch in Polen brennt eine Deponie mit nicht giftigen Dioxinen, und die Stadt verliert ganz viele Einwohner. Das ist der Strukturwandel in Forst. Ich glaube, wenn Sie, Herr Dr. Scharfenberg, Bürgermeister in Forst wären, wären Sie ein glühender Verfechter der Volksinitiative. Das muss ich jetzt einmal so in den Raum stellen.

Frau Dr. Tiemann hat es in den Raum gestellt: Der Landesentwicklungsplan tut nichts dazu, die Entwicklung zu beflügeln und dafür zu sorgen, dass sich die Einwohnerzahlen stabilisieren, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Vielleicht können wir von Herrn Oecknigk dazu auch noch etwas hören, wie dort die Einschätzungen zu diesem Thema sind.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abg. Frau Gossmann-Reetz (SPD):

Frau Tiemann, Sie sagten, meine Frage sei ausführlich beantwortet worden. Da muss ich Ihnen wirklich widersprechen. Sie haben sich elegant in Ihrer sehr typischen Art darum herumgewunden; Sie haben sie nicht beantwortet.

Ich halte noch einmal fest: Der Rückgang in bestimmten Regionen wird auch nicht bestritten. Auch wenn bei Ihnen kurzfristig 200 bis 300 Plätze mehr für Kinder benötigt werden, glauben wir wohl beide nicht daran, dass sich Brandenburg (Havel) in den nächsten zehn, zwanzig Jahren zu einer, was die Bevölkerungszahlen angeht, blühenden Stadt entwickeln wird.

(Zurufe)

Ich war dieses Jahr schon zwei Mal da. Ich habe vorhin auch nicht danach gefragt, ob es freiwillige Kooperationen geben soll, sondern meine Frage nach der Untergrenze und der Leistungsfähigkeit von Kreisverwaltungen oder von größeren Verwaltungen ging auch in die Richtung, ab wann Verwaltungen doch auch einmal zusammengelegt werden oder zusammenarbeiten und zu einer Verwaltung werden müssen. Sie sagten vorhin so schön, Herr Lange: Noch gibt es Fachkräfte, aber es ist sehr schwierig, und wir wollen in die Zukunft schauen. – Ich glaube, dass wir in bestimmten Regionen einem eklatanten Fachkräftemangel entgegensetzen. Wir wollen heute schon Möglichkeiten finden, die Verwaltungen wirklich leistungsfähig zu erhalten und schon vorzuarbeiten.

Zu der Antwort, dass man jetzt in diese Strukturen Hoffnung geben müsse: Mit Hoffnung allein wird es nicht besser werden. Ich glaube, der demografischen Entwicklung werden wir nicht viel entgegensetzen können – aus vielerlei Gründen. Aber Hoffnung reicht nicht. Das hört sich für mich nach Geld an. Jetzt höre ich „Geld in den strukturschwachen Raum versus kreisfreier Städte“ von Frau Schülzke. Sicher werden hier zwei Räume gegeneinander ausgespielt. Es geht aber letztlich bei beiden immer nur darum, noch mehr aus der gemeinsamen Verbundmasse zu bekommen, auch gegenüber Kreisen, wo sehr viele Menschen leben, wo man auch Strukturen entwickeln muss, weil sie immer mehr werden, und man auch Gelder aus dieser Verbundmasse benötigt. Hier werden wirklich Bevölkerungsgruppen in unserem Land gegeneinander ausgespielt, was ich so nicht mehr zulassen möchte. Wir wollen ein solidarisches und ein starkes Land entwickeln.

Ich wünsche mir von Ihnen auch in der Zusammenarbeit Ideen, sodass wir alle Regionen entwickeln können und mit diesem Spiel aufhören.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Herr Kollege Lakenmacher hat das Wort.

Abg. Lakenmacher (CDU):

Was mir insgesamt auffällt, ist: Diejenigen, die sich hier ein Stück weit als die darstellen, die das Leitbild und die geplante Reform verteidigen, sind diejenigen, die in ihren Wahlkreisen, Frau Gossmann-Reetz, Frau Geywitz, ja gar nicht so betroffen sind. Die Kollegin aus Dahme-Spreewald – –

(Zuruf der Abgeordneten Frau Geywitz)

– Jetzt bin ich dran, Frau Geywitz. Der Vorsitzende erklärt Ihnen das, da gibt es so eine Redereihenfolge.

Jedenfalls hat diejenige – sie ist aus meinem Landkreis –, die ihren Wahlkreis in Dahme-Spreewald als betroffenen Landkreis hat, der mit Teltow-Fläming zwangsfusioniert werden soll, diesen Innenausschuss verlassen und sich als Verteidigerin der Reform hier nicht dargetan. Ich denke, sie weiß auch warum. Das ist das, was mir insgesamt auffällt.

Insofern ist das, was Herr Wilke heute gesagt hat, sehr wohltuend; das muss ich ganz klar feststellen. Herr Scharfenberg, wir führen diesen Dialog hier heute nur deshalb, weil diese Volksinitiative 130 000 Unterschriften gesammelt hat und weil Sie ihn vorher auch nicht führen wollten. Die Vertreter der Volksinitiative sind hier, und sie wären nicht hier, wenn sie nicht 130 000 Bürgerinnen und Bürger befragt hätten und diese nicht ihre Unterschrift gegeben hätten; das ist ganz klar. Dieser Dialog bietet ja auch dem Innenminister die Gelegenheit, heute einmal Fragen an die Vertreter der Volksinitiative zu stellen, den ich dazu auffordern möchte; denn sonst haben Sie die Möglichkeit zum Dialog ja nicht gesucht und einen solchen Dialog nicht führen wollen.

An die Vertreter der Volksinitiative hätte ich die Frage, wie Sie den Umfang der im Leitbild vorgegebenen Funktionalreform aus ihrer Sicht bewerten.

Vorsitzender:

Eine Sache ist klar: Man kann nur immer fragen: Sehen Sie das auch so? Ich würde jetzt erst einmal diese Fragerunde schließen, sodass wir noch einmal in die Antwortrunde gehen.

Herr Goetz:

Herr Dr. Scharfenberg, Sie haben darauf hingewiesen, dass die angedachte Reform – unter anderem der Verlust der Kreisfreiheit der jetzt kreisfreien Städte Cottbus, Brandenburg, Frankfurt (Oder) – unmittelbarer Ausfluss der Ergebnisse der Enquetekommission 5/2 sei. Glücklicherweise habe ich es mir noch einmal angeschaut. Ich muss es zitieren, es ist einfach falsch, was Sie sagen. Die Enquetekommission 5/2 ging von zwei Voraussetzungen aus:

Erstens: Brandenburg wird einen Bevölkerungsrückgang von 12 % bis zum Jahr 2030 haben.

Zweitens: In den nächsten Jahren wird sich die finanzielle Ausstattung des Landes und der Kommunen dauerhaft verringern.

Das waren die Voraussetzungen, unter denen die Enquetekommission 5/2 gearbeitet hat. Dann stellte sie zur Kreisfreiheit der kreisfreien Städte fest:

„Im Ergebnis dieser Voraussetzungen ist die Kommission der Auffassung, dass eine vertiefte und zielgerichtete Prüfung durchgeführt werden soll, ob eine Einkreisung von kreisfreien Städten bei Erhaltung und Stärkung der Funktion als Oberzentrum vorgenommen werden soll.“

Ein Prüfauftrag im Ergebnis massiven Bevölkerungsrückgangs, massiver Einwohnerverluste, das ist herausgekommen, nicht ein Auftrag, einmal etwas einzukreisen. Es ist also völlig anders gelaufen als das, was damals gewesen ist.

(Zurufe, Unruhe)

– Es ist so beschlossen worden.

Vorsitzender:

Herr Goetz, ich muss Sie leider unterbrechen. Es wäre alles viel sachlicher, wenn ich die Sitzung allein mit mir machen würde. Aber vielleicht bekommen wir es hin, dass alle etwas disziplinierter und ruhiger sind. Dann können auch alle den Ausführungen folgen, dann kommt jeder zu seinem Recht. Das ist ja das Ziel, das wir miteinander haben.

Herr Goetz:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich komme damit aber gut zurecht, machen Sie sich um mich keine Sorgen, was diese Zurufe angeht.

Das jedenfalls war das Ergebnis der Enquetekommission 5/2. Insofern ist das genau der Auftrag, den die Kommission gab: erst einmal die Prüfung vorzunehmen. Deswegen kam dazu, dass man sagte: Erst führen wir die Funktionalreform durch, dann evaluieren wir, was da ist, und dann kommen wir zu dem anderen.

Die Einkreisung der kreisfreien Städte ist ein Thema, das Sie ansprachen. Bei Kreisgebietsgrenzen ist es ganz ähnlich. Wenn man über Einsparungen spricht, die irgendwo vorgenommen werden sollen, dann möge doch bitte irgendjemand überhaupt einmal über Einsparungen reden oder sie auch vorrechnen. Wir hatten ja schon zwei Reformen: Wir hatten die Reform 1993 und die Reform 2003. Hat das irgendjemand einmal evaluiert? Hat irgendjemand damals Skaleneffekte errechnet? Hat irgendjemand gesagt, wir haben im Ergebnis der Reform 1993 und der Verringerung der Zahl der Landkreise, 2003 der Gebietsreform von Städten und Gemeinden, irgendwelche Einsparungen vorgenommen? Vertuscht haben Sie eine Reihe von Untersuchungen aus Sachsen-Anhalt, aus Sachsen und aus Mecklenburg-Vorpommern, die besagen: Es gibt keine Einsparungen im Ergebnis der Reformen, die dort gelaufen sind. Dann möge mir doch bitte jemand begründen, warum ausgerechnet in Brandenburg erstmals Einsparungen erzielt werden sollen, etwas, was die Nachbarn darum herum nicht hinbekommen haben. Das wäre eine spannende Frage.

Wenn es die Einsparungen eben nicht bringt, die die maßgebliche Intention dieser

Reform sind, dann ist es so wie mit dem „Leben ohne Möpse“. Leben ohne Möpse ist möglich, aber sinnlos, und es ist mit dieser Reform auch so: Ein Leben ohne diese Reform ist möglich, aber sinnlos; darauf läuft es doch hinaus.

Natürlich gibt es einen Fachkräftemangel, den gibt es aber nicht nur bei Kreisverwaltungen. Ich erinnere daran, dass die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg – Sie sind zuständig, meine Damen und Herren! – gerade die Ausschreibungsfristen für Bewerbungen zum neuen Jahrgang verlängert hat, weil man nicht genügend guten Nachwuchs findet. Das ist das gleiche Problem. Tun Sie etwas dafür, dass dort nachgebessert werden kann, und helfen Sie auch den Landkreisen! Die Besoldung der Beamten ist angesprochen worden. Brandenburg ist Vorletzter. Entsprechend ist der Zulauf dann auch, wenn man Möglichkeiten hat, in Nachbarländer zu gehen, die möglicherweise nahe sind. Wer irgendwo an der Lausitzbanane wohnt, der hat einen kurzen Weg nach Dresden; dort wird er besser besoldet. Das wirkt sich eben auf die Leute aus, die dort sind. Auch da ist eine Möglichkeit, tätig zu werden.

Was mir überhaupt nicht einleuchten will, ist, dass sich, wenn man zwei, drei oder vier Landkreise zu einem Landkreis zusammenwirft, dann plötzlich mehr Fachkräfte finden. Das erschließt sich mir beim besten Willen nicht. Dass ich weniger brauche, erschließt sich mir genauso wenig. Dass wir hier irgendwo Einsparungen hätten, das behauptet niemand ernsthaft mehr. Dass deutliche Einsparungen von Personal damit verbunden wären, behauptet letztlich auch niemand mehr, denn das wären Einsparungen an Geld, die sich hinterher ergäben. Wenn ich keine Einsparung an Geld habe, habe ich auch keine Personaleinsparung. Das Einzige, was dann gesagt wird, ist: Die Leute werden effektiver und qualitativ wertvoller, weil sie dann größere Fallzahlen erreichen.

Auch da ist meine ganz persönliche Erfahrung als Stadtverordneter, als Abgeordneter im Kreistag, als einige Jahre hier im Ausschuss sitzender Landtagsabgeordneter: Große Verwaltungen haben das Potenzial, großen Mist zu bauen; kleine Verwaltungen bauen im Zweifelsfall kleineren Mist. Ob eine Verwaltung qualitativ gut arbeitet, liegt daran, wer in der Verwaltung sitzt, wie diese Mitarbeiter ihren Job wahrnehmen, ob sie sich diesem verbunden fühlen, mit welcher Intention sie hineingehen, wie involviert man dort jeweils ist, und nicht daran, ob eine Verwaltung größer oder kleiner ist. Wenn eine große Verwaltung hervorragend arbeiten würde, wenn es denn so sein müsste, dann wäre der BER längst fertig. Das haben wir auch nicht an dieser Stelle.

(Abg. Kurth [SPD]: ... einer größeren Verwaltung gewesen, und die Leute müssen sich nicht beschimpfen lassen.)

– Ich beschimpfe überhaupt keine Verwaltung. Ich sage nur, Herr Abgeordneter Kurth, ob eine Verwaltung gut arbeitet oder nicht, hat nichts mit der Größe der Verwaltung zu tun, sondern mit den Mitarbeitern, die dort sind und die eben unterschiedlich arbeiten, unterschiedlich qualifiziert sind. So läuft es dann. Mit „größer“ wird es eben nicht besser.

Auf Ihre Frage, Herr Abgeordneter Kurth, ob es jetzt Reformbedarf gibt: Sicher gibt es Reformbedarf. Nach der Reform ist vor der Reform. Wenn man irgendeine Reform

durchgeführt hat und diese einmal evaluiert werden würde, kommt man zu neuem Reformbedarf. Diesen sehen wir ja auch. Wir sehen Reformbedarf bei der Aufgabenverteilung; wir wollen die Aufgaben nach unten abgeben, und zwar möglichst weit nach unten. Wir fragen, ob Aufgaben überhaupt wahrgenommen werden müssen. Dazu steht die Frage: Was muss das Land überhaupt machen? Haben wir uns nicht viel zu viele Aufgaben aufgebunden? Auch mit dieser Frage können wir uns einmal befassen. Muss ich jedem Bürger alles Mögliche vorschreiben? Oder kann ich nicht einmal sagen: Wir vertrauen dir als Bürger, dass du dein Schicksal in die eigenen Hände nimmst. Dazu muss nicht eine Verwaltungsvorschrift kommen. Auch das kann gemacht werden. Das fehlt auch in dieser Reform.

Deswegen immer wieder der Punkt, der Punkt 3 unserer Initiative: Erst die Funktionalreform, erst die Evaluierung; wenn wir das geprüft haben, reden wir über weitere Reformen und über Gebietsgrenzen – und nicht umgekehrt.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Herr Albers, bitte.

Herr Albers:

Noch einmal zu dem, was Sie, Herr Scharfenberg, gesagt haben. Da haben Sie mich ein bisschen falsch verstanden. An dieser Stelle ist es so, dass der Landesgesetzgeber mit diesen Arbeitsgemeinschaften die Tür aufgemacht hat. Die, die in diesen Arbeitsgemeinschaften sitzen, haben das Angebot ja angenommen. Mein Vorschlag war jetzt bloß: Dann lassen Sie uns an dieser Tür noch eine Klinke anbringen, damit man diese Chance ergreifen kann, dort noch etwas konkreter zu werden. Sie selbst werden, wie ich das auch tue, gelegentlich in Sitzungen sein, vieles hören, was geredet wird, und sich gelegentlich darüber ärgern, wenn am Ende nichts Produktives dabei herauskommt. Das soll gelegentlich vorkommen. Dem diene der Vorschlag, dass man ein bisschen mehr Verbindlichkeit erzielt, auch mit dem Vorschlag, dass die kommunale Selbstverwaltung überhaupt nicht ausgehöhlt ist, wenn sich Leute dann mit etwas beschäftigen müssen, wo sie ihre eigenen Vertreter hingeschickt und gesagt haben: Das ist eigentlich für unsere Region, wo wir zusammenarbeiten wollen, gut.

Ein zweiter Punkt, den ich noch anführen möchte: Den Brief der Wissenschaftler der Uni Potsdam haben wir in der Tagespresse am 2. Januar wiedergegeben, wo einer der Inhalte war: „Digitale Transformation ist bisher nicht berücksichtigt.“ Ich hatte es schon angeschnitten: Solche Kritik kommt anscheinend doch an. Die Staatssekretärin Lange hat doch im IT-Planungsrat bestimmte Dinge als Arbeitsschwerpunkte für dieses Jahr festgelegt. Es scheint also auch Bewegung hineinzukommen. Bürger und Unternehmen sollen – ich zitiere –

„in Zukunft möglichst viele Verwaltungsdienstleistungen, unabhängig von Ort und Zeit, elektronisch erledigen können. Bis 2018 werden daher mindestens drei konkrete Anliegen mit besonders hohem Nutzen für die Bürger und die Unternehmen beispielhaft umgesetzt und anschließend für den flächendeckenden Einsatz in Deutsch-

land empfohlen. Als erste Anliegen wurden unter anderem Melde-/Einwohnerwesen, Elterngeldantrag, i-Kfz, Gewerbeanmeldungen und E-Rechnungen identifiziert.“

Es gibt also doch Möglichkeiten, auch kleine Verwaltungen in der Fläche über das Internet mit diesen Angeboten attraktiv sowie leistungsfähig zu halten. Das alles sind Dinge, die aus unserer Sicht in das Konzept, das wir hier als dritten Punkt in der Initiative angesprochen haben, hineingehören. Insofern sind wir nicht nur diejenigen, die sagen: „Geht gar nicht“, sondern wir machen auch Vorschläge, wie es gehen könnte.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Frau Dr. Tiemann, bitte.

Frau Dr. Tiemann:

Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin schon irritiert, wenn ich höre, wie Abgeordnete des Landtages über Städte und Regionen sprechen. Dann würde ich mir immer wünschen, dass ein Leitbild dann doch leiten und nicht leiden soll, wie es mir manchmal vorkommt.

Liebe Frau Gossmann-Reetz, ich hatte gehofft, Sie mit meinem Beispiel davon überzeugen zu können, dass der Weg der richtige ist, es erst einmal über Freiwilligkeit und Kooperation zu versuchen, bevor man etwas zwangsweise verordnet. Ich will jetzt nicht fragen, wann Sie das erste und das letzte Mal in Brandenburg (Havel) waren. Ich kann Ihnen nur sagen – das ist auch gleich meine Antwort an Frau Schülzke -: Als ich im Jahr 2003 diese schöne Aufgabe übertragen bekommen habe, war es ein von mir sehr geschätzter Ministerpräsident, der sagte: „Das hässliche Entlein der Mark“, und es gab noch andere Titel für die schöne, sehr historische Stadt Brandenburg (Havel), die dem Land den Namen gegeben hat.

Wenn ich eine solche Einstellung gehabt hätte, wie ich sie hier manchmal ansatzweise heraushöre, dann wäre diese Stadt – sicherlich im Zusammenwirken mit denen, die in einer Stadtverordnetenversammlung sitzen, ganz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, mit einer riesengroßen Verwaltung und einer tollen Bürgerschaft – nicht dort angekommen, wo wir heute sind. 2003: 24 % Arbeitslosigkeit; meine Vorgänger hinterließen mir ein prognostiziertes Defizit von 285 Millionen Euro einer städtischen Wohnungsgesellschaft, die nahezu insolvent war, und dergleichen mehr.

In diesem Haus, nämlich im Ministerium des Innern, kam immer wieder die Frage: Wann kommt diese Stadt endlich aus der Knete? Wenn ich mich mit meinen Unterstützern, die ich da hatte, hingestellt hätte, um mit denjenigen, die gehofft hatten, Unterstützung zu bekommen, so umzugehen, dann wären wir nicht im letzten Monat bei 10,1 % Arbeitslosenquote angekommen – mit Rückgang der Bedarfsgemeinschaften, nicht bei dem, was ich Ihnen vorhin schon ansatzweise präsentiert habe.

Ich will damit sagen: Das ist immer wieder mein Satz, den ich vorausschicke, wenn ich diese Diskussion über Volksinitiative o. Ä. führe: Haben Sie doch Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, haben Sie Vertrauen in die Leistungsfähig-

keit, in die Möglichkeit und auch in die Motivation! Wenn das so wäre, könnten wir sicherlich ein Stückchen weiter sein, Herr Scharfenberg.

Ich erinnere mich gut: Als wir hier als Anzuhörende im Innenausschuss waren, saß nur der Vorsitzende meiner Stadtverordnetenversammlung neben mir, und Sie haben die gleiche, etwas sehr stark provozierende Art angewandt, nach dem Motto: Was bildet ihr Kleinen euch hier eigentlich ein? Ich frage Sie nicht, warum Sie Potsdam als Landeshauptstadt kreisfrei lassen wollen, und den anderen sagen: Ihr könnt viel besser arbeiten, wenn ihr Bestandteil eines Landkreises seid. – Ich schätze Herrn Jakobs nicht nur als Oberbürgermeister, sondern auch als Präsidenten des Städte- und Gemeindebunds. Er hat immer deutlich gemacht: Was soll eine einzige kreisfreie Stadt mit ansonsten Landkreisen? Diese Frage beantwortet auch niemand.

Ich halte die Unterfinanzierung der Städte für einen ganz wesentlichen Punkt, und zwar deshalb, weil Sie alle sich damit rühmen, dass dieser Landeshaushalt 11 Milliarden Euro umfasst, und uns als Städten gesagt wird: „Ihr spart aber nicht genug, deshalb bekommt ihr den Haushalt nicht genehmigt“, sodass wir klagen müssen. Damit meine ich jetzt nicht das FAG, Herr Scharfenberg. Aber es würde jetzt zu weit führen, dieses Thema zu diskutieren. Wir haben das Land verklagt, nämlich als es um die Ausstattung von KITAS ging, und haben Recht bekommen – nur kein Geld. Bei all dem zusammen habe ich Ihnen 138 Millionen Euro, und wenn alle auch noch so empört darüber sind, nachrechnen können, die auch gern im Einzelnen untersetzt werden können. Deshalb lasse ich mich, meine Verwaltung und auch die Verantwortlichen der Stadt nicht irgendwo immer dafür verhaften, wenn es heißt: „Ihr lebt über eure Verhältnisse, baut mal eure 150 Millionen Euro ab, sonst bekommt ihr keinen Haushalt genehmigt; befördern dürft ihr nicht, neue Maßnahmen dürft ihr nicht treffen“ und dergleichen mehr. Das geht einfach nicht!

Die Gutachten, die Sie angesprochen haben, Hauptansatzstaffel und alles Weitere, kommen nicht von uns; die haben Sie selbst in Auftrag gegeben. Sie haben nur eines vergessen, und auch das ist in Cottbus sehr deutlich gesagt worden, nämlich von Frau Professor Färber. Ich hatte den Eindruck, dass ich sie nicht ganz richtig verstanden hatte, und habe noch einmal mit ihr telefoniert. Ich habe gesagt: „Frau Professor Färber, Sie haben damals die Aussage getätigt, Sie würden vorschlagen, dass das Thema der Finanzausstattung gerade der vier kreisfreien Städte – Potsdam immer ein Stückchen im Hintergrund – daraufhin untersucht wird, inwieweit sie besondere Jugend- und Soziallasten haben, die sie in die Situation versetzen, über Kredite Finanzierungen durchführen müssen, die eigentlich vom Land kommen müssen.“ Das hat das Land nicht gemacht, bis heute nicht. Insofern wollen Sie die Ursachen gar nicht wissen. Wir weisen sie aus unserer Sicht nach.

Lieber Herr Scharfenberg, wenn Sie sich einmal viel Zeit nehmen können, schauen Sie auf die Internetseite der Stadt, da gibt es einen Masterplan. Wir haben uns schon vor Jahren damit beschäftigt, welche Aufgaben diese Verwaltung hat. Aber eines steht fest: Wir nehmen sie in der Gemeinsamkeit der kommunalen Selbstverwaltung wahr. Da trenne ich nicht, ob es eine städtische oder vielleicht eine kreisliche Aufgabe ist, sondern wir leben damit, dass wir als Oberzentrum nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben, und die Pflicht heißt, genau diese Aufgabe als Oberzentrum zu

erfüllen. Aber da können Sie es nachlesen; damit haben wir uns intensiv beschäftigt.

(Zuruf: Ich habe mich schon zu Wort gemeldet. Dankenswerterweise haben Sie mich dazu herausgefordert.)

Aus der Erfahrung halten wir die Potenziale für so groß, dass Probleme gelöst werden können. Wir halten die Form der freiwilligen Zusammenarbeit oder der interkommunalen Zusammenarbeit für eine sehr gangbare Lösung. Glauben Sie es mir: Ich sage immer, wir sind nicht dafür gewählt worden, andere politische Vereinigungen und Parteien zu ärgern, sondern wir sind von den Bürgerinnen und Bürgern dafür gewählt worden, dass wir die besten Lösungen für unseren Verantwortungsbereich vorschlagen und nach Möglichkeit auch umsetzen. Deshalb sind wir von unserer Aufgabenwahrnehmung her schon darauf eingestellt, Veränderungen durchzuführen. Diese führen wir regelmäßig durch, und das können Sie an unseren drei kreisfreien Städten sehen. Wir leben vom Glanz unserer Landeshauptstadt. Glauben Sie es mir: Auch dieses Miteinander ist ein sehr gepflegtes, und wir freuen uns darüber, denn wir alle profitieren davon, wenn sich Potsdam so entwickelt, die Grundstückspreise und die Mieten so hoch sind, dass alle zu uns kommen und in unserer Region wohnen wollen. Alles das ist etwas, was ein gutes Miteinander darstellt.

(Zuruf)

Lieber Herr Lakenmacher, zum Umfang der Funktionalreform: Herr Vogel hat in der vorletzten Klausurtagung des Städte- und Gemeindebundes auf die Nachfrage hin: „Würden Sie dem Leitbild so zustimmen?“ ganz ausdrücklich gesagt: „Nur, wenn nachweislich eine Funktionalreform vorgeschaltet wird.“ Ich kann mich nicht erinnern, dass das umgesetzt ist. Der Städte- und Gemeindebund hat schriftlich mitgeteilt, dass er der Auffassung ist, dass die Funktionalreform derzeit 3 % der Aufgaben der Landesverwaltung betrifft, und es sind Randaufgaben wie Kirchenaustritt o. Ä. Ich will das jetzt nicht als meine Meinung anführen, aber ich bin ja stellvertretende Präsidentin des Städte- und Gemeindebundes, insofern vertrete ich diese Auffassung hier. Also 3 % hat man bisher erfasst. Das ist keine Funktionalreform.

Liebe Frau Schülzke, so wie ich mich für meine geliebte Stadt einsetze, habe ich mich mit voller Überzeugung genau auf den Weg gemacht, nicht nur gegen etwas zu sein, im Gegenteil, nach Lösungen zu suchen und die gefundenen auch wirklich mit Kraft umzusetzen. Ich habe es gestern so empfunden, dass wir als Hauptverwaltungsbeamte, die wir direkt gewählt sind, nicht ernst genommen werden mit dem, was wir dort vortragen und einbringen, und der Weg der Volksinitiative ist der völlig richtige. Denn nur der kann jetzt deutlich machen, dass in diesem Fall an hundert Tagen 130 000 Unterschriften zusammengekommen sind. Ich kann hier noch einmal deutlich sagen – das ist auch nachvollziehbar –, an wie vielen Stellen, zu welchen Zeiten, ob es Weihnachten, schlechtes oder schönes Wetter war, wir auf der Straße gestanden und Unterschriften gesammelt haben, um Rede und Antwort zu stehen, warum das Thema wichtig ist und warum es für die Bürgerinnen und Bürger einfach wichtig ist, sich zu positionieren; denn sie haben dann das auszutragen, was gegebenenfalls als Entscheidung kommt, was wir nicht gutheißen können.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Herr Lange, bitte.

Herr Lange:

Ich möchte noch einmal auf die Frage von Herrn Kurth zu sprechen kommen. Auf die Frage, ob Reformbedarf gesehen wird oder nicht, haben Sie unisono gehört, dass alle gesagt haben: Ja, Reformbedarf ist vorhanden. Man muss sich natürlich über die Inhalte unterhalten. Das ganze Leben besteht darin, einen Sinn zu suchen, und das muss man auch hier tun.

Wenn man die Reformation bemüht – zu dieser Zeit ist ja viel passiert –, so gab es damals die Aussage: „Reformieren heißt das Alte neu hervorbringen.“ Damit ist damals gemeint gewesen, dass man den Sinn dessen, was ursprüngliche Aufgabe war, was aber über die vielen Jahre der Arbeit verwässert wurde oder sich verändert hat, noch einmal herausucht und sich fragt: Wollen wir das immer noch so? Das ist in dem Fall, über den wir hier reden, ganz einfach das Thema Daseinsvorsorge. Deutschland ist aus der geschichtlichen Vergangenheit heraus nun einmal so organisiert, dass der Staat die Daseinsvorsorge übernommen hat. Deswegen müssen wir das mit den Möglichkeiten, die ebenfalls neu definiert werden müssen, mit den Möglichkeiten der Subsidiarität und der kommunalen Selbstverwaltung zusammenbringen.

Die Betroffenheit, die hier vielmals angesprochen worden ist, sehe ich überhaupt nicht als Makel an, sondern als Motor, als Chance, etwas Vernünftiges daraus zu machen. Deswegen ist es wichtig, noch einmal diesen Hintergrund aufzumachen und zu sagen, was die eigentliche Aufgabe ist, und dann ohne Begrenzung einfach einmal, was Personal und was Geld angeht, die Aufgaben zu durchdenken, wie sie am besten im Sinne der Bevölkerung gelöst werden können.

Die Frage nach der Hauptansatzstaffel ist gestellt worden. Ich meine, das ist eine Aufgabe, die die Landesregierung lösen muss. Dafür sind wir als Volksinitiative mit Sicherheit nicht verantwortlich. Ich meine, dass wieder die Frage nach der aufgabengerechten Finanzausstattung steht. Hier gibt es ja die Möglichkeiten, über das FAG einiges zu unternehmen, um eine andere Finanzverteilung im Lande zu organisieren, die aber – und das sollte man rechtlich mit einbeziehen – auch eine Veränderung des Gemeinde- und Kreisanteils an der Landesfinanzierung zum Gegenstand hat.

Die Freiwilligkeit hatten Sie auch in Bezug auf den Bestand des Jetzigen und den Veränderungswillen oder die Veränderungsnotwendigkeit angesprochen. Ich meine, die Notwendigkeit wird auf jeden Fall erkannt werden, und sie muss dann auch aufgelöst werden. Ich meine, Sie sollten uns da nicht unterschätzen, was diese Zusammenarbeit und die Notwendigkeit dieses Erkennens angeht. Schon gar nicht sollten Sie denken, dass wir uns dazu keine Meinung bilden können. Wir sind vernünftiger, als Sie vielleicht meinen.

Der Skaleneffekt, den Herr Petke angesprochen hat, impliziert tatsächlich den Ge-

danken einer rasanten Personaleinsparung, den ich nicht nachvollziehen kann, zumal der Ministerpräsident mehrfach geäußert hat: Es wird niemand entlassen. Der Finanzminister hat sich zu Anfang mit dem Wort „Fusionsrendite“ in die Diskussion begeben. Als er danach gefragt wurde, ist er in der Regel der Antwort aus dem Weg gegangen. Im Moment wird gesagt: Wir wissen, dass es nach der Reform teurer wird als vor der Reform; aber wir sind der Meinung, dass das weniger teuer wird, als es wäre, wenn wir es nicht machen würden. Das ist schon eine „Glaskugel in der Glaskugel“, in die wir hier schauen. Ich bin sehr skeptisch, inwieweit Realismus darin ist.

Herr Dr. Scharfenberg hat seine Ausführungen mit Bemerkung eröffnet: „Wir sind bemüht, das ernst zu nehmen.“ Ich denke an die Situation, als ich solche Beurteilungen für Mitarbeiter schreiben oder unterschreiben musste. Wenn darin das Wort „bemüht“ stand, hatte es einen eigenen Klang. Ich hoffe, dass das hier nicht so gemeint ist.

(Heiterkeit, Zurufe)

Was der beste Weg ist, das ist sicherlich die Frage, die wir beantworten müssen. Da sollte man aber nicht nur danach schauen, wer rechtlich verpflichtend zu beteiligen ist, sondern von wem man tatsächlich Erfahrungen oder Sachverstand einholen kann. Das machen andere auch. Fusionen auszuschließen, das ist, meine ich, nicht das Thema. Das sagt auch der zweite Punkt überhaupt nicht aus. Andersherum ist es so: Andere haben uns das gezeigt. Schauen Sie sich doch die anderen Erfahrungen an! Wenn sie bewertet worden sind, dann sind sie alle letzten Endes irgendwo durchgefallen. An dieser Stelle setzen wir mit der Volksinitiative an, dass wir einfach sagen: Diese böse Erfahrung ist nicht notwendig; es gibt andere Möglichkeiten; man muss sie nur suchen und sehen wollen. Das sollte man dann auch tun. Die komplexe Verantwortung, die Sie hier definiert haben, sehe ich: Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen allen Verwaltungsebenen.

Eines muss man noch einmal sagen: Wenn man über das Thema Daseinsvorsorge redet, darf man eines nicht vergessen: Mindestens 40 % dieser Daseinsvorsorge werden durch das bürgerschaftliche Vereinswesen, durch das bürgerschaftliche Ehrenamt erbracht. Das kommt hierin überhaupt nicht vor. Das alles sind Kollateralschäden, die entstehen, wenn man so einen kommunalpolitischen Präventivschlag macht. Es mag zwar sein, dass man das in den Koalitionsvertrag hineinschreiben will und kann, aber man muss es auch praktisch durchziehen können. Dazu muss es letzten Endes auch irgendwo noch vernünftig sein.

Die Leistungsfähigkeit und der Personalbedarf sind nochmals angesprochen worden. Ich betone ein weiteres Mal: In dem Moment, wo wir hier Personalstillstand verordnen, laufen uns die Fachkräfte weg, und schließlich sind die, die wir jetzt noch haben, auch nicht mehr da. Wenn wir dann das Ergebnis des Prozesses sehen, haben wir weniger, als wir vorher hatten. Ich meine, hier ist es einfach so: Wir von der kommunalen Ebene sind ganz einfach immer so aufgestellt, dass wir die Hoffnung darauf haben, dass es mithilfe der Landesregierung einen Strukturwandel gibt, der erstens unsere Lebensverhältnisse lebenswert macht und zweitens einem Bevölkerungsschwund entgegenwirkt. Ich hoffe immer noch darauf; Sie können gerne anfan-

gen.

Letzte Bemerkung: Mir ist aufgefallen, dass die Diskussion offensichtlich die Gemüter erhitzt.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Herr Oecknigk, bitte.

Herr Oecknigk:

Ich habe mir noch zwei Anmerkungen der Abgeordneten Frau Schülzke notiert. Zunächst zu Frau Gossmann-Reetz; sie beendete vorhin ihren Beitrag mit den Worten: „Wir sind ein solidarisches Land, und alle Regionen wollen wir gut entwickeln.“ Sie haben aber gleichermaßen von meiner Kollegin Frau Dr. Tiemann gehört, dass die Unterfinanzierung der Kommunen ein schwieriges Thema ist. Das können wir nur im Dialog miteinander lösen, nicht von oben nach unten. So empfinde ich auch die heutige Anhörung. Im Übrigen haben wir in der Landesverfassung nicht nur den Art. 98, sondern auch die Art. 76 und 77 ff. Überall ist das Volk mit dabei, die Bevölkerung, von der wir reden. Das alles macht auch die aufgabengerechte Finanzausstattung für alle Ebenen deutlich, wenn man auf einer Ebene ist.

Da haben wir unser Problem, Frau Schülzke: Wie kriegen wir denn die kommunale Finanzausstattung noch vernünftig geregelt? Die Kämpfe vor Ort werden immer schärfer. Wir haben es erst unlängst gesehen, wo es um den Kreishaushalt ging, wo die Kreisarbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes sehr hartnäckig darum gerungen hat, ein paar Prozente zu bekommen. Die paar Prozente machen es aber nicht aus. Wenn die Aufgaben mehr werden, die Übertragung schwieriger wird, aber die Unterfinanzierung oder die aufgabengerechte Finanzausstattung noch Lächer offen lässt, dann haben wir eine ganze Menge auf Augenhöhe miteinander abzusprechen.

Es war die Frage: Was bedeutet der Verlust des Mittelzentrums für uns, wenn Herzberg nicht mehr Kreisstadt ist? Das Thema Forst wurde vorhin angesprochen. Ich kenne den jungen Kollegen sehr gut. Wir haben uns vor geraumer Zeit auch mit dem Senftenberger Bürgermeister einmal getroffen und verabredet, dass wir keinen Wettbewerb dazu veranstalten, wer Kreisstadt des möglichen Großkreises sein könnte, sondern wir haben uns miteinander verständigt, was passieren könnte, wenn wir nicht mehr Kreisstadt sind. Für Herzberg bedeutet das, die Zuwendung von 800.000 Euro pro Jahr gibt es nicht mehr. Herzberg bringt aber auch nicht die Bevölkerungszahl, um Mittelzentrum zu bleiben. Wir werden also irgendwo am Rande des Landes Brandenburg herumdümpeln. Nur als Vergleich: Vor zwölf Jahren ist der Stadt Herzberg der größte Arbeitgeber im produzierenden Bereich, die Grohe AG, verlorengegangen. Damit verbunden ist aber nicht nur ein Verlust von mehreren hundert Arbeitsplätzen, sondern auch ein Verlust an Steuereinnahmen in Höhe von rund einer halben Million.

Wenn ich jetzt sehe, dass durch den möglichen Kreissitzverlust die Stadt Herzberg

800.000 Euro verliert, kann ich jetzt schon sagen: Sämtliche freiwilligen Aufgaben und einige pflichtige Aufgaben sind dann nicht mehr zu erfüllen. Wie ich das den Bürgern beibringen soll, weiß ich nicht. Aber ich höre in den Gassen meiner Stadt sehr deutlich, dass man sagt: Dann gehen wir nach Sachsen rüber; dahin ist es ja nicht weit. Das sollte doch Brandenburg zu denken geben, wenn es denn heißt: Wir wollen ein solidarisches Land sein. Der Unmut wird größer. Das Thema Heimat haben wir vorhin schon angesprochen.

Es macht schlicht und einfach Sorge, zu erleben, dass die Leute, die mit Erwartungen an unsere Tische kamen, unterschrieben und gesagt haben: Wir können nicht zulassen, dass es sich so verändert, wie wir es nicht wollen, sondern wir wollen auf demokratischer Ebene alle Regionen gut entwickeln; wir wollen dabei sein.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Herr Minister, bitte.

Minister des Innern und für Kommunales Schröter:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, dass ich, bevor ich Fragen stelle, auch ein kleines bisschen einleite und auf Fundstellen aufmerksam mache, weil einige Dinge genannt worden sind, die man, wenn man sich überzeugen will, auch nachlesen kann.

Ich beginne einmal mit einer Drucksache des Landtages, Parlamentarische Dokumentation 6/57, es sind allerdings bis zu 1 200 Seiten. Dort kann man die Dokumente nachlesen, die im Zusammenhang mit den Regionalkonferenzen und mit dem Reformkongress in Cottbus zusammengestellt worden sind. Dort können Sie selbstverständlich auch die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine usw. nachlesen, die im Zusammenhang mit unserem Leitbild, der Leitbild-Diskussion, eingegangen sind. Ich möchte damit auch ein klein wenig den Vorwurf entkräften, dass das alles irgendwo versackt oder untergegangen sein soll. Es ist nicht so. Das ist der Landtagspräsidentin zugeleitet worden, wie es sich gehört, um auch im Innenausschuss vernünftig diskutieren zu können, und es ist für jedermann einsehbar.

Ich würde Ihnen eine Lektüre empfehlen wollen. Ich meine, die Quelle ist jedenfalls nicht als parteiisch gegenüber irgendjemandem zu bezeichnen, zumindest unverdächtig, im Sinne der Landesregierung irgendetwas zu machen. Das ist die Fachzeitschrift „Der Landkreis“, sie ist im Internet nachlesbar, auch in jeder Kreisverwaltung zu finden. Ich weiß jetzt nicht exakt die Ausgabe; aber es ist zehn Jahre her, da war eine Landkreisversammlung – vielleicht warst du, Hans, sogar dabei – in Berlin. Professor Birk, der sogenannte Demografiepapst in unserem Land, hielt vor zehn Jahren einen Vortrag vor Landräten und Kreistagsvorsitzenden, aus dem ich vor zehn Jahren vieles lernen konnte. Es war ein langer Vortrag, es ist auch ein etwas längerer Beitrag in der Fachzeitschrift „Der Landkreis“, früher hätte man gesagt: Zentralorgan des Deutschen Landkreistages. Es ist wirklich sehr lesenswert. Daraus geht eines ganz sicher hervor.

(Zuruf)

– Kein Problem, liegt vor, lichte ich gern ab, stelle es Ihnen zur Verfügung.

Das ist ein Vortrag, der vor zehn Jahren gehalten wurde, und die grundsätzlichen Aussagen für die Entwicklung der Demografie gelten damals so wie heute. Ich will Ihnen auch gern eine Antwort auf die Frage eines Landrates nennen. Der fragte nämlich: „Herr Professor, sagen Sie mal, welches sind denn die größten Probleme bei der Demografie?“ Er glaubte eigentlich, die Antwort lautete: Die Vorausschau, wie viele Kinder bei uns im Land geboren werden könnten, oder so etwas. Die Antwort war für mich sehr erhellend. Der Professor sagte: „Das größte Problem ist die Politik, weil man nicht wahrhaben will, was wir voraussagen.“ Dann sagte er: „Demografie ist wie ein Domino-Spiel. Wenn eine Generation gefallen ist, dann fällt die zweite, und zwar weil die erste nicht mehr da ist, genau wie beim Domino-Effekt.“ Er machte eine Prognose, wie viele Kinder geboren werden müssten, um die Bundesrepublik bevölkerungstechnisch auf dem Niveau zu halten, das damals war. Lesen Sie es nach; ich will Ihnen nicht die Spannung der Lektüre nehmen.

Meine Damen und Herren, dann gibt es eine dritte Fundstelle. Ich stelle Ihnen das gern zur Verfügung; auch da bin ich behilflich. Das ist eine Drucksache des Landtages, besser gesagt, zwei. Es ist vom MIK auf Anfragen geantwortet worden, und zwar vergleichende Aussagen zum Personalbestand der Bauordnungsämter in den Landkreisen und zu den Kataster- und Vermessungsämtern. Da wird nämlich das Vergleichbare miteinander verglichen, und nicht Äpfel mit Birnen.

Im Übrigen, liebe Dietlind Tiemann, liebe Frau Oberbürgermeisterin, ich finde, man sollte mit Zahlen ehrlich umgehen. Wenn man 4 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vergleicht mit nachher über 900 in der Kernverwaltung, dann sollte man – bitte! – bei der ersten Zahl auch die Kernverwaltung verwenden und nicht die nachgeordneten Einrichtungen, die später in eine andere Rechtsform gekommen sind und deshalb nicht mehr im Stellenplan der Verwaltung stehen. Ich war fast 25 Jahre lang Landrat. Daher weiß ich, wohin man schauen muss, um Dinge miteinander vergleichbar zu machen. Ich finde es auch gegenüber Vorgängern nicht ganz ehrlich, wenn man den Eindruck erweckt, man hätte da ganz Grundsätzliches verändert. Es ist eine Geschichte, bei der man wirklich ehrlich miteinander umgehen sollte.

Wir haben – jetzt komme ich auf eine Frage von Herrn Petke zurück – ja nicht nur eine Prognose und nicht nur von einem, sondern es liegen uns zur Stunde vier Prognosen vor: eine von der Bertelsmann-Stiftung, eine vom Bundesamt für Statistik und zwei – eine ältere und eine neuere – vom Landesamt für Statistik, gemeinsam mit dem Landesamt für Bauen und Verkehr gemacht.

Meine Damen und Herren, ich streite gar nicht ab, dass diese nicht auf die Zahl genau deckungsgleich sind; aber ich hoffe, es gibt keinen hier im Raum, der die Tendenz anzweifelt, in der alle vier Statistiken gleich sind. Alle vier zeigen eine einheitliche Statistik für das Land Brandenburg auf, nämlich einen Bevölkerungsrückgang. Wenn man sie dann in den Einzelheiten beguckt, stellt man fest, dass der Bevölkerungsrückgang sehr unterschiedlich ist, dass es Regionen mit ganz erheblichem Be-

völkerungsrückgang gibt, andere, die nahezu stabil bleiben, und wieder andere werden sogar wachsen.

Deshalb meine erste Frage: Gibt es jemanden, der als Vertreter der Volksinitiative im Raum ist, der diese Zahlen im Grundsatz anzweifelt, also den ungleichen Bevölkerungsrückgang im Grundsatz anzweifelt und, wenn ja, auf welcher Grundlage tut er es? Ist es das Gefühl, oder hat er andere, mir unbekannte Prognosen, die ich dann natürlich gerne zur Kenntnis hätte?

Eine zweite Frage, die ich wiederum mit einer kurzen Einleitung verbinden muss: Es ist hier das Problem der Gesundheitsvorsorge aufgeworfen worden. Frau Dr. Tiemann, sind Sie heute bereit anzuerkennen, dass durch eine Einkreisung der Verlust Ihres Krankenhauses – ganz ausdrücklich – nicht zu befürchten ist, sondern dass die Stadt nach wie vor Träger des Krankenhauses bleiben kann, so sie es will, und selbstständig entscheiden kann, wie sich das Krankenhaus entwickeln soll? Es wäre schön, wenn Sie heute einmal coram publico zu dieser Frage eine verbindliche Aussage treffen könnten.

Verehrter Herr Bürgermeister Oecknigk, es gibt – ich meine, das werden Sie nicht bestreiten wollen – auch viele Mittelzentren in unserem Land, die keine Kreissitze sind. Ich will es nicht in eine Frage verpacken, ich will Ihnen nur sagen: Wenn eine Stadt nicht mehr Kreisstadt ist, ist damit nicht der Automatismus des Verlusts des Mittelzentrums verbunden. Mittelzentren müssen bestimmte Ausstattungsmerkmale haben, und diese gehen nicht per se mit dem Verlust des Kreissitzes verloren. Also ist diese Aussage nicht korrekt.

Eine weitere Frage muss ich stellen, sie ist schnell beantwortet, und zwar an Herrn Albers. Herr Albers, habe ich richtig gehört, dass Sie sagten, dass die seit 2003 entstandenen Strukturen jetzt nicht wieder zur Disposition gestellt werden sollen? Ich habe noch einmal nachgefragt, und Sie sagten 2003. Die Strukturen, die jetzt reformiert werden sollen, stammen aus dem Jahr 1993. Wenn Sie sagen: „Die Strukturen von 2003“, dann impliziert diese Aussage, dass die Städte- und Gemeindestrukturen angefasst werden sollen. Das, verehrter Herr Albers, ist genau falsch. Es ist falsch, die Menschen glauben zu machen – das ist auch etwas, was der Ministerpräsident als „Fake News“ dargestellt hat –, dass hier die Städte und Gemeinden angefasst werden sollen. Das ist die Unwahrheit. Stattdessen sind wir dabei – und wir werden am Montag dazu das Gespräch führen –, neue Verwaltungsmodelle für Städte, Gemeinden und Ämter zu entwickeln, sodass diejenigen, die vor Ort bemerken, dass sie Reformbedarf haben, sich auch reformieren können – in Richtung dieser neuen Verwaltungsmodelle, und zwar auf freiwilliger Basis.

Das ehrenamtliche Engagement, lieber Hans Lange, findet zu 99 % in der Gemeinde und in der Stadt statt, nicht in den Landkreisen. Da gibt es zwar eine Fußballliga, nein, die gibt es ja nicht mehr in den Kreisstrukturen, die Fußballer haben ja schon längst erkannt, dass sie größer sein müssen, auch die Kirchengemeinden haben sich schon längst anders organisiert. Die Gemeinde ist die Heimat. Ich sage es noch einmal für die, die da andere Dinge verkünden: Wir wollen keine Gemeinden zwangsfusionieren, sondern wir wollen durch neue Verwaltungsmodelle auf freiwilliger Basis

diejenigen zusammenkommen lassen, die merken, dass sie nicht mehr in der Lage sind, allein zu funktionieren.

Lieber Hans Lange, ich habe als eine meiner letzten Aufgaben versucht, zwei Krankenhäuser zusammenzubringen, nämlich eines in Oberhavel und eines im Havelland. Ich gestehe: Ich habe es nicht geschafft. Ich befürchte, meine Nachfolger – auch der von Burkhard Schröder – schaffen es auch nicht, weil Freiwilligkeit so eine Sache ist. Lieber Hans, es ist nicht gelungen – du hast es ja zugegeben –, obwohl du sehr bemüht warst, die Krankenhäuser aus Ostprignitz-Ruppin und der Prignitz zusammenzubringen, obwohl ihr euch sehr lange unterhalten habt. Das ist die Crux der Freiwilligkeit: Irgendwann kommt es zum Schwur und muss einer freiwillig Kompetenzen abgeben. Da endet in der Regel die Freiwilligkeit. Ich könnte Beispiele nennen, wo Freiwilligkeit schon fast zum Ergebnis geführt hätte: Kataster- und Vermessungsämter Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße-Cottbus. Doch ist es „erfolgreich gescheitert“. Es haben noch monatelang Büroräume in Cottbus leergestanden, weil man sich am Ende doch nicht einig wurde,

(Zuruf: In Westbrandenburg ist es auch gescheitert.)

oder es ist wie bei Havelbus auseinandergelaufen, obwohl sie einmal zusammengekommen sind; also auch hier passt es nicht ganz.

Herr Goetz, Sie sind mein Kronzeuge, wissen Sie wofür? – Sie haben vorgetragen, wie toll das mit der Kfz-Zulassung ist. Richtig, Wittstock macht das ganz erfolgreich. Das bedeutet, Herr Goetz, für die Bürger werden die Wege überhaupt nicht länger, weil wir nämlich durch leistungsfähigere kommunale Verwaltungen vernünftige Frontoffice-Bereiche haben und viele Aufgaben vom Kreis auf die Ebene der Städte und Gemeinden heruntergeben können.

Jetzt bin ich wieder bei einer Befürchtung, die ich so auch nicht ganz nachvollziehen kann. Herr Oecknigk, Sie sagten, Sie befürchteten mehr Zentralismus. Aber wie kann es mehr Zentralismus geben, wenn das Land Aufgaben an die Landkreise abgibt, von oben nach unten,

(Zuruf: 3 %!)

und wenn danach von den Landkreisen Aufgaben auf die gemeindliche Ebene weiter heruntergegeben werden? Herr Oecknigk, das ist doch genau das Gegenteil von Zentralismus!

(Zuruf: Es sind nur 3 %!)

Und wenn es nur 1 % oder ein halbes Prozent wäre, es wäre das Herunterbrechen von Aufgaben von oben nach unten.

Im Übrigen, meine Herren von der Opposition, hat das Land Brandenburg schon einen riesengroßen Aufgabenkanon, größer als andere Bundesländer ihn gegenwärtig haben. Deshalb, lieber Hans, will ich noch einmal daran erinnern, dass die letzte

Kreisgebietsreform – im Übrigen ist das auch durch das Landesverfassungsgericht bestätigt worden – auch auf der Grundlage von Vorgaben gemacht worden ist. Man hat gesagt, ein Kreis solle in der Regel 150 000 Einwohner haben. Eine solche Vorgabe gab es übrigens bei der 93er Reform nicht für die kreisfreien Städte. Dann gab es Ausnahmeregelungen unter anderem auch für die Prignitz, weil man davon ausgegangen ist, dass in ganz Brandenburg die Bevölkerungszahl wachsen wird. Wir alle waren sehr optimistisch, deshalb sind auch ganz große Klärwerke entstanden.

Diese Prognose ist nicht eingetreten. Deshalb haben sich einige Kreise ganz weit weg von den 150 000 entwickelt, und deshalb fällt es auch ganz, ganz schwer, auf Dauer eine effiziente Verwaltung in den Kreisen vorzuhalten, wenn man noch dazu Aufgaben des Landes auf diese Ebene herunterbrechen will. Deshalb ist das Mindeste, was wir schaffen müssen: durchgängig Strukturen von 150 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit haben wir dann auch das Land einigermaßen zukunftsfest gestaltet, es sei denn, jemand von Ihnen hat eine Prognose, aus der hervorgeht, dass Brandenburg in allen seinen Landesteilen wachsen wird.

Noch zum Stellenabbau und dazu, dass hier alles teurer wird: Meine Damen und Herren, es wird teurer! Natürlich wird die Funktionalreform I für das Land teurer. Ich will Ihnen das auch erklären. Es ist ja nicht so, dass die Anzahl der Mitarbeiter, die wir für eine bestimmte Aufgabe haben, immer exakt durch die Anzahl der neuen Verwaltungen teilbar ist. Wenn jetzt zehn neue Verwaltungen herauskämen, dann bräuchten wir 10, 20, 30 oder 40 Aufgaben wahrnehmende Menschen in der Verwaltung. Dann könnte man immer einen, zwei, drei oder vier Mitarbeiter in die Kreise geben. In der Lebenswirklichkeit ist es aber so, dass dann herauskommt: 1,3 pro Kreis. Dann kann man einen Mitarbeiter in die neue Struktur geben, aber 0,3 geht schlecht. Deshalb bekommt der Landkreis für 0,3 Planstellen Geld, strikte Konnexität ist das Stichwort. Das bedeutet, dass eine 0,3-Planstelle beim Land verbleibt. Das wird also teurer, und zwar exakt so lange, bis die Summe dieser Bruchstücke ausgewachsen ist. Natürlich ist, wenn man zwei Verwaltungen der Kreise zusammenfügt, auch Technik umzustellen und sind andere Dinge zu machen. Das bedeutet, da gibt es auch Anlauf- und Finanzierungsnotwendigkeiten. Das will das Land ja durch eine Pauschale ausgleichen. Also, auch hier ist das Land bereit, die Mehrkosten aufzuwenden.

Jetzt zu der Aussage: „Es wird keine Kündigungen geben“: Auch das ist etwas, wo man sich zurücklehnen und sagen kann: Ein Blick in die Altersstruktur aller Verwaltungen im Land Brandenburg, von der Polizei über die Lehrer bis hin zu den kreislichen Verwaltungen, zeigt, dass bald, 2020 beginnend, große Alterskohorten in den Ruhestand gehen werden. Deshalb ist es überhaupt kein Problem, den Überhang an Personal auswachsen zu lassen. Es vergeht nur ein kurzer Augenblick, dann sind diejenigen, die man möglicherweise im Overhead hat, ausgewachsen. Man braucht hier immer nur einen Landrat, oder man braucht dann immer nur einen Amtsleiter usw. Dann ist das Personal völlig ohne Probleme auf dem Niveau, das ein neuer Kreis tatsächlich braucht.

Diese Situation mildert zumindest zeitweise den Fachkräftemangel, unter dem wir alle schon längst leiden, unterschiedlich ausgeprägt, aber wir tun es, insbesondere

die peripheren Bereiche unseres Landes.

Vorsitzender:

Vielen Dank. Mit diesen Worten entlasse ich Sie in die Mittagspause. Wir unterbrechen die Sitzung bis 13:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:03 – 13:39 Uhr)

Wir kommen zum zweiten Teil des Tagesordnungspunktes 1 und beginnen mit der Antwortrunde der Anzuhörenden. Zuerst Herr Oecknigk, bitte.

Herr Oecknigk:

Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Kurz vor der Mittagspause hat der Minister einige Stichworte genannt, auf die ich gern eingehen möchte. Zunächst einmal hätte ich, was das Mittelzentrum betrifft, diese Garantie sehr gern, wenn das so wäre – das ist jedoch nicht unser Thema. Für mich sind entscheidend die rund 800 Mitarbeiter in der Kreisverwaltung, die jeden Tag nach Herzberg kommen und auch Geld in unseren Geschäften lassen, was mich als Bürgermeister natürlich interessiert. Auch stärken sie unser Vereinsleben.

Das Stichwort Zentralismus kann ich am Beispiel unserer Kegelbahn deutlich machen: Gegenwärtig ist es so, dass die Kegelbahn unseren Erfordernissen und Anforderungen nicht genügt. Wir wollen sie umbauen, haben dabei den Landes- und Kreissportbund sowie sämtliche Nutzer auf unserer Seite. Vom Landessportbund wurden dafür dem Kreissportbund 149.477,88 Euro – so ist die genaue Zahl – übergeben, die wir, ergänzt mit kommunalen Mitteln, einsetzen können. Dass wir aber, um die Mittel vom Kreissportbund zu bekommen, die LAG brauchen, sich die LAG aber nicht erklären kann, dass Luckau als zuständiges Landesamt die Sache schon abgelehnt hat, scheint verwunderlich.

Genau das ist der Punkt, bei dem zu viel Verwirrung herrscht bei der Bereitstellung von Mitteln, für die wir sorgen wollen. Denn wir wollen mit dieser Kegelbahn nicht nur den normalen Vereinssport fördern, sondern wir haben Gott sei Dank ein gut funktionierendes System der Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge, der Behinderten durch den ElsterPark und der Vereine, das heißt den ASB bzw. die Arbeitsloseneinrichtungen. Ich sage Ihnen: Da rennt man Türen ein, die es gar nicht gibt, und versucht Mittel heranzuholen, was immer schwieriger wird. Das Prozedere ist der Punkt, über den wir reden müssen. Da gibt es Hunderte von Beispielen.

Als Beispiel für Reformen nannten Sie die Kirchen. Als Mitglied der katholischen Kirche – Bistum Magdeburg, zu dem wir gehören – haben wir vor geraumer Zeit die Kirchen zusammengelegt. Das Ergebnis davon war, dass die Seelsorge fast völlig auf der Strecke bleibt und dass im Landkreis Elbe-Elster nur wenige Pfarreien vorhanden sind. Weil ich auch kirchlich sehr engagiert bin, habe ich mit Bischoff Feige darüber gesprochen. Er hat mir nicht einmal sagen können, ob bei mir, falls irgendwann mein letzter Tag läuten würde, überhaupt noch ein Requiem organisierbar wäre. Das sind

also die Realitäten. – Die Kirchen sind also kein gutes Beispiel, Herr Minister.

Ein anderes Beispiel: Sie nannten vorhin die Kläranlagen. Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit um 1991 herum erinnern, wo von Frau Lotzmann und Herrn Platzek aus dem Ministerium vorgegeben wurde, was zu tun und was zu lassen ist. *Zentrale* Anlagen waren das Ziel und keine flächendeckende Entsorgung. Insofern ist auch das ein schlechtes Beispiel, denn auch das war anders vorgegeben. Im Übrigen sieht es so aus: Diejenigen, die ich in meiner Funktion zu verantworten habe im HBRZ, sind zu über 80 % ausgelastet. Ich denke, das ist ein sehr guter Wert.

Ich komme zurück auf den Kernpunkt: Den Bevölkerungsrückgang werden wir so, wie er eingeleitet ist oder wie er sich darstellt, nicht ändern. Ich glaube auch nicht, dass jemand konkrete Zahlen nennen kann. Wir können aber gemeinsam – Sie als Landesebene und wir als kommunale Ebene – etwas dagegen tun, indem wir gemeinsam versuchen, Lösungen zu finden, um jungen Menschen Möglichkeiten zu offerieren, sich auch in den peripheren Räumen niederzulassen. Dafür wollen wir uns stark machen.

Vorsitzender:

Herzlichen Dank. Ich möchte Herrn Lange jetzt nicht übergehen, würde aber als Nächstes Frau Dr. Tiemann und Herrn Goetz aufrufen.

Herr Goetz:

Ich bin nur in einem Punkt angesprochen worden, nämlich als Kronzeuge für die Kraftfahrzeugzulassung, Herr Minister. Das bezeuge ich gern: Gar keine Frage, so etwas geht natürlich. So etwas geht nicht nur bei der Kraftfahrzeugzulassung, sondern auch in ganz vielen anderen Bereichen. Damit bin ich auch fast schon fertig als Kronzeuge. Denn es ist genau unser Ansatz, dass wir sagen: Das, was geht und was in Standortprobungsverfahren nach dem entsprechenden Gesetz teilweise schon geprüft worden ist, mag vorab getan werden; aber genau das soll zuerst passieren, bevor weiter geschaut wird. Im Bereich Wittstock (Dosse) haben wir ja schon einen Bus, der umherfährt und auf die Dörfer kommt, wo man einsteigen und seine Angelegenheiten ähnlich wie in einem Frontoffice erledigen kann. Der frühere Wittstocker Bürgermeister erzählte immer ganz stolz, dass Wittstock – noch vor Köln – flächenmäßig die viertgrößte Stadt Deutschlands sei. Von der Fläche her stimmt das sogar; ich habe es einmal in Quadratkilometern nachgemessen. Man muss aber sehr lange fahren, bevor man von einem Ende Wittstocks ans andere kommt. Dementsprechend sinnvoll ist es, so zu verfahren; aber nicht nur dort. Ich gestehe also gern zu: Die Kraftfahrzeugzulassung dort ist schön.

Es fallen mir ganz viele andere Dinge an, die auch in Frage kämen. Über diese muss man aber zuerst nachdenken, und dann kann man hinterher über irgendwelche Grenzen streiten. Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Herr Goetz. – Nun Frau Dr. Tiemann, bitte.

Frau Dr. Tiemann:

Vielen Dank, Herr Minister; ich glaube, wir haben nicht so viel Neues erfahren. Beim Thema Bevölkerungsstatistiken weiß, so denke ich, jeder selbst, was man davon zu halten hat. Natürlich kann man auf zehn Jahre zurückblicken. Rückblickend betrachtet, ging es vor zehn Jahren jedoch um grundsätzliche Erkenntnisse, was aus Sicht der Landkreise von Bedeutung ist. Wenn es aber darum geht, dass die letzte Reform nahezu ausschließlich darauf abgestellt wurde, dass die Bevölkerung zunimmt, dann hat man sich verrechnet. Jetzt hingegen nimmt man nur die Bevölkerungsstatistik, in der es heißt, die Bevölkerung gehe zurück.

Meine Frage: Ist man diesmal richtig aufgestellt? Niemand von uns zweifelt Zahlen an, die er selbst erstellt hat, aber ich kenne die Zahlen nicht, die Sie hier angesprochen haben. Ich weiß nur vom Kollegen Loge, dass dieser nach aktuellen statistischen Zahlen angefragt und man ihm gesagt hat, es gebe unterjährig keine; zumindest habe ich es so gelesen.

Ansatz unserer Diskussion war, gerade auch nach den jüngsten Erkenntnissen, dass es keine Auswertung der letzten Reform gab, finanziell schon gar nicht. Weshalb sollte man sich dann erneut auf den Weg begeben und auf nur zwei wesentliche Punkte beschränken, nämlich die Demografie und die finanzielle Situation?

Da Sie uns auch mit entsprechenden Anfragen und Informationen aus dem Landtag versehen haben, möchte ich anmerken: Es gab im Jahr 2015 die Anfrage Nr. 631, konkret gefragt nach der Wahrnehmung von 17 Aufgabenfeldern. Die Antwort der Landesregierung lautete: „Es sind keine Defizite bei Aufgabenwahrnehmungen bekannt.“

(Zuruf: Es ging auch noch um die Kosten und um die Mitarbeiter!)

– Ich bin auch noch nicht fertig.

Ich finde so etwas immer schade oder erstaunlich. Die Erkenntnisse wachsen ja, wenn man in einer solchen Diskussion ist. Es ist immer eine Frage der Herangehensweise: Ich glaube, jeder der mich kennt, hat nie schlechte Worte über meine Vorgänger gehört. Ich denke, das war auch an dieser Stelle nicht die Absicht. Es war ausschließlich die Hochachtung vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, also den Verantwortlichen dieser Verwaltung, die es geschafft haben, über einen doch recht überschaubaren Zeitraum eine Verwaltung so aufzustellen, dass sie unter den heutigen Bedingungen funktioniert, und zwar bezogen auf das, was dort geleistet wurde. Man hat es geschafft, sich selbst einer Aufgabe zu stellen, die wirklich nicht einfach war. – Das wollte ich einmal geradestellen.

Zum Thema Krankenhaus: Es ist mir so viel wert, heute hier zu sein, dass ich sogar in meiner Stadt um 14 Uhr einen ganz wichtigen Termin versäume, wo es um den Medizinstandort Brandenburg (Havel) geht.

Lieber Herr Minister, ich weiß, dass aus dem Referentenentwurf das Thema Krankenhäuser mit einer kurzen Notiz herausgenommen wurde, aber ich gestehe auch: Ich weiß noch nicht, wie sehr ich daran glauben kann. Denn es gibt so viele Dinge, die sich verändert haben – von dem, was einmal geschrieben wurde, über das, was in der Öffentlichkeit gesprochen wurde, bis hin zu dem, was nachher eintritt. Ich denke da an Kreissitze, ich denke an die vorgegebenen Mindestzahlen der Bevölkerung und dergleichen mehr.

Wir kämpfen um unser städtisches Klinikum. Es war schon ein Novum, dass wir unser Klinikum nicht zur Veräußerung vorgesehen haben, um die Schulden abzudecken, die damals schon im Haushalt standen, sondern zu sagen: Wir stellen uns so auf, dass wir wirtschaftlich in der Lage sind, die uns übertragenen Aufgaben zu erfüllen, zu denen wir verpflichtet sind, natürlich auch mit der entsprechenden Bereitstellung von Landes- und Bundesmitteln. Damit will ich nur sagen: Wir sind recht gut informiert über das, was aktuell vorhanden ist, und wir wissen auch, wie die Planung von Krankenhäusern funktioniert.

Mir bereiten viel mehr andere Stellen Sorge – Themen, die man gern umgeht. Falls Sie sich durchsetzen sollten, woran ich aber nicht glaube, weil ich denke, dass die Verantwortlichen in der Landesregierung bzw. in den entscheidenden Gremien sich bei ihrer Entscheidung dessen bewusst sind, dass das, was die Bürgerinnen und Bürger heute dokumentiert haben und was mir signalisiert worden ist, nämlich 80.000 Unterschriften an den entsprechenden Stellen zu leisten, von großer Bedeutung ist. Das möchte ich besonders hervorheben.

Es geht darum, dass wir der Auffassung sind, dass der hier beabsichtigte Schritt wirklich dringend überdacht werden muss und dass es gewisse Grenzen gibt; diese sind heute noch einmal deutlich gemacht worden. Dieser Auffassung sind wir nicht, weil wir einfach nur aus Protest dagegen sind, sondern aus den Erfahrungen heraus, die jeder von uns hier vermittelt hat, und um deutlich zu machen, dass wir für das kämpfen, für das wir Verantwortung übernommen haben. Das möge man uns übel – aber bitte nicht persönlich – nehmen oder nicht. Wichtig ist, dass das, was wir hier vortragen, auch wirklich eine Erfahrung ist, über die wir sprechen. Daher bitten wir inständig darum, dass das so hingenommen wird in dem Sinne, dass es uns sehr um die Weiterentwicklung unseres Landes geht. Dabei sind wir ganz wesentliche Bestandteile in den Gemeinden, egal in welcher Größenordnung.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Frau Dr. Tiemann. – Herr Lange, bitte.

Herr Lange:

Ich möchte auch noch einmal ganz kurz auf die Aussagen von Herrn Minister Schröter eingehen. Es ist egal, ob diese angezweifelt werden oder nicht. Auf jeden Fall müssen sie aktuell in diesem Arbeitspapier stehen. Das, so denke ich, ist die eine Sache.

Die zweite Sache ist, dass wir als Vertreter der kommunalen Ebene den Auftrag haben, optimistisch zu sein und nach Möglichkeiten zu suchen, dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken. Wir mussten erst nach der Wende erleben, wie zuerst die Männer und später ganze Familien aus dem Kreis weggezogen sind. Aufgrund der Abwanderung hatten wir recht stramme Bevölkerungsverluste. Wir können aber seit Jahren feststellen, dass unser Wanderungssaldo mittlerweile längst wieder ausgeglichen ist. Das heißt, es ist nicht mehr so, dass wir durch Abwanderung Menschen verlieren, sondern diejenigen, die wir haben, können dort auch tatsächlich ihr Dasein und ihr Auskommen finden.

Wir haben auch jetzt noch eine ganze Reihe von Leuten, die gesagt haben: Jetzt haben wir unsere Arbeitszeit hier verbracht, und jetzt, wo wir den Ruhestand erreicht haben, gehen wir wieder nach Hause, weil wir dort ein Haus und ein Grundstück haben. Auch so etwas gibt es.

Trotzdem ist das aber alles immer noch kein Allheilmittel. Wir müssen die entsprechenden Bedingungen herstellen. Man muss die Leute nur fragen, warum sie hier hingekommen sind. Das ist der Schlüssel dazu, sie zurückzuholen oder andere dazu zu bewegen, in unsere Region zu ziehen. Ich denke, das ist eine Aufgabe, der man sich stellen muss.

Was hier mit dem Leitbild auf den Tisch gelegt worden ist, zementiert letzten Endes nur die Folgen des demografischen Wandels, aber es ändert nichts. Es versucht erst gar nicht, sie im positiven Sinne zu beeinflussen. Das ist das, was wir sehen. Wir haben es vom Prinzip her auch bei der Landesplanung erlebt. Das sind Tatsachen, über die man einmal nachdenken muss. Ein Thema der Landesplanung war beispielsweise, dass damals die Grundzentren abgeschafft worden sind. Was ist da passiert? Damals ist die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum dermaßen geschwächt worden, dass sie selbst heute noch schwierig ist, und wir müssen so etwas dann im Nachhinein über den ÖPNV und über den Straßenbau regeln, weil es landesplanerisch nicht mehr so sein soll. Deswegen sollte man an dieser Stelle einmal darüber nachdenken, hier nachzusteuern und zu sagen: Ja, wir haben eine Verantwortung für das Thema Daseinsvorsorge auch in kleineren Städten, und wir müssen diesem gerecht werden. Hier würde ich also genauer hinschauen.

Sie haben das Thema Fusionsaufwandsausgleich angesprochen und gesagt, dafür gebe es eine Pauschale. Das schließt sich jedoch schon gegenseitig aus: Eine Pauschale kann nie ein Ausgleich sein, es sei denn, die Pauschale ist so groß dimensioniert, dass sogar noch etwas übrigbleibt. Ich glaube aber kaum, dass dem so ist.

Die Themen Personalüberhang und -auswachen wurden ebenfalls angesprochen. Sicherlich ist es richtig, dass es eine große Anzahl Mitarbeiter geben wird, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen wird. Ich glaube aber, es ist genauso wichtig, Leute auszubilden, die dann auch eingestellt werden und arbeiten dürfen. Wenn sich jemand an dem Personalbestand öffentlicher Verwaltungen stört, dann muss er eines machen: Gesetze abschaffen. Jeder Beamte vertritt irgendein Gesetz oder manchmal auch zwei. Wenn man diese weghaben will, muss man die entsprechen-

den Gesetze abschaffen.

Man kann also eine ganz rigorose Deregulierung als Möglichkeit in Betracht ziehen. Darüber kann man nun natürlich geteilter Meinung sein. Wenn sie nur einmal zurückschauen in die Reformen, die von Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein und von Karl August von Hardenberg angeschoben worden sind, stellen Sie fest: Diese waren immer mit ganz starken Deregulierungen verbunden. Diese Männer haben der Wirtschaft und der Bevölkerung Freiheiten gegeben und gesagt: „Wir vertrauen darauf, dass ihr anständig damit umgeht und euch entwickelt.“ Das wurde auch gemacht, und auf diese Errungenschaften sind wir heute noch alle stolz. Darüber sollten wir einmal nachdenken.

Bei den fusionierten Landkreisen – das haben die Mecklenburger schon vor fünf Jahren gesagt; zunächst waren es die einfachen Mitarbeiter, aber jetzt sagen es auch höherrangige – stellt sich heraus, dass die Arbeit die gleiche geblieben ist, nur die Wege sind länger geworden. Dass Wege- und Fahrzeit zwar auch Dienstzeit, aber keine Arbeitszeit ist, spürt man dort insofern, als dass man mehr Personal einstellen muss, als es vorher der Fall gewesen ist, um die Fahrzeiten auszugleichen.

Das ist alles, was ich dazu zu sagen hatte.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen. Zunächst Herr Dr. Scharfenberg, bitte.

Abg. Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Erstens will ich hier nochmals klarstellen, dass es nicht darum geht, etwas ohne Dialog zu führen, von oben festzulegen. Was wir in den letzten Jahren gemacht haben, war auch das blanke Gegenteil davon: Wir haben einen breiten Dialog geführt, und wir führen ihn auch weiter. Das ist natürlich eine Ochsentour, die es woanders so noch nie gegeben hat. Das will ich einfach einmal feststellen. Bei diesem öffentlichen, transparenten Vorgehen soll es auch bleiben.

Zweitens: Hier sind viele Fragen gestellt worden. Es ist natürlich den Befragten überlassen, diese in geeigneter Weise zu beantworten. Ich möchte aber eines nicht stehen lassen, Herr Goetz, nämlich was die Frage zur Enquetekommission angeht: Was die kreisfreien Städte angeht, so hat es damals eine Denkpause gegeben mit dem Prüfauftrag; das habe ich sogar im Wesentlichen unterstützt. Aber – und das ist mir sehr wichtig – ich gehe davon aus, dass Sie bestätigen, dass sich die Enquetekommission eindeutig für eine Gebietsreform ausgesprochen hat. Auch hat die Enquetekommission eindeutig auf die Grenzen der kommunalen Zusammenarbeit verwiesen. Das ist in den Unterlagen nachzulesen. Ich weiß, dass Sie das verfolgt haben; es war damals auch mit entsprechenden Anhörungen und Gesprächen untersetzt. Das wollte ich nur feststellen.

Zum Schluss möchte ich sagen: Es ist hier auch sichtbar geworden, dass es wohl

doch etwas wie eine unterschiedliche Verantwortung gibt. Sie nehmen Ihre Verantwortung als Vertreter der Volksinitiative wahr, aber es gibt ja – gesetzlich zugeordnet – auch eine Verantwortung des Landtages. Nur der Landtag kann über die Veränderung von Kreisgrenzen durch Gesetz entscheiden. Wir alle wissen aus der Erfahrung heraus – ich denke, dem werden Sie nicht widersprechen, Herr Lange –, dass genau das eine ganz große Rolle in diesem Prozess spielt, dass man sagt: Diese Verantwortung könnt ihr gefälligst wahrnehmen; wir werden uns in dieser Form nicht damit beschäftigen. Das ist, so glaube ich, auch ein Punkt, den man zur Kenntnis nehmen muss.

Vorsitzender:

Herr Petke, bitte.

Abg. Petke (CDU):

Kommt der Minister noch einmal wieder, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender:

Davon ist auszugehen.

Abg. Petke (CDU):

Das hoffen wir alle. Ich hätte da nämlich noch eine spezielle Frage an ihn zur Demografie.

(Zuruf der Abg. Frau Gossmann-Reetz [SPD])

Herr Schröter hat ja als Mitglied der Landesregierung gesprochen, und in einem solchen Ausschuss darf man ja auch Fragen an Mitglieder der Landesregierung stellen, Frau Gossmann-Reetz.

(Abg. Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Keine Ahnung!)

– Klar, doch. Aber er wird es beantworten.

Der Minister hat von vier Prognosen gesprochen, die alle in eine Richtung zeigen, nämlich dass es weniger Menschen werden in Brandenburg. Was er nicht gesagt hat, ist Folgendes: Je aktueller die Prognose ist, desto weniger „Weniger“ sind es. Das heißt im Klartext: Der früher angenommene Bevölkerungsrückgang in Brandenburg wird auf diese drastische Art und Weise, wie er angenommen wurde, nicht stattfinden. Das wissen wir schon heute.

Warum sage ich das noch einmal so klar und deutlich, Frau Kollegin Geywitz? Weil das eines der Kernbestandteile Ihres Vorhabens ist, denn damit begründen Sie ja Ihre Alternativlosigkeit. Insofern hat hier ein Mitglied der Landesregierung die Diskussion eingeführt, das möchte ich nochmals betonen. Hier ist die Landesregierung

blank.

Bei einem zweiten Punkt ist sie blank; das betrifft die Frage der Finanzierung. Hier ist von 8 Milliarden Euro Haushalt gesprochen worden; dazu haben wir gar nichts gehört. Wir haben völlig veränderte Rahmenbedingungen.

Jetzt, wo der Innenminister wieder anwesend ist, eine Frage zur Volksinitiative: Der Innenminister hat gerade in einem Interview mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg gesagt, dass er den Punkt 2 der Volksinitiative als verfassungswidrig oder nicht rechtmäßig ansieht. Ich möchte einmal zitieren:

„Die Landkreise [...] bleiben erhalten. Gebietsänderungen oder Einkreisungen sollen nicht gegen den Willen der Landkreise und kreisfreien Städte vollzogen werden.“

Wir haben ja das angesprochene Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes. Dort heißt es im Endergebnis:

„Die Volksinitiative ist gemäß § 5 Volksabstimmungsgesetz zulässig.“

Das haben ja einige Leute mitbekommen, wie er das Interview gegeben hat. Jetzt meine Frage an den Minister: Welche Position hat denn hierzu die Landesregierung? Die SPD hat im Hauptausschuss ein etwas kurioses Schauspiel abgeben. Wenn hierbei Zweifel an der Rechtmäßigkeit bestehen, dann hätte ich erwartet, dass das gegenüber der Volksinitiative auch einmal deutlich gemacht und sie nicht auf heute Abend 19:30 Uhr vertröstet wird, wo das Interview vermutlich gesendet wird.

Kann Herr Schröter oder Frau Geywitz aufhellen, was da in der Heinrich-Mann-Allee, in der Henning-von-Tresckow-Straße oder in der SPD gedacht wird?

Vorsitzender:

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir uns mit unseren Fragen nicht nur dem Ende nähern, sondern es auch fast schon erreicht haben.

Frau Geywitz (SPD):

Herr Petke, ich möchte daran erinnern, dass wir heute im Rahmen einer Anhörung, also eines formalen Verfahrens, Gäste zu Besuch haben. Wir haben heute die Gelegenheit gehabt, das Anliegen kennenzulernen und einen Schluss daraus zu bilden. Der Vorsitzende hat schon zu Beginn gesagt, wie das weitere formale Verfahren in diesem Landtag ablaufen wird. Ich möchte darauf hinweisen, dass es eine Anhörung des Landtages ist, zu der wir die Initiatoren eingeladen haben, sich zu äußern, und wozu wir unsererseits Fragen stellen. Die abschließende Willensbildung des Ausschusses wird während seiner Sondersitzung stattfinden. Dann wird das Ganze entsprechend in den Landtag gehen. Ich vermute einmal – das hat ja Frau Dr. Tiemann angedeutet –, dass das Verfahren aufseiten der Volksinitiative dann seine Fortsetzung findet.

Die Willensbildung der Landesregierung ist immer eine sehr spannende Angelegenheit, die von uns Abgeordneten interessiert verfolgt wird. Allerdings rege ich an, dass wir uns hier in einem Ausschuss, der sich zu einer Anhörung zusammenfindet, nur mit den geladenen Gästen auseinandersetzen. Die Willensbildung der Landesregierung findet an einem anderen Ort statt. Deshalb finde ich es auch nicht weiterführend, dass wir hier darüber nachdenken.

Vorsitzender:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Herr Lakenmacher, bitte.

Abg. Lakenmacher (CDU):

Frau Kollegin Geywitz, wo findet denn die Willensbildung der Landesregierung statt – wie gerade eben vor den Kameras? Und wie ist Ihre Äußerung zu verstehen? Ist das jetzt ein Plädoyer dafür gewesen, dass der Innenminister als Mitglied der Landesregierung nicht antworten darf? Dann wäre ich dagegen. Oder darf er antworten?

Vorsitzender:

Man kann das natürlich noch ewig in die Länge ziehen, aber es ist jetzt keine Frage mehr an die Anzuhörenden gestellt worden.

Herr Goetz:

Herr Vorsitzender, der Herr Dr. Scharfenberg hatte noch eine Frage gestellt, was die Zusammenlegung von Landkreisen angeht und was sie von kreisfreien Städten unterscheidet.

(Abg. Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Diese Frage habe ich überhaupt nicht gestellt!)

– Dass die Enquetekommission gesagt hätte, Landkreise mögen zusammengelegt werden, im Unterschied zu kreisfreien Städten.

Vorsitzender:

Wenn der Abgeordnete sagt, er habe keine Frage gestellt, dann glaube ich ihm das.

Herr Goetz:

Ich erläutere das mit den Landkreisen gern. Hier haben wir solche Texte vorliegen, die genau das auflisten, was gesagt worden ist:

„Auch auf der Ebene der Landkreise sind angesichts des demografischen Wandels in Brandenburg bei sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen“ –

zwei Voraussetzungen, die gleichen wie bei anderen auch –

„und einer geringeren Finanzausstattung strukturelle Veränderungen aus Sicht der Enquetekommission unvermeidbar.“

Da haben wir dann tatsächlich den Punkt: Die Kreisgrenzen sollen hinterfragt werden, und zwar vor dem Hintergrund der beiden Voraussetzungen „weniger Geld“ und „weniger Einwohner“.

Dann geht es weiter:

„Erstes Ziel ist auch hier, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Dies kann dadurch erreicht werden, dass die empfohlenen Aufgabenübertragungen aus der Landesverwaltung konsequent vollzogen werden.“

Erst weiter hinten geht es um die Kreisgrenzen. Hier haben wir also den gleichen Punkt wie vorher auch: Erst die Funktionalreform, erst die Aufgabenkritik, erst die Aufgaben neu verteilen, und dann können wir über Kreisgrenzen reden. Das sind die gleichen Aussagen, die wir schon gehört haben.

Wir sagen: Wir wollen diese Reform nicht, wie sie mit dem Leitbild vorliegt. Wir wollen zwar eine Strukturreform am Ende, aber erst nach Aufgabenkritik, nach Verwaltungsreform und nach einer neuen Aufgabenverteilung. – So steht es hier drin, und dazu stehen wir auch.

Vorsitzender:

Frau Dr. Tiemann hat sich auch noch einmal angesprochen gefühlt, Herr Lange auch.

Frau Dr. Tiemann:

Aus meiner Sicht noch einmal etwas zum Thema Enquetekommission: Ich wollte es vorhin schon sagen, aber ich habe es mir dann erspart, weil Sie alle schon mindestens 75-mal im In- und Ausland getagt haben. Auf Druck des Städte- und Gemeindebundes – Karl Ludwig Böttcher und Werner Große – wurde zu dem Zeitpunkt dann erwirkt, dass wir vier Oberbürgermeister dann doch noch plötzlich und unerwartet angehört wurden. Wie wir es gewohnt sind, sind wir gut vorbereitet und haben unsere Auffassung zu diesem Zeitpunkt dort vorgetragen. Wenn ich mich richtig erinnere, hat man den vorbereiteten Abschlussbericht dann nicht verabschiedet, sondern mit den Worten, das Ganze nochmals zu überdenken, gerade was das Thema Kreisfreiheit betrifft, aufgegeben.

Wir waren damals ziemlich froh darüber, dass wir überhaupt noch gehört wurden nach so vielen Sitzungen. Denn ich finde schon, dass nicht nur über einen gesprochen werden sollte – Herr Dr. Scharfenberg verwendet immer das Wort Dialog. Dialog heißt aber immer – ich habe es soeben noch einmal gegoogelt –, dass man auch miteinander spricht und sich nicht gegen jemanden verteidigen muss, der eine festgefahrene Meinung hat, Herr Dr. Scharfenberg. Leider haben wir diesen Eindruck. All das, was in der zurückliegenden Zeit an Diskussionsversuchen gestartet wurde, ist relativ schnell an den Punkt gekommen, wo es hieß: „Das, was wir vorhaben, steht.“

Auch hatte jemand formuliert, dass ihm die Wegnahme der Kreisfreiheit für drei kreisfreie Städte eine Herzensangelegenheit sei. Insofern fällt es mir natürlich schon schwer, eine Diskussion zu führen, die gegebenenfalls zwar als ergebnisoffen dargestellt wurde, die aber für meine Begriffe nicht möglich gewesen ist. Hier hätte der Weg besser geebnet werden können, indem man diese Diskussion offener geführt hätte. Das zum einen.

Vielleicht kann auch der Minister sagen, ob er das so gemeint hat. Wir waren als Volksinitiative froh darüber, dass über das, was wir vorbereitet haben, gesagt wurde, wir trügen eine große Verantwortung dadurch, dass wir die Bürger gebeten hätten, sich zu positionieren. Wir haben die Unterschriften hier vorgetragen, um dann Gefahr zu laufen, dass die Fragestellungen, die wir damit verbinden, rechtlich nicht anerkannt sind.

Von den Ergebnissen haben wir gehört, und darum wissen wir. Wir sind unserer Verantwortung gerecht geworden. Wenn jetzt doch schon wieder Zweifel hochkommen, dann ist das vielleicht auch nicht die richtige Stelle, denn wir wollten uns ja über Inhalte informieren und verständigen.

Herr Lange:

Ich wollte nur noch eine Ergänzung vornehmen, und zwar geht es um die Aufgabenübertragung vom Land auf die Kreisebene sowie gegebenenfalls auf die Gemeindeebene. Ich denke, dort besteht ein Trugschluss. Vom Prinzip her ist die kommunale Selbstverwaltung so aufgebaut, dass die Aufgaben immer an der möglichst tiefsten Ebene erledigt werden sollen. Die Notwendigkeit soll dabei über die Wirksamkeit der Betroffenen abgeleitet werden, sodass nicht aus formalen oder Kostengründen gesagt wird: „Wenn es uns das Gleiche oder gar mehr kostet, dann machen wir es nicht.“ Ich denke, an dieser Stelle müssen wir darüber ganz anders nachdenken. Man kann das nicht nur nach formalen oder Kostengesichtspunkten entscheiden, sondern da muss zur Not auch das gesamte Konstrukt der Landesfinanzierung überdacht werden, um die Daseinsvorsorge in den Gemeinden, Städten und Landkreisen ordentlich zu gewährleisten.

Um auf die Gebietsveränderungen zu sprechen zu kommen: Wer belegt denn, dass die neu zu verteilenden Aufgaben nicht von den vorhandenen Strukturen getragen werden könnten, ohne dass man eine Gebietsreform durchführen muss? Diese Frage hat mir noch niemand beantwortet.

Vorsitzender:

Herr Lakenmacher, bitte.

Abg. Lakenmacher (CDU):

Es ist – und da drücke ich mich milde aus – unbefriedigend, dass wir jetzt am Ende im Hinblick auf seine Zweifel zur Rechtmäßigkeit der Volksinitiative keine Aussage des Ministers darüber haben, ob das nur sein Gefühl ist, also eine gefühlte Rechts-

widrigkeit seitens des Ministers besteht, welche Bedeutung er einem Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes dieses Hauses beimisst oder ob er andere Gutachten oder Erkenntnisse darüber hat. Insofern fände ich es jetzt schon sehr wichtig, Herr Minister, dass Sie dazu noch einmal Stellung beziehen.

In Richtung von Frau Dr. Tiemann möchte ich fragen: Darf ich davon ausgehen, dass Sie Punkt 2 der Volksinitiative für rechtmäßig erachten?

Vorsitzender:

Vielleicht könnten Sie knapp darauf antworten.

Frau Dr. Tiemann:

Das ist von entsprechender Stelle bestätigt worden. Wir waren überzeugt davon, dass es rechtmäßig ist, was wir machen. Dies ist nun rechtlich bestätigt worden; insofern fühlen wir uns auf der sicheren Seite.

Vorsitzender:

Vielen Dank. – Wir hatten heute die uns vom Hauptausschuss übertragene Aufgabe, eine Anhörung zur Vorbereitung unserer Beschlussfassung am 4. Mai durchzuführen. Die Vertreter hatten, so denke ich, sehr ausführlich Gelegenheit, ihren Standpunkt und ihre Gründe hier vor diesem Ausschuss darzustellen.

Ich sehe jetzt auch keine weiteren Wortmeldungen, durch die noch etwas dargestellt werden müsste. Damit können wir für heute diesen Tagesordnungspunkt schließen. Ich bedanke mich für Ihre Teilnahme, für Ihre vielen Antworten und Ihre Zeit.

Ich bitte Herrn Goetz, mich beim Kreistag Potsdam-Mittelmark zu entschuldigen.

Herr Lange:

Herr Vorsitzender, ich möchte mich auch von unserer Seite herzlich bedanken für die viele Zeit, die Sie mit uns hier verbracht haben. Wenn man die Sache ökonomisch betrachtet, haben Sie damit sogar noch mehr Zeit eingebunden als wir.

(Beifall)

Vorsitzender:

Danke. Damit schließe ich die Anhörung.

(Ende der Anhörung: 14:12 Uhr)

(Dieses Protokoll wurde durch Beschluss des Ausschusses gemäß § 83 Absatz 2 Satz 2 GOLT in der 30. Sitzung am 05.05.2017 bestätigt.)

Landtag Brandenburg

Ausschuss für Inneres und Kommunales



Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum TOP 1 der außerordentlichen Sitzung des Ausschuss für Inneres und Kommunales am 04.05.2017

zur Erarbeitung einer Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales zur Volksinitiative "BÜRGERNÄHE ERHALTEN – KREISREFORM STOPPEN"

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales empfiehlt folgende Stellungnahme zur Beschlussfassung:

1. Der Landtag kann die mit Punkt I der Volksinitiative verbundene Zielrichtung inhaltlich nachvollziehen. Dennoch kann er den Leitbildbeschluss vom 13. Juli 2016 im rechtlichen Sinne nicht aufheben. Das Leitbild beinhaltet abstrakt formulierte Kriterien und Maßstäbe und trifft keine konkreten Festlegungen für die Neugliederung der kommunalen Gebietskörperschaften. Der Landtag sichert zu, dass auf Grundlage der bereits eingegangenen Stellungnahmen und der noch folgenden parlamentarischen Anhörung zur Kreisneugliederung sowie möglicher neuer Bevölkerungsprognosen eine umfassende Abwägung

dieser Kriterien und Maßstäbe für jeden Einzelfall erfolgen wird. Insofern folgt der Landtag dem inhaltlichen Anliegen des Punktes I der Volksinitiative.

2. Der Punkt II der Volksinitiative fordert jeglichen Verzicht auf eine pflichtige Gebietsänderung. Der Landtag sieht aber weiterhin einen Reformbedarf bei den Verwaltungsstrukturen des Landes. Dieser Reformbedarf ergibt sich aus dem demografischen Wandel, den sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen, den geänderten Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und aus dem zunehmenden Fachkräftemangel. Um auf diesen Reformbedarf angemessen reagieren zu können, kann eine pflichtige Gebietsänderung ein notwendiges und geeignetes Mittel sein. Daher lehnt der Landtag Punkt II der Volksinitiative aus inhaltlichen Gründen ab.
3. Der Punkt III der Volksinitiative fordert ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe ein. Der Landtag sieht die Verbesserung der Möglichkeiten für die interkommunale Zusammenarbeit als eine stetige und fortwährende Aufgabe an. Daher nimmt der Landtag Punkt III der Volksinitiative an.

Begründung:

Die Volksinitiative "BÜRGERNÄHE ERHALTEN – KREISREFORM STOPPEN" ist dem Landtag am 14. Februar 2017 übergeben worden. Über eine erfolgreiche Volksinitiative hat der Landtag auf der Grundlage einer Beschlussempfehlung des Hauptausschusses innerhalb von vier Monaten nach Eingang der Volksinitiative zu entscheiden.

Der Landtag dankt den vielen Bürgerinnen und Bürger für Ihr Engagement und begrüßt die große Beteiligung an direkt-demokratischen Initiativen. Die über 100.000 Unterschriften stehen auch für die Identifikation vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger mit Ihren Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Die Volksinitiative "BÜRGERNÄHE ERHALTEN – KREISREFORM STOPPEN" hat drei Forderungen:

„Der Landtag möge beschließen:

I. Der Beschluss des Landtags Brandenburg vom 13. Juli 2016 (Drucksache 6/4528-B – Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019) wird aufgehoben.

II. Die Landkreise Barnim, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, Potsdam-Mittelmark, Prignitz, Spree-Neiße, Teltow-Fläming und Uckermark sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Landeshauptstadt Potsdam bleiben in ihrem Bestand erhalten. Gebietsänderungen oder Einkreisungen sollen nicht gegen den Willen der bestehenden Landkreise und kreisfreien Städte vollzogen werden.

III. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorzulegen.“

Der Landtag hat sich mit den Forderungen der Volksinitiative intensiv auseinandergesetzt. Insbesondere in der Anhörung im zuständigen Ausschuss für Inneres und Kommunales am 30.03.2017 konnten die Vertreter der Volksinitiative ihre Forderungen umfassend darstellen.

Der Landtag Brandenburg diskutiert bereits seit 2011 über die Zukunft der Verwaltungsstrukturen im Land. Im Zuge der Diskussionen hat der Landtag wiederholt die Notwendigkeit einer Verwaltungsstrukturreform unterstrichen – so mit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“ (DS 5/8000), mit dem Beschluss (DS 6/247-B) sowie mit dem Leitbildbeschluss (DS 6/4528-B). Letzterer war das Ergebnis eines breiten öffentlichen Dialogs auf 25 Veranstaltungen im ganzen Land und von sechs öffentlichen Anhörungen mit etwa 120

Sachverständigen im Ausschuss für Inneres und Kommunales unter Beteiligung der anderen Fachausschüsse.

Der Landtag sieht nach wie vor einen Reformbedarf bei den Verwaltungsstrukturen des Landes. Der Reformbedarf ergibt sich entsprechend dem Leitbild aus dem demografischen Wandel, den sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen, den geänderten Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und aus dem zunehmenden Fachkräftemangel. Daher zielt die Verwaltungsstrukturreform darauf ab, die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken sowie die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltungen dauerhaft zu sichern.

Der Kritik der Volksinitiative an den demografischen Prognosen kann sich der Landtag nicht anschließen. Alle dem Landtag vorliegenden Bevölkerungsprognosen weisen in der Tendenz einen Bevölkerungsrückgang für das Land Brandenburg bei gleichzeitig deutlichem Anstieg des Durchschnittsalters und damit verbundenem Absinken der erwerbsfähigen Bevölkerung aus. Der Bevölkerungsrückgang fällt je nach Prognose unterschiedlich stark aus und zeigt aber eine starke regionale Differenzierung; insbesondere die berlinfernen Gebiete verlieren deutlich Bewohner. Auf Grundlage der zur Verfügung stehenden aktuellen Prognosen gibt es keinen Anlass, den grundsätzlichen Reformbedarf infrage zu stellen. Sobald neuere amtliche Bevölkerungsprognosen vorliegen, wird der Landtag diese im weiteren Reformprozess unmittelbar berücksichtigen.

Die Vertreter der Volksinitiative gehen davon aus, dass die finanziellen Rahmenbedingungen sich deutlich günstiger entwickelt hätten und eine Reform daher nicht mehr nötig sei. Diese Argumentation ist mit Blick auf die regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung und die erheblichen Steuermindereinnahmen aufgrund der höheren Zahl von Seniorinnen und Senioren, also mit Blick auf die demografisch verursachte schlechtere Einnahmesituation nicht nachvollziehbar. Ungeachtet der Bevölkerungsentwicklung wird allein der Wegfall der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen aus dem Solidarpakt II ab Ende

2019 und das Auslaufen der Förderperiode der Europäischen Union zu sinkenden Einnahmen führen. Es ist unwahrscheinlich, dass ein Anstieg der konjunkturrell beeinflussten Steuereinnahmen des Landes Brandenburg diese Mindereinnahmen ausgleichen kann. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung der Initiatoren, durch eine strukturelle Erhöhung der kommunalen Verbundmasse die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltungsstrukturen dauerhaft zu erhalten, mit den finanziellen Rahmenbedingungen kaum vereinbar. Der Landtag sieht insofern auch ausgehend von den finanziellen Rahmenbedingungen weiterhin Reformbedarf.

Die Vertreter der Volksinitiative sehen für die Landes- und Kommunalverwaltungen wachsende Probleme bei der flächendeckenden Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal. Die Verwaltungsstrukturreform wird von ihnen allerdings nicht als dafür angemessenes, sondern sogar teilweise kontraproduktives Instrument begriffen. Der Landtag sieht, dass die notwendige Personalgewinnung – insbesondere von spezialisierten Fachkräften – schon heute für die Kommunen und Landkreise problematisch ist. Ob zukünftig noch alle Kommunen in allen Landesteilen in der Lage sein werden, das notwendige Personal zu gewinnen, um die öffentlichen Aufgaben in allen Teilen des Landes in vergleichbarer Qualität zu erledigen, ist mit Blick auf die unterschiedliche demografische Entwicklung der Brandenburger Kommunen zu bezweifeln. Größere und leistungsfähigere Landkreise sind für die Beschäftigten attraktiver und können das Fachpersonal besser konzentrieren und passgenau einsetzen.

Der Landtag sieht in Übereinstimmung mit den Initiatoren der Volksinitiative, dass die Digitalisierung der Verwaltung viele Vorteile bieten kann. Die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg erwarten zu Recht, dass innovative Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie von den öffentlichen Verwaltungen im Land genutzt werden. Für die Menschen, die diese Online-Angebote wahrnehmen wollen, kann der Gang zum Amt in vielen Fällen überflüssig werden. Deshalb wird der Landtag wie

zuletzt mit dem Beschluss (DS 6/6307-B) die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben.

Die mit der Verwaltungsstrukturreform geplante Übertragung weiterer Aufgaben auf die kreisliche Ebene wurde von den Vertretern der Volksinitiative grundsätzlich nicht infrage gestellt. Es wurden lediglich der konkrete Umfang des Aufgabenkatalogs und die zeitliche Ausgestaltung der Funktionalreform kritisiert.

Die Punkte I und II der Volksinitiative werfen zudem Probleme hinsichtlich der Wirksamkeit auf. Mit Blick auf Punkt I und die damit geforderte Aufhebung des Leitbildbeschlusses könnte ein erfolgreicher Volksentscheid ins Leere laufen. Der Parlamentarische Beratungsdienst hat in seinem Gutachten „Zulässigkeit der Volksinitiative ‚Bürgernähe erhalten – Kreisreform stoppen‘“ vom 6. März 2017 bereits ausgeführt, dass der Leitbildbeschluss im rechtlichen Sinne weder durch den Landtag, noch durch einen erfolgreichen Volksentscheid aufgehoben werden kann. Vielmehr würde lediglich ein neuer Beschluss an die Stelle des alten treten.

Ein Leitbild stellt entsprechend dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 18. Dezember 1996 eine von drei Stufen der Gemeinwohlkonkretisierung bei kommunalen Neugliederungen dar. Auf der zweiten Stufe werden die Leitbilder und Leitlinien der Neuordnung festgelegt, die die künftige Struktur der Selbstverwaltungskörperschaften bestimmen und die Umgestaltung in jedem Einzelfall dirigieren sollen. Auf dieser Grundlage erfolgt in jedem einzelnen Neugliederungsfall die erforderliche umfassende Abwägung des Gesetzgebers. Dementsprechend wird der Landtag die abstrakten Kriterien und Maßstäbe des Leitbildes anhand der Stellungnahmen der betroffenen Gebietskörperschaften in jedem Einzelfall abwägen. Insofern wird er dem inhaltlichen Anliegen des Punktes I der Volksinitiative nachkommen.

Punkt II der Volksinitiative fordert den Erhalt der derzeitigen Landkreise und kreisfreien Städte und lässt einen Zusammenschluss nur zu, wenn sich die entsprechenden Gebietskörperschaften freiwillig zusammenschließen wollen, also

ein entsprechendes Gesetz nur eine Entscheidung der Kreise nachvollzieht. Dabei blieb in der Anhörung unklar, wie diese Forderung im Falle einer Annahme durch den Landtag oder eines erfolgreichen Volksentscheides umgesetzt werden soll. Einerseits betonten die Vertreter der Volksinitiative, dass diese Regelung prinzipiell unbefristet gelten solle. Andererseits handle es sich nicht um eine verfassungsändernde Forderung.

Der sechste Brandenburger Landtag kann künftige Landtage in dieser Frage nur durch eine entsprechende Änderung des Artikels 98 der Landesverfassung binden. Eine einfachgesetzliche Regelung scheidet also aus. Davon ungeachtet ist nicht sicher, ob eine Verfassungsänderung im Sinne der Forderung überhaupt möglich wäre. Die Landesverfassung erachtet Gebietsänderungen aus Gründen des öffentlichen Wohls für zulässig und unter Umständen sogar für erforderlich. Die Gründe des öffentlichen Wohls können aus der Verfassung selbst abgeleitet werden. Dazu gehört, dass das Land u.a. gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Brandenburg zu schaffen und zu erhalten hat. Dafür kann auch eine Gebietsänderung ein notwendiges und sinnvolles Mittel sein. Ein ausschließlich freiwilliges Zusammengehen der Landkreise kann dieser Anforderung nicht genügen. Denn das Prinzip der Freiwilligkeit würde z.B. nicht das Problem lösen, das entsteht, wenn der eine Kreis für einen Zusammenschluss stimmt und der zweite dagegen.

Hinsichtlich der Umsetzbarkeit wirft auch Punkt III der Volksinitiative Fragen auf. Aus dem Text der Volksinitiative geht nicht hervor, wie das Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe inhaltlich ausgestaltet werden soll. Auch die Anhörung der Vertreter der Volksinitiative brachte zu dieser Frage keine Antworten. Das ist umso problematischer, als bereits heute mit dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg) sehr weitreichende Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit bestehen. Im Übrigen steht der Punkt III teilweise im Widerspruch zu Punkt I der

Volksinitiative. Das in Punkt I angegriffene Leitbild fordert u.a. die Einführungen des Modells der Mitverwaltung als Träger von hauptamtlichen Verwaltungen auf Gemeindeebene. Demnach bleiben Gemeinden in ihrer juristischen Selbstständigkeit erhalten. Lediglich bestimmte Verwaltungsaufgaben werden durch eine mitverwaltende Gemeinde wahrgenommen. Dieses Modell ist insofern nichts anderes als eine Form der interkommunalen Zusammenarbeit. Davon unbenommen sieht es der Landtag als seine Pflicht an, die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeiten stetig zu bessern. Insofern steht der Annahme von Punkt III der Volksinitiative nichts entgegen.

In der Gesamtschau fällt zudem auf, dass die drei Forderungen der Volksinitiative für sich genommen nur bedingt im sachlichen Zusammenhang stehen. Das ist bezogen auf die Forderung „gehen Sie zurück auf Null“ problematisch. Denn die vollständige Annahme der Initiative würde den vom Landtag festgestellten Handlungsbedarf nicht entfallen lassen, sondern entsprechend Punkt II auch bestimmte Instrumente einer Verwaltungsreform – hier die gesetzliche Gebietsänderung – von vornherein politisch ausschließen. Aus Sicht des Landtages erschwert diese Verknüpfung die Suche nach möglichen Lösungen sowie die Folgeabschätzung eines erfolgreichen Volksentscheides. So ist bspw. möglich das Leitbild in Gänze oder nur teilweise abzulehnen, ohne zugleich den dauerhaften Bestand aller kreislichen Gebietskörperschaften festschreiben zu wollen.

Potsdam, 2. Mai 2017



Daniel Kurth

für die Fraktion der SPD



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

für die Fraktion DIE LINKE

Eingegangen

13
02. MAI 2017/476

Erled.

Gr. Vorl. Handl.

Anlage 3

Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode

4. Mai 2017

Stellungnahme

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

an den Hauptausschuss

Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales empfiehlt dem Hauptausschuss, dass dieser dem Landtag zur Beschlussfassung empfehlen möge,

1. die Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ anzunehmen,
2. die Landesregierung darum zu bitten, zeitnah mit der Erarbeitung des Konzepts zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit zu beginnen.

Begründung:

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales hält die Volksinitiative entsprechend des Gutachtens des Parlamentarischen Beratungsdienstes für zulässig.

Den Forderungen der Volksinitiative ist aus Sicht des Ausschusses für Inneres und Kommunales zuzustimmen und diese unverändert anzunehmen. Bei der Anhörung der Vertreter der Volksinitiative gemäß § 12 Absatz 1 VAGBbg haben diese ihre Forderungen schlüssig dargestellt: Der Landtagsbeschluss vom 13. Juli 2016 zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 (Drucksache 6/4528-B) soll aufgehoben werden. Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen in ihrem Bestand erhalten bleiben und Gebietsänderungen oder Einkreisungen nicht gegen ihren Willen vollzogen werden. Die Landesregierung soll ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorlegen.

Aus der dritten Forderung der Volksinitiative ergibt sich somit ein Arbeitsauftrag an die Landesregierung, der aus Sicht des Ausschusses für Inneres und Kommunales zeitnah begonnen werden sollte. Die Landesregierung soll ein Konzept zur Verbes-

serung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen erstellen. Dabei muss es insbesondere um den Erhalt und die Stärkung der Daseinsvorsorge in der Fläche für Bürger und Unternehmen gehen. Vor diesem Hintergrund ist ein breiter und offener Dialog mit den Gemeinden, Ämtern, kreisfreien Städten, Landkreisen, der Landesverwaltung, den Verbänden und Gewerkschaften sowie mit den Bürgern und Unternehmen zu führen. Der Landtag soll eng in diesen Diskussionsprozess einbezogen werden.

Sven Petke

Björn Lakenmacher

Iris Schülzke



08. Mai 2017

Beschlussvorlage der CDU-Fraktion zur 27. Sitzung

Top 3 Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Landtag,

1. die Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ anzunehmen.
2. die Landesregierung darum zu bitten, zeitnah mit der Erarbeitung des Konzepts zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit zu beginnen.

Begründung:

Der Hauptausschuss hat die Volksinitiative entsprechend des Gutachtens des Parlamentarischen Beratungsdienstes für zulässig erklärt und den Ausschuss für Inneres und Kommunales um die inhaltliche Befassung gebeten.

Den Forderungen der Volksinitiative ist aus Sicht des Hauptausschusses zuzustimmen und diese unverändert anzunehmen. Bei der Anhörung der Vertreter der Volksinitiative gemäß § 12 Absatz 1 VAGBbg haben diese im Ausschuss für Inneres und Kommunales ihre Forderungen schlüssig dargestellt:

Der Landtagsbeschluss vom 13. Juli 2016 zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 (Drucksache 6/4528-B) soll aufgehoben werden.


Die Landkreise und kreisfreien Städte sollen in ihrem Bestand erhalten bleiben und Gebietsänderungen oder Einkreisungen nicht gegen ihren Willen vollzogen werden.

Die Landesregierung soll ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe vorlegen.

Aus der dritten Forderung der Volksinitiative ergibt sich somit ein Arbeitsauftrag an die Landesregierung, mit dem zeitnah begonnen werden sollte. Die Landesregierung soll ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen erstellen. Dabei muss es insbesondere um den Erhalt und die Stärkung der Daseinsvorsorge in der Fläche für Bürger und Unternehmen gehen. Vor diesem Hintergrund ist ein breiter und offener Dialog mit den Gemeinden, Ämtern, kreisfreien Städten, Landkreisen, der Landesverwaltung, den Verbänden und Gewerkschaften sowie mit den Bürgern und Unternehmen zu führen. Der Landtag soll eng in diesen Diskussionsprozess einbezogen werden.



Ingo Senftleben



Dr. Saskia Ludwig

Meißner Jutta

Von: Weber Thomas
Gesendet: Montag, 8. Mai 2017 09:52
An: Hauptausschuss Landtag Brandenburg
Cc: 'privat@ingo-senftleben.de'; Ludwig Saskia; Jan Redmann (jan.redmann@t-online.de)
Betreff: Beschlussvorlage der CDU-Fraktion
Anlagen: Beschlussempfehlung CDU- Volksinitiative Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Auftrag der Abgeordneten Frau Dr. Ludwig und Herrn Senftleben übersende ich eine Beschlussvorlage zum TOP 3 (Volksinitiative „Bürgernähe erhalten – Kreisreform Stoppen“) für die kommende Sitzung des Hauptausschusses am 10. Mai 2017.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Weber

Thomas Weber
Leiter Strategische Planung

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 14 70

Mail: thomas.weber@cdu-fraktion.brandenburg.de
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

Meine Heimat

Brandenburg



Landtag Brandenburg

Hauptausschuss

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum TOP 3 der 27. Sitzung des Hauptausschusses am 10.05.2017

Volksinitiative „Bürgernähe erhalten - Kreisreform stoppen“ - Erarbeitung einer
Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss möge beschließen.

1. Der Landtag möge beschließen:

Die Volksinitiative wird abgelehnt.

2. Der Landtag stellt in Übereinstimmung mit dem Ausschuss für Inneres und
Kommunales zugleich fest:

- a. Der Landtag kann die mit Punkt I der Volksinitiative verbundene Zielrichtung inhaltlich nachvollziehen. Dennoch kann er den Leitbildbeschluss vom 13. Juli 2016 im rechtlichen Sinne nicht aufheben. Das Leitbild beinhaltet abstrakt formulierte Kriterien und Maßstäbe und trifft keine konkreten Festlegungen für die Neugliederung der kommunalen Gebietskörperschaften. Der Landtag

sichert zu, dass auf Grundlage der bereits eingegangenen Stellungnahmen und der noch folgenden parlamentarischen Anhörung zur Kreisneugliederung sowie möglicher neuer Bevölkerungsprognosen eine umfassende Abwägung dieser Kriterien und Maßstäbe für jeden Einzelfall erfolgen wird. Insofern folgt der Landtag dem inhaltlichen Anliegen des Punktes I der Volksinitiative.

- b. Der Punkt II der Volksinitiative fordert jeglichen Verzicht auf eine pflichtige Gebietsänderung. Der Landtag sieht aber weiterhin einen Reformbedarf bei den Verwaltungsstrukturen des Landes. Dieser Reformbedarf ergibt sich aus dem demografischen Wandel, den sich verändernden finanziellen Rahmenbedingungen, den geänderten Anforderungen an öffentliche Verwaltungen und aus dem zunehmenden Fachkräftemangel. Um auf diesen Reformbedarf angemessen reagieren zu können, kann eine pflichtige Gebietsänderung ein notwendiges und geeignetes Mittel sein. Daher lehnt der Landtag Punkt II der Volksinitiative aus inhaltlichen Gründen ab.
- c. Der Punkt III der Volksinitiative fordert ein Konzept zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen mittels interkommunaler Zusammenarbeit, einschließlich der dazu erforderlichen Gesetzentwürfe ein. Der Landtag sieht die Verbesserung der Möglichkeiten für die interkommunale Zusammenarbeit als eine stetige und fortwährende Aufgabe an. Daher stimmt der Landtag dem Punkt III der Volksinitiative zu.

Begründung:

Der Hauptausschuss schließt sich der Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Kommunales an und macht sich die Stellungnahme zu eigen.

Potsdam, 09. Mai 2017

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Björn Lüttmann'.

Björn Lüttmann

für die Fraktion der SPD

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Thomas Domres'.

Thomas Domres

für die Fraktion DIE LINKE